

Verfolgung und Ermordung der Juden 1933–1945

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte,
des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte
an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
von

Susanne Heim, Ulrich Herbert, Michael Hollmann,
Horst Möller, Dieter Pohl, Sybille Steinbacher,
Simone Walther-von Jena und Andreas Wirsching

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 6

Deutsches Reich
und Protektorat Böhmen
und Mähren
Oktober 1941–März 1943

Bearbeitet von Susanne Heim

Mitarbeit: Maria Wilke

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-036496-5
e-ISBN (PDF) 978-3-11-040232-2
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-040239-1

Library of Congress Control Number: 2019948107

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Endredaktion: Stephan Lahrem, Berlin

Karten: Peter Palm, Berlin

Einband und Schutzumschlag: Frank Ortmann und Martin Z. Schröder

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

Druck & Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorische Vorbemerkung	9
Einleitung	13
Dokumentenverzeichnis	85
Teil 1	
Deutsches Reich	85
Teil 2	
Protectorat Böhmen und Mähren	99
Dokumente	105
Teil 1	
Deutsches Reich	107
Teil 2	
Protectorat Böhmen und Mähren	649
Glossar	831
Abkürzungsverzeichnis	833
Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive	837
Systematischer Dokumentenindex	839
Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften	841
Ortsregister	851
Personenregister	855

Vorwort der Herausgeber

Die Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“ ist auf insgesamt 16 Bände angelegt, die bis 2020 erscheinen werden. In ihnen wird eine thematisch umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswahl von Quellen publiziert. Der vorliegende 6. Band der Edition dokumentiert die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren vom Beginn der systematischen Deportationen im Oktober 1941 bis zum März 1943.

Im Vorwort zum ersten Band der Edition sind die Kriterien der Dokumentenauswahl detailliert dargelegt. Die wichtigsten werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst: Quellen im Sinne der Edition sind Schrift- und gelegentlich auch Tondokumente aus den Jahren 1933 bis 1945. Fotografien sind nicht einbezogen, vor allem weil sich die Umstände ihrer Entstehung oft nur schwer zurückverfolgen lassen. Auch Lebenserinnerungen, Berichte und juristische Unterlagen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden sind, werden aus quellenkritischen Gründen nicht in die Edition aufgenommen. Allerdings wird von ihnen in der Kommentierung vielfältig Gebrauch gemacht. Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Überzeugungen und Absichten, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten und Handlungsspielräumen Behördenschreiben ebenso wie private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Zeitungsartikel, Gerichtsurteile und die Berichte ausländischer Beobachter.

Die Dokumentation wechselt vom Brief eines Mannes aus Essen, der seinem emigrierten Sohn die beklemmende Situation nach den ersten Deportationen schildert, zum Protokoll der Wannsee-Konferenz; auf das Telegramm Gerhard Riegners vom Jüdischen Weltkongress, in dem er seine Kollegen wegen der massenhaften Ermordung von Juden durch Blausäure alarmiert, folgt das Gedicht eines untergetauchten Juden für seine Lebensgefährtin, die ihn versteckt. Der Artikel einer antisemitischen tschechischen Zeitschrift, der die Errichtung des Gettos Theresienstadt begrüßt, steht neben dem Tagebuch eines Prager Versicherungsbeamten, der seinen Hunger und die schwere Zwangsarbeit in den Kladnoer Bergwerken schildert. Auf eine thematische Zusammenstellung der Dokumente haben die Herausgeber bewusst verzichtet und auch der häufige Perspektivenwechsel ist gewollt. Ein Sachgruppenindex soll die thematische Zuordnung der Dokumente sowie transnationale Vergleiche erleichtern und Zusammenhänge verdeutlichen.

Die Herausgeber danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Förderung des Editionsprojekts. Ferner schulden sie einer großen Zahl von Fachleuten und Privatpersonen Dank, die durch Quellenhinweise, biographische Informationen über die in den Dokumenten erwähnten Personen und Auskünfte zur Kommentierung die Arbeit unterstützt oder Teile des Manuskripts kritisch gelesen haben.

Die in englischer Sprache verfassten Dokumente haben Theo Bruns und Dr. Britta Grell ins Deutsche übertragen. Die im Original tschechischen Dokumente übersetzten Ines Koeltzsch, Miroslav Szábo und Maria Wilke. Aus dem Italienischen übersetzte Walter Kögler. Die Übersetzungen aus dem Hebräischen und Jiddischen hat Doron Oberhand angefertigt.

Das Übersetzungslektorat besorgte Ulrike Baureithel. Recherchearbeiten in tschechischen und israelischen Archiven übernahmen Magda Veselská bzw. Riki Bodenheimer und Anat Wollenberger.

Als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte haben an diesem Band mitgearbeitet Johannes Breit, Florian Danecke, Max Derrien, Niklas Lämmel, Anselm Meyer, Miriam Schelp, Gil Shohat und Barbara Wünnenberg, als wissenschaftliche Mitarbeiter Romina Becker, Johannes Gamm, Stefanie Haupt, Sonja Knopp, Dr. Ingo Loose und Carolin Raabe.

Sollten sich trotz aller Sorgfalt an einzelnen Stellen Ungenauigkeiten ergeben haben, sind die Herausgeber für entsprechende Mitteilungen dankbar.

Die Adresse des Herausgeberkreises lautet: Institut für Zeitgeschichte, Edition Judenverfolgung, Finckensteinallee 85/87, D-12205 Berlin oder vej@ifz-muenchen.de.

Berlin, München, Freiburg i. Br., Frankfurt a. M., Klagenfurt im Juli 2019

Editorische Vorbemerkung

Die Quellenedition zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden soll in der wissenschaftlichen Literatur als VEJ abgekürzt zitiert werden. Das geschieht im Fall von Querverweisen zwischen den einzelnen Bänden auch in dem Werk selbst. Die Dokumente sind mit jedem Band neu beginnend fortlaufend nummeriert. Demnach bedeutet „VEJ 5/318“ Dokument Nummer 318 in Band 5 dieser Edition. Die Drucklegung der einzelnen Schriftzeugnisse folgt dem Schema: Überschrift, Kopfzeile, Dokument, Anmerkungen.

Die halbfett gesetzte, von den Bearbeitern der Bände formulierte Überschrift gibt Auskunft über das Entstehungsdatum des folgenden Schriftstücks, dessen Kernbotschaft, Verfasser und Adressaten. Die darunter platzierte Kopfzeile ist Teil des Dokuments. Sie enthält Angaben über die Gattung der Quelle (Brief, Gesetzentwurf, Protokoll usw.), den Namen des Verfassers, den Entstehungsort, gegebenenfalls Aktenzeichen, Geheimhaltungsvermerke und andere Besonderheiten. Die in Berlin seinerzeit ansässigen Ministerien und zentralen Behörden, etwa das Reichssicherheitshauptamt oder die Kanzlei des Führers, bleiben ohne Ortsangabe. Die Kopfzeile enthält ferner Angaben über den Adressaten, gegebenenfalls das Datum des Eingangsstempels, sie endet mit dem Entstehungsdatum und Hinweisen auf Bearbeitungsstufen der überlieferten Quelle, etwa „Entwurf“, „Durchschlag“ oder „Abschrift“.

Dem schließt sich der Text an. In der Regel wird er vollständig ediert. Anrede- und Grußformeln werden mitgedruckt, Unterschriften jedoch nur einmal in die Kopfzeile aufgenommen. Hervorhebungen der Verfasser in den Originaltexten werden übernommen. Sie erscheinen unabhängig von der in der Vorlage verwendeten Hervorhebungsart im Druck immer kursiv. Fallweise erforderliche Zusatzangaben finden sich im Anmerkungsapparat.

Während die von den Editoren formulierten Überschriften und Fußnoten sowie die Übersetzung fremdsprachiger Dokumente der heutigen Rechtschreibung folgen, gilt für die Quellen die zeitgenössische. Offensichtliche Tippfehler in der Vorlage und kleinere Nachlässigkeiten sowie besondere Schreibweisen, die auf das Fehlen entsprechender Typen auf der Schreibmaschine zurückzuführen sind (ae statt ä, ss statt ß) werden stillschweigend korrigiert, widersprüchliche Schreibweisen und Zeichensetzungen innerhalb eines Dokuments vereinheitlicht. Dokumente, die von Schweizer Autoren stammen bzw. in der Schweiz verfasst wurden, werden nach Schweizer Schreibweise (ohne ß) wiedergegeben. Versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen infolge unlesbarer Textstellen fügen die Editoren in eckigen Klammern ein. Bilden jedoch bestimmte orthographische und grammatikalische Eigenheiten ein Charakteristikum der Quelle, vermerken sie „Grammatik und Rechtschreibung wie im Original“. Abkürzungen, auch unterschiedliche (z. B. NSDAP, N.S.D.A.P. und NSDAP.) werden im Dokument nicht vereinheitlicht. Sie werden im Abkürzungsverzeichnis erklärt. Ungebräuchliche Abkürzungen, vor allem in privaten Briefen, werden bei der ersten Nennung in eckigen Klammern aufgelöst.

Handschriftliche Zusätze in maschinenschriftlichen Originalen übernehmen die Editoren ohne weitere Kennzeichnung, sofern es sich um formale Korrekturen und um Einfügungen handelt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Verfasser stammen. Verändern

sie die Aussage in beachtlicher Weise schwächen sie ab oder radikalieren sie, wird das in den Fußnoten vermerkt und, soweit feststellbar, der Urheber mitgeteilt. Auf die in den Originalen häufigen, von den Empfängern oder auch von späteren Lesern vorgenommenen Unterstreichungen mit Blei- und Farbstift wird im Allgemeinen pauschal, in interessanten Einzelfällen speziell in der Fußnote hingewiesen.

In der Regel werden die Dokumente im vollen Wortlaut abgedruckt. Lediglich in Ausnahmefällen, sofern einzelne Dokumente sehr umfangreich sind, erfolgt der Abdruck nur teilweise. Dasselbe gilt etwa für Protokolle, die nur in einem abgeschlossenen Teil von der nationalsozialistischen Judenpolitik oder den damit verbundenen Reaktionen handeln. Solche Kürzungen sind mit eckigen Auslassungsklammern gekennzeichnet; der Inhalt wird in der Fußnote skizziert. Undatierte Monats- oder Jahresberichte erscheinen am Ende des jeweiligen Zeitraums. Von der Einordnung der Dokumente nach ihrer Entstehungszeit wird nur in wenigen Ausnahmen abgewichen. So wird unter Umständen ein Bericht über ein zurückliegendes Ereignis unter dem Datum des Ereignisses abgedruckt, das Entstehungsdatum aber in der Kopfzeile vermerkt.

In der ersten, der Überschrift angehängten Fußnote stehen der Fundort, sofern er ein Archiv bezeichnet, auch die Aktensignatur und, falls vorhanden, die Blattnummer. Hinweise auf Kopien von Archivdokumenten werden immer dann verzeichnet, wenn die an den ursprünglichen Fundorten befindlichen Originale dort nicht eingesehen wurden. Handelt es sich um gedruckte Quellen, etwa Zeitungsartikel oder Gesetzestexte, finden sich in dieser Fußnote die üblichen bibliographischen Angaben. Wurde eine Quelle schon einmal in einer Dokumentation zum Nationalsozialismus bzw. zur Judenverfolgung veröffentlicht, wird sie nach dem Original ediert, doch wird neben dem ursprünglichen Fundort auch auf die erste Publikation verwiesen. In einer weiteren Fußnote werden die Entstehungsumstände des Dokuments erläutert, gegebenenfalls damit verbundene Diskussionen, die besondere Rolle von Verfassern und Adressaten, begleitende oder sich unmittelbar anschließende Aktivitäten.

Die folgenden Fußnoten erläutern sachliche und personelle Zusammenhänge. Sie verweisen auf andere unveröffentlichte, andernorts oder in der Edition publizierte Dokumente, sofern das für die geschichtliche Einordnung hilfreich erscheint. Weiterhin finden sich in den Fußnoten Erläuterungen zu einzelnen Details, etwa zu handschriftlichen Randnotizen, Unterstreichungen, Streichungen. Bearbeitungsvermerke und Vorlageverfügungen werden entweder in der weiteren Fußnote als vorhanden erwähnt oder aber in den späteren Fußnoten entschlüsselt, sofern sie nach Ansicht der Editoren wesentliche Aussagen enthalten. Für die im Quellentext genannten Abkommen, Gesetze und Erlasse werden die Fundorte nach Möglichkeit in den Fußnoten angegeben, andere Bezugsdokumente mit ihrer Archivsignatur. Konnten diese nicht ermittelt werden, wird das angemerkt. Für die in den Schriftstücken angeführten Absender und Adressaten wurden, soweit möglich, die biographischen Daten ermittelt und angegeben. Dasselbe gilt für die im Text erwähnten Personen, sofern sie als handelnde Personen eingestuft werden. Die Angaben stehen in der Regel in der Fußnote zur jeweils ersten Nennung des Namens innerhalb eines Bandes und lassen sich so über den Personenindex leicht auffinden.

Die Kurzbiographien beruhen auf Angaben, die sich in Nachschlagewerken, in der Fachliteratur und in speziellen, auf die NS-Zeit bezogenen Datenbanken, Personenkarteien und -dossiers einschlägiger Archive finden. In vielen Fällen wurden im In- und Ausland

Personalakten und -karteien eingesehen, Stadt- und Firmenarchive aufgesucht, Standesämter und Spezialisten befragt.

Trotz aller Mühen gelang es nicht immer, die biographischen Daten vollständig zu ermitteln. In solchen Fällen enthält die jeweilige Fußnote nur die gesicherten Angaben, wie z. B. das Geburtsjahr. Waren Personen nicht zu identifizieren, wird auf eine entsprechende Anmerkung verzichtet; desgleichen bei allseits bekannten Personen wie Adolf Hitler oder Heinrich Himmler.

In der Regel setzen die Editoren die zeitüblichen Begriffe des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Anführungszeichen. Dazu gehören Wörter wie Judenrat, Judenältester etc. Der Kontext macht deutlich, dass keines der Wörter affirmativ gebraucht wird. Die Begriffe Jude, Jüdin, jüdisch werden folglich, den Umständen der Zeit entsprechend, auch für Menschen verwandt, die sich nicht als jüdisch verstanden haben, aber aufgrund der Rassengesetze so definiert wurden und daher der Verfolgung ausgesetzt waren. Andere Begriffe wie z. B. „Mischlinge“ oder „Mischehe“, die eigentlich auch Termini technici der Zeit waren, werden in Anführungszeichen gesetzt. Ein solcher nicht klar zu definierender Gebrauch der Anführungszeichen lässt sich nicht systematisch begründen. Er bildet einen gewiss anfechtbaren Kompromiss zwischen historiographischer Strenge und dem Bedürfnis, wenigstens gelegentlich ein Distanzsignal zu setzen. Ein Teil der Dokumente wurde aus Fremdsprachen übersetzt. Dabei sind Straßennamen gegebenenfalls durch den Zusatz „-Straße“, „-Gasse“ oder „-Platz“ ergänzt worden. Aufgrund von Besatzung oder Gebietsverschiebungen nach dem Krieg änderten viele Orte mehrfach ihren Namen.

Die Ortsnamen werden im Teil über das Protektorat Böhmen und Mähren in deutscher Bezeichnung benutzt, es sei denn, in deutschsprachigen Dokumenten wird die tschechische Form verwendet. Deutsche und tschechische Varianten wurden in diesen Gebieten teilweise über Jahrhunderte nebeneinander benutzt. Die deutschen Bezeichnungen sind also seit alters gebräuchlich, auch wenn mit dem Aufkommen des tschechischen Nationalismus im 19. Jahrhundert diese Frage bedeutsam wurde. Im Register, das zugleich als Konkordanz der deutschen und tschechischen Ortsnamensformen dient, werden alle Orte in beiden Schreibweisen aufgeführt.

Bei den Frauen, die in den Dokumenten zum Protektorat nur mit Vornamen oder Funktion genannt werden, ließ sich nicht immer einwandfrei ermitteln, ob sie ihren Nachnamen in der tschechischen Form, also mit der Endung -ová, führten oder nicht; bisweilen wurden auch beide Formen verwendet. In Titelzeilen und Anmerkungen wird daher bei Frauen mit tschechischer Mutter- oder Erstsprache die tschechische Namensform benutzt.

Ein besonderes Problem bildet die wechselnde Schreibweise des Begriffs Getto bzw. Ghetto. Im Deutschen waren damals beide Formen gebräuchlich. Sie werden daher wie im Original belassen. In übersetzten Dokumenten wird die Schreibweise Getto benutzt, desgleichen in der Einleitung und im Kommentierungstext.

Hebräische und andere erklärungsbedürftige Begriffe werden in einer Fußnote, bei Mehrfachnennung im Glossar erläutert.

Die Landkarten sollen das Auffinden der im Band erwähnten Orte und Lager erleichtern. Aus diesem Grund sind in den Karten nicht alle seinerzeit bestehenden Lager aufgeführt, sondern nur diejenigen, die im Band erwähnt sind und nicht mit einem ohnehin auf der Karte verzeichneten Ort identisch sind.

Einleitung

In den frühen Abendstunden des 15. Oktober 1941 holte die Gestapo mehr als 1000 Berliner Jüdinnen und Juden aus ihren Wohnungen, zwang sie, auf Lastwagen zu steigen, und brachte sie in die Synagoge in der Levetzowstraße. In dem entweihten und zu einem Sammellager umfunktionierten Gotteshaus wurden ihnen Uhren, Schmuck, sonstige Metallgegenstände und alles Geld abgenommen. Erst dort erfuhren sie, dass sie drei Tage später in das Getto Litzmannstadt deportiert würden. „So überraschend hatte niemand die Aktion erwartet“, berichtete der Journalist Hermann Samter einer Bekannten, „und Sie können sich die vielen Tragödien vorstellen: Eltern, die sich nicht von ihren Kindern verabschieden konnten usw.“¹ Ähnliches war wenige Tage zuvor in Wien und Prag passiert und geschah nahezu gleichzeitig auch in Düsseldorf, Köln, Hamburg und anderen Städten. In Frankfurt am Main wurden die Juden auf dem Weg zum Sammellager von Schaulustigen bespuckt, beschimpft und mit faulem Gemüse beworfen. Den Zielort ihrer Deportation erfuhren sie, anders als die Berliner Juden, erst, als der Zug in Litzmannstadt eintraf.²

Auf diese Weise begannen die systematischen Deportationen der Juden aus dem Deutschen Reich. In der Zeit zwischen dem 15. Oktober und 4. November 1941 fuhren 20 Züge mit Juden aus dem Reichsgebiet, aus Prag und Luxemburg nach Litzmannstadt, dann allein bis zum Jahresende weitere 22 Züge nach Minsk, Kaunas und Riga.

Im vorliegenden Band wird die Judenverfolgung im Deutschen Reich sowie im Protektorat Böhmen und Mähren zwischen Oktober 1941 und März 1943 dokumentiert. In diesen Zeitabschnitt fällt die Kernphase der Ermordung der Juden im gesamten deutsch beherrschten Europa. In Berlin, Wien, Prag, in Paris, Brüssel und Amsterdam pferchten Polizei und SS die Juden im Verlauf des Jahres 1942 massenhaft in Züge, in Oslo auf Schiffe, und deportierten sie Richtung Osten, entweder zunächst in Gettos oder Lager oder aber direkt in die neu errichteten Mordzentren. Im besetzten Polen wurden in diesem Jahr die Juden aus den Gettos in die Vernichtungslager deportiert und nur wenige als Arbeitskräfte am Leben gelassen. In der besetzten Sowjetunion erschossen deutsche Mordkommandos die Juden zu Hunderttausenden. Die zentralen, in Berlin getroffenen Entscheidungen, die den Weg zur Ermordung der europäischen Juden markieren, und ihr Zusammenhang mit dem Scheitern der deutschen Blitzkriegstrategie nach dem Angriff auf die Sowjetunion sind Thema dieses Bandes.

Die Dokumente schildern die Lage der Juden nach dem Beginn der systematischen Deportationen und den um sich greifenden Schrecken, als Lebenszeichen von den

1 Hermann Samter, „Worte können das ja kaum verständlich machen“. Briefe 1939–1943, hrsg. von Daniel Fraenkel, Göttingen, Jerusalem 2009, S. 68; Hildegard Henschel, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941–1943. Gemeindegliederung und Evakuierung von Berlin 16. Oktober 1941–16. Juni 1943, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden, 9 (1972), Nr. 1/2, hrsg. von Hugo Gold, S. 33–52.

2 „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“ Deportationen aus Frankfurt am Main 1941 bis 1945, Katalog des Jüdischen Museums Frankfurt a. M., Redaktion: Fritz Backhaus, Frankfurt a. M. 2004, S. 184.

deportierten Freunden und Verwandten ausblieben und gleichzeitig immer mehr Juden den Bescheid zum Transport in den Osten bekamen. Zeitungsartikel, Diplomatenberichte und Tagebücher skizzieren die Reaktionen in den nicht besetzten Ländern auf den Beginn der Deportationen und auf die sich in der zweiten Jahreshälfte 1942 verdichtenden Nachrichten von der systematischen Ermordung der Juden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Situation der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren und dort vor allem im Getto Theresienstadt, dem als vermeintlichem Alters- oder Vorzeigetgetto eine wichtige Rolle bei der Verschleierung der Vernichtungspolitik zukam. Der Band endet mit Dokumenten zur sogenannten Fabrik-Aktion, der Deportation der zunächst noch aus wirtschaftlichen Gründen verschonten jüdischen Rüstungsarbeiter aus Berlin und anderen deutschen Städten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, lebten in Deutschland fortan nur noch Juden, die als „Mischlinge“ oder als Partner einer „Mischehe“ von den Deportationen – vorerst – ausgenommen waren, sowie einige tausend Untergetauchte. Auch von ihnen handelt dieser Band.

Der Krieg gegen die Sowjetunion und die Diskussionen über die „Lösung der Judenfrage“ im Herbst 1941

Als die Wehrmacht am 22. Juni 1941 die Sowjetunion, die bisher Partner im Nichtangriffspakt gewesen war, überfiel, ging die deutsche Führungsspitze noch von einem „Blitzkrieg“ aus. Innerhalb weniger Monate, in jedem Falle noch vor Einbruch des Winters, sollte die Rote Armee in die Knie gezwungen werden. Ein solcher Sieg, so das Kalkül, würde die deutschen Rohstoff- und Nahrungsmittelvorräte erheblich vergrößern und somit die Voraussetzungen schaffen, um binnen kurzem auch den Krieg im Westen siegreich zu beenden, also noch vor dem zu erwartenden Kriegseintritt der USA.³ Im Spätsommer 1941 zeichnete sich jedoch ab, dass die deutsche Kriegsstrategie auf einer Fehleinschätzung beruhte. Nachdem die Wehrmacht Smolensk eingenommen hatte, konnte die Rote Armee den weiteren Vormarsch deutscher Truppen für längere Zeit stoppen. Der Vorstoß der Heeresgruppe Mitte gegen Moskau, der nach mehrfacher Verschiebung erst am 2. Oktober begann, stagnierte schon nach wenigen Wochen. Nachschubprobleme und die rasch steigende Zahl von Verwundeten, Vermissten und Gefallenen unter den deutschen Soldaten beeinträchtigten nicht nur die militärische Schlagkraft, sondern auch die Stimmung an der „Heimatfront“. Führende Vertreter der Wehrmacht und Rüstungsfachleute waren angesichts des sich abzeichnenden Desasters schon bald davon überzeugt, dass der Krieg gegen die Sowjetunion nicht mehr zu gewinnen sei. Fritz Todt, Minister für Bewaffnung und Munition, forderte bereits im November 1941 einen Friedensschluss mit der Sowjetunion.⁴ Als schließlich Anfang Dezember die

3 Ian Kershaw, *Hitler 1936–1945*, Stuttgart 2001, S. 545 f. Zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion siehe Horst Boog/Jürgen Förster/Joachim Hoffmann u. a., *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Frankfurt a. M. 1996 (Erstaufgabe 1983); Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 424–445.

4 Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg*, Frankfurt a. M. 1996, S. 367; Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 2007, S. 584 f.; Kershaw, Hitler (wie Anm. 3), S. 563, 593.

Rote Armee der Heeresgruppe Mitte nördlich von Moskau eine Niederlage bereitete, wurden auf deutscher Seite noch vor Jahresende 1941 einige hochrangige Militärs entlassen, so Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch und der populäre Generaloberst Heinz Guderian.⁵ Trotzdem hielt Hitler an der Vorstellung fest, die Sowjetunion besiegen zu können, um anschließend mit den erbeuteten Ressourcen die Westmächte zu schlagen.

Doch auch in ökonomischer Hinsicht war der Raubzug gegen die Sowjetunion nicht so einträglich wie erhofft: Bei wichtigen Rohstoffen sowie bei Getreide erreichte die Beute bei weitem nicht den Umfang der Lieferungen zu Friedenszeiten.⁶ Zudem gelang es der sowjetischen Seite im ersten Kriegsjahr sogar, ihre Rüstungsproduktion zu steigern. In Deutschland hingegen fehlte es an strategisch wichtigen Rohstoffen wie Kohle und Stahl sowie an Arbeitskräften, um die Kampfflugzeuge, Panzer, Lastwagen und Kriegsschiffe zu produzieren, die der Wehrmacht zuvor in Aussicht gestellt worden waren.⁷ Als der Winter hereinbrach, war nicht nur der „Blitzsieg“ in weite Ferne gerückt, sondern die Wehrmacht hatte außer mit der Witterung auch mit erheblichen Treibstoff- und Nachschubproblemen zu kämpfen. In der Zeit von Dezember 1941 bis Ende März 1942 starben mehr als 723 000 deutsche Soldaten, nicht allein durch die Waffen des Gegners, sondern auch an Erfrierungen und Krankheiten. Rechnet man die Verwundeten und Vermissten hinzu, so hatte die Wehrmacht bis Ende März 1942 Verluste von 1,1 Millionen Mann zu beklagen.⁸

Die Folgen des „Unternehmens Barbarossa“ für die Juden im deutschen Machtbereich

Der Krieg gegen die Sowjetunion hatte weitreichende Auswirkungen auf die Situation der Juden im gesamten deutschen Machtbereich und auf die Entwicklung der antijüdischen Politik. Im Generalgouvernement lebte die jüdische Bevölkerung unter elenden Bedingungen in Gettos, in denen viele an den sich rasch ausbreitenden Krankheiten und Unterernährung zugrunde gingen. In den deutsch beherrschten Teilen Westeuropas waren Juden im Herbst 1941 von öffentlichen Ämtern sowie aus zahlreichen Vereinen und Organisationen ausgeschlossen; ihre Teilnahme am öffentlichen Leben war durch zahlreiche Sonderbestimmungen stark eingeschränkt, ihre wirtschaftliche Situation durch Berufsverbote, Vermögensanmeldungen und den Ausschluss aus Unternehmensführungen geschwächt. In Amsterdam lebten sie in einem 1941 zum Getto erklärten jüdischen Viertel und durften ihre Kinder nicht mehr auf allgemeine Schulen schicken. In den verbündeten Staaten Südosteuropas eiferten die Regierungen dem deutschen Beispiel nach, indem sie die Kennzeichnung und Enteignung der Juden verfügten;

5 Tooze, *Ökonomie* (wie Anm. 4), S. 576; Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), *Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen*, Berlin 1995; Boog/Förster/Hoffmann u. a., *Angriff* (wie Anm. 3), S. 689–712.

6 Herbst, *Deutschland* (wie Anm. 4), S. 366.

7 Tooze, *Ökonomie* (wie Anm. 4), S. 572–575.

8 Horst Boog u. a., *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6: *Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943*, Stuttgart 1990, S. 778 f.

rumänische Truppen beteiligten sich nicht nur am Krieg gegen die Sowjetunion, sondern auch am Massenmord an den dortigen Juden.⁹

Im Deutschen Reich waren die Juden weitgehend von der übrigen Bevölkerung separiert; die Ausübung der meisten Berufe war ihnen verboten; ihre Geschäfte, Unternehmen und Werkstätten waren entweder geschlossen oder von Nichtjuden übernommen worden. Wer nicht hatte auswandern können, war in der Regel als Jude registriert und hatte sein Vermögen anmelden müssen. Seitdem zu Kriegsbeginn die Lebensmittelrationierung eingeführt worden war, durften Juden vielerorts nur zu begrenzten Zeiten und in vorgeschriebenen Geschäften einkaufen und waren bei der Zuteilung der rationierten Waren deutlich benachteiligt (Dok. 114). Der Besuch von Kulturveranstaltungen sowie das Betreten vieler beliebter Straßen und Parks war ihnen verboten. In Berlin bot der jüdische Friedhof in Weißensee eine der wenigen Möglichkeiten zur Erholung im Grünen, in Prag das Areal des jüdischen Sportvereins Hagibor.

Nachdem die Sowjetunion zum Hauptfeind geworden war, hatte die deutsche Propaganda ihre antisemitische Agitation deutlich verstärkt und darauf fokussiert, die Juden für den Krieg verantwortlich zu machen, sie als die wahren Drahtzieher in Moskau darzustellen sowie generell den Bolschewismus als jüdische Erfindung zu brandmarken. In verschiedenen Regionen des deutschen Herrschaftsbereichs erlebte nach dem Angriff auf die Sowjetunion die kommunistische Widerstandsbewegung, bis dahin durch den Hitler-Stalin-Pakt gelähmt, neuen Auftrieb. Auf die wachsende Zahl der Attentate auch von Seiten der serbischen Tschetniks und erster Partisanenverbände auf deutsche Militärs sowie Besatzungsfunktionäre reagierten die Deutschen mit „Sühnemaßnahmen“, zu deren Opfern immer auch Juden gehörten.

Nachdem der Plan, die europäischen Juden auf die französische Kolonialinsel Madagaskar auszusiedeln, Ende 1940 gescheitert war,¹⁰ hatten die Führungszirkel des NS-Regimes im Zuge der Vorbereitungen des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion verstärkt über andere Möglichkeiten zur „Endlösung der Judenfrage“ in Europa diskutiert und sich bisweilen auch öffentlich dazu geäußert. Im Hinblick auf die erwarteten Eroberungen im Osten war nun von einer „territorialen Lösung“ die Rede. Die Idee, die Juden „hinter den Ural“ zu vertreiben oder „weit nach Osten“ auszusiedeln, war noch keine Chiffre für ihre systematische Ermordung, jedoch das Massensterben bei solchen gigantischen Vertreibungsaktionen einkalkuliert. Allerdings sollte diese sogenannte Ost-raumlösung erst nach Ende des Krieges oder zumindest nach Ende der Kampfhandlungen an der Ostfront in Angriff genommen werden. Dessen ungeachtet erschossen die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD hinter der Front schon in den ersten Tagen des Feldzugs im Juni 1941 jüdische Männer zu Tausenden und gingen wenige Wochen später dazu über, auch Frauen und Kinder zu ermorden und ganze jüdische Gemeinden auszulöschen.

Der Chef des Reichssicherheitshauptamts, Reinhard Heydrich, hatte sowohl von Hitler als auch von Hermann Göring den Auftrag erhalten, die „Evakuierung“ der Juden aus dem deutschen Machtbereich vorzubereiten. Göring hatte ihm mit Datum vom 31. Juli 1941 eine Vollmacht zur Vorbereitung der „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen

⁹ Zur antijüdischen Politik in Bulgarien und Rumänien siehe VEJ 13, zur Beteiligung der rumänischen Truppen am Überfall auf die Sowjetunion auch VEJ 7.

¹⁰ VEJ 3, S. 27 und 60.

Einflussgebiet in Europa“ erteilt.¹¹ Doch noch am 15. August 1941 hatte Hitler bekräftigt, dass diese „Gesamtlösung“ erst nach Abschluss des Feldzugs gegen die Sowjetunion realisiert werden könne, und Heydrichs Ansinnen abgelehnt, die Juden noch während des Kriegs aus dem Reichsgebiet zu „evakuieren“.¹² Heydrich hatte daraufhin „Teilevakuierungen“ aus den größeren Städten vorgeschlagen, und Propagandaminister Joseph Goebbels, der als Berliner Gauleiter seit langem auf eine „judenreine“ Hauptstadt drängte, gab sich in seinem Tagebuch optimistisch, zumal Hitler ihm am 18. August die Deportation der Berliner Juden zugesagt hatte, „sobald sich die erste Transportmöglichkeit biete“.¹³

Im September jedoch änderte Hitler seine Meinung und verfügte die Deportation der Juden aus dem Deutschen Reich in Richtung Osten noch vor Kriegsende.¹⁴ Vier Wochen später fuhren die ersten Deportationszüge aus dem Deutschen Reich und dem Protektorat in das Getto Litzmannstadt. Die Motive für diesen Meinungsumschwung sind unklar und vermutlich auch vielschichtig. Jedenfalls bedeutete die Entscheidung Hitlers zur Deportation der Juden aus dem Reich noch nicht seine Zustimmung zu ihrer Ermordung. Doch sie beflügelte offensichtlich die Phantasien der Gauleiter und anderer Statthalter der deutschen Macht ebenso wie die Debatte über die „Lösung der Judenfrage“. Die Gauleiter mehrerer großer Städte im Reich, Baldur von Schirach in Wien, Goebbels in Berlin und Karl Kaufmann in Hamburg, machten sich dafür stark, die Juden möglichst rasch abzuschieben, und begründeten dies unter anderem mit der Wohnungsnot infolge der Bombardierungen. Auch in den deutsch besetzten Gebieten Europas drängten Militärs und Verwaltungsbeamte darauf, sich der Juden baldmöglichst zu entledigen. Alfred Rosenberg, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, plädierte dafür, die Deportation der Juden als Druckmittel gegen Stalin einzusetzen, um ihn von Repressionen gegen die Wolgadeutschen abzuhalten.¹⁵

Der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz, unterbreitete dem Reichsführer SS Heinrich Himmler Mitte September 1941 den Vorschlag, die Juden aus Frankreich und anderen besetzten Ländern in die Ostgebiete abzuschieben. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion hatte in Frankreich die Widerstandsbewegung mehrere Attentate auf deutsche Militärs verübt. Als Vergeltung drängte die Führung in Berlin auf massenhafte Geiselschießungen, wohingegen der Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich befürchtete, dass dadurch die Kollaborationsbereitschaft der französischen Verwaltung beeinträchtigt würde. Man verständigte sich darauf, als Vergeltung für die Attentate der Résistance zunächst jüdische Geiseln zusammen mit französischen Kommunisten zu deportieren. Abetz' Initiative zielte aber bereits darüber hinaus auf die Deportation aller

11 VEJ 3/196.

12 VEJ 3/203, Anm. 3.

13 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 1, Juli bis September 1941, S. 266, Eintrag vom 19. 8. 1941.

14 Himmler an Greiser, 18. 9. 1941; siehe auch VEJ 3/223. In diesem Schreiben teilte Himmler dem Gauleiter im Warthegau, Arthur Greiser, mit, der Führer wünsche, dass die Juden aus dem Altreich und dem Protektorat in die eingegliederten Ostgebiete abgeschoben und im nächsten Frühjahr weiter nach Osten deportiert würden.

15 VEJ 3, S. 62; Christian Gerlach, *Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen*, München 2017, S. 85.

in Frankreich lebenden Juden.¹⁶ Zeitgleich zum Beginn der Deportationen der Juden aus dem Deutschen Reich, dem Protektorat und Luxemburg im Oktober/November 1941 gründete die Vichy-Regierung eine dem Innenministerium unterstellte spezielle Polizei für Judenfragen, die nun auch im direkten Auftrag der deutschen Sicherheitspolizei an der Erfassung und Verfolgung der Juden in der unbesetzten Südzone des Landes beteiligt war.¹⁷

Auch in Serbien forderten die deutschen Besatzer die Abschiebung der Juden „nach dem Osten“, ebenfalls als „Sühnemaßnahme“ für Attentate der Widerstandsbewegung. Die deutsche Gesandtschaft in Belgrad wollte vorrangig 8000 „jüdische Hetzer“ loswerden. Doch noch bevor über die Deportation entschieden war, begannen dort Wehrmachts-einheiten, in großer Zahl jüdische Männer zu erschießen, darunter auch die etwa 1100 deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, die auf dem Weg nach Palästina im jugoslawischen Donauhafen Kladovo gestrandet waren. Erstmals wurden somit deutsche Juden von deutschen Einheiten erschossen.¹⁸ Am 18. Oktober 1941 trafen Friedrich Suhr, ein Mitarbeiter Eichmanns, und Franz Rademacher, Judenreferent im Auswärtigen Amt, in Belgrad ein, um sich ein Bild von den Schwierigkeiten bei der „Lösung der Juden- und Zigeunerfrage“ zu machen. Sie vermittelten ihren Gesprächspartnern in der Besatzungsverwaltung, dass eine Abschiebung der serbischen Juden in nächster Zeit nicht in Frage käme. Stattdessen sollten die verbliebenen 20 000 jüdischen Frauen, Kinder und alten Leute sowie 1500 „Zigeuner“, von denen, so Rademacher, „die Männer ebenfalls noch erschossen werden“, interniert werden, bis sie „im Rahmen der Gesamtlösung der Judenfrage [...] auf dem Wasserwege in die Auffanglager im Osten abgeschoben“ würden.¹⁹

Im Zuge der Kriegsplanung gegen die Sowjetunion war das deutsch besetzte Polen zum Aufmarschgebiet geworden, was auf die dortige Politik gegen die Juden massive Auswirkungen hatte. Hitlers Entscheidung im September 1941, die deutschen Juden aus dem Reich nach Osten abzuschieben, spitzte die Lage weiter zu. In Krakau herrschte seit nunmehr fast zwei Jahren Generalgouverneur Hans Frank, dessen Zivilverwaltung brutal gegen die Juden vorging, sich aber gleichwohl bisweilen mit der Himmler direkt unterstellten SS über die Zuständigkeit in Sachen antijüdischer Politik stritt, ohne dass dies die Situation der terrorisierten jüdischen Bevölkerung gemildert hätte. Frank drängte seit längerem darauf, die Juden aus seinem Einflussgebiet loszuwerden, wohin auch immer, und protestierte zudem vehement und partiell durchaus erfolgreich gegen die Abschiebung von Juden aus den an das Reich angeschlossenen westpolnischen Gebieten in

16 Siehe VEJ 5, S. 59; Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 430, 437; Barbara Lambauer, *Otto Abetz et les Français ou l'envers de la Collaboration*, Paris 2001, S. 422–436, insbesondere S. 423 f.; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamts*, Hamburg 2003, S. 615 f.; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 2: *Die Jahre der Vernichtung 1939–1945*, München 2006, S. 313.

17 VEJ 5/319; Serge Klarsfeld, *Vichy – Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich*, Nördlingen 1989, S. 58.

18 VEJ 3, S. 49 f.

19 Aufzeichnung Rademachers für Luther vom 25.10.1941, ADAP, Serie D: 1937–1941, Bd. 13,2: 15. September bis 11. Dezember 1941, Göttingen 1970, Dok. 425, S. 570–572; siehe auch Peter Longerich (Hrsg.), *Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945*, Mitarbeit: Dieter Pohl, München 1989, S. 288–290.

sein Territorium. Von dort waren Juden und nichtjüdische Polen seit Dezember 1939 zu Hunderttausenden ins Generalgouvernement zwangsumgesiedelt worden, um Platz für die Ansiedlung von Angehörigen der deutschen Minderheiten aus verschiedenen Ländern Osteuropas zu schaffen, die Hitler versprochen hatte, „heim ins Reich“ zu holen.²⁰ Im Herbst 1941 fühlte sich Frank in mehrfacher Hinsicht in seinem Drängen auf eine „Lösung der Judenfrage“ bestärkt: Seit Monaten stieg im Warschauer Getto, wo rund 400 000 Juden auf wenigen Quadratkilometern zusammengedrängt waren, die Zahl der Toten aufgrund von Unterernährung stark an. Aus der Sicht der deutschen Besatzer drohte die Ausbreitung des Flecktyphus auch unter der „arischen“ Bevölkerung. Zudem würden die von der Außenwelt abriegelten Juden nicht in der Lage sein, allein für ihren Unterhalt aufzukommen.²¹ Die Ausbreitung von Krankheiten in den beengten Wohnverhältnissen, der Hunger und die in Folge dessen geringe Arbeitsleistung der Gettobewohnerinnen und -bewohner waren das Ergebnis der deutschen Politik und dienten zugleich den Besatzern als Begründung dafür, warum die Zustände unhaltbar seien und die Juden aus dem Generalgouvernement abgeschoben werden müssten.

Vorerst jedoch reagierten die Besatzungsbehörden mit neuen, für die Juden bedrohlichen Maßnahmen: Im September 1941 wurden in den ländlichen Gegenden, wo die Juden sich noch halbwegs frei bewegen konnten und aus Sicht der Besatzer so zur Ausbreitung des Fleckfiebers beitrugen, als Vorstufe zur Gettoisierung sogenannte Judensammelorte eingerichtet.²² Mitte Oktober ordnete Generalgouverneur Frank an, dass künftig auf das unerlaubte Verlassen des Gettos die Todesstrafe stehe. Auf diese Weise sollte sowohl die Verbreitung von Fleckfieber- und Typhusepidemien eingedämmt werden als auch der sogenannte Schwarzhandel, für den die Besatzungsverwaltung ebenfalls vorrangig die Juden verantwortlich machte.²³

Nachdem die Wehrmacht im Sommer 1941 den seit Ende September 1939 von der Sowjetunion besetzten östlichen Teil Polens eingenommen hatte, begann die Diskussion über die künftige Verwaltung dieses Gebiets und die Möglichkeiten einer Erweiterung des Generalgouvernements. Hans Frank machte sich für die Angliederung der auf weißrussischem Gebiet gelegenen Pripjetsümpfe an das Generalgouvernement in der Hoffnung stark, die Juden seines Herrschaftsbereichs dorthin deportieren zu können, ohne Widerspruch von anderen Besatzungsbehörden zu ernten.²⁴ Stattdessen wurde jedoch im August 1941 der Bezirk Galizien dem Generalgouvernement zugeschlagen. Kurz darauf schoben die ungarischen Behörden aus der annektierten Karpatoukraine massenhaft Juden nach Galizien ab, so dass die Besatzungsbehörden im Generalgouvernement nun, anstatt die Juden ihres Machtbereichs loszuwerden, vor der Aufgabe standen, etliche tausend zusätzlich aufzunehmen. Umgangen wurde dies, indem Einheiten der Sicherheitspolizei die bereits in den weiter östlich gelegenen Gebieten praktizierten Massenerschießungen auf Ostpolen ausweiteten. Da die Besatzungsbehörden im Generalgouvernement die Juden vorerst nicht in die besetzten Gebiete der Sowjetunion

²⁰ VEJ 4, S. 32–38.

²¹ VEJ 9/14 und 15.

²² VEJ 9/9.

²³ VEJ 9/13 und 17.

²⁴ Philippe Burrin, Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord, Frankfurt a. M. 1989, S. 115; Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 16), S. 426.

abschieben konnten, aber möglichst die Einrichtung ähnlich großer Gettos wie in Warschau vermeiden wollten, dezimierten sie die Zahl der Juden gewaltsam und sperrten die Überlebenden in Gettos. Mobile Tötungseinheiten ermordeten Anfang Oktober 1941 unter anderem in den Bezirken Stanislau, Kolomea, Tarnopol und Drohobycz Zehntausende Juden, die die Massenmordaktionen der Einsatzgruppen einige Wochen zuvor noch überstanden hatten. Bis zum Jahresende 1941 wurden etwa 70 000 Juden in dieser Region erschossen.²⁵

Ostimperium und Judenmord

Nachdem Himmler am 17. Juli 1941 von Hitler mit der polizeilichen Sicherung der neu besetzten Ostgebiete beauftragt worden war, erweiterte er umgehend die Befugnisse des SS- und Polizeiführers Odilo Globocnik, der im Distrikt Lublin ein System von Zwangsarbeitslagern aufgebaut hatte. Himmler übertrug ihm umfangreiche Bauarbeiten für Siedlungsprojekte sowie die Errichtung eines Konzentrationslagers für 20 000 bis 25 000 Häftlinge. Ferner sollte Globocnik SS- und Polizeistützpunkte im gesamten Gebiet der besetzten Sowjetunion aufbauen. Dieses Vorhaben stand im Zusammenhang mit dem sogenannten Generalplan Ost, für den Himmlers Planungschef, Konrad Meyer, kurz zuvor einen ersten Entwurf vorgelegt hatte. Der Plan sah die langfristige Eindeutung weiter Teile der Sowjetunion vor und Meyer hielt dafür die „Evakuierung“ von 31 Millionen Menschen für erforderlich.²⁶ Der Distrikt Lublin, wohin die ersten aus dem Reich deportierten Juden gebracht worden waren,²⁷ sollte nun unter Globocniks Regie Ausgangspunkt für den Aufbau eines Ostimperiums der SS werden.

Wenig später übertrug Himmler Globocnik auch die Zuständigkeit für die Errichtung der Vernichtungslager Belzec, Sobibor und schließlich Treblinka. Deren Bau wurde wahrscheinlich im Oktober 1941 beschlossen und die ersten Vorarbeiten für das Lager Belzec fingen noch im selben Monat an. Um die gleiche Zeit begann die SS, in Auschwitz einen neuen Lagerkomplex zu errichten: das zunächst als Kriegsgefangenenlager geplante spätere Vernichtungszentrum Birkenau. Von Ende August 1941 an hatten im KZ Auschwitz die ersten Experimente mit dem Giftgas Zyklon B stattgefunden; in einer ersten größeren Mordaktion wurden Anfang September 600 sowjetische Kriegsgefangene und etwa 250 kranke polnische Häftlinge durch Zyklon B ermordet. Erfahrungen mit dem Mord durch Giftgas gab es bereits durch die „Euthanasie“, zu deren Opfern auch

25 Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1996, S. 139–154; VEJ 9, S. 20.

26 Czesław Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Berlin 1987; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993; Isabel Heinemann/Dieter Hüsen (Hrsg.), *Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten*. Katalog zur Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn 2006; Isabel Heinemann, *Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa*. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: dies./Patrick Wagner (Hrsg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 45–72.

27 Zur sog. Nisko-Aktion siehe VEJ 3, S. 37 f. und VEJ 3/27.

KZ-Häftlinge gehörten. Ende Juli 1941 waren die ersten Häftlinge aus Auschwitz, 575 Kranke und Arbeitsunfähige, in die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein gebracht und dort mittels Giftgas ermordet worden. Parallel dazu testete die SS unter anderem in Minsk und im 200 Kilometer weiter östlich gelegenen Mogilev auf Befehl Himmlers ein neues Modell eines Gaswagens, mit dem möglichst alle mobilen Mordkommandos ausgestattet werden sollten. Um die Opfer zu ersticken, wurde das Gas nun nicht mehr aus separaten Gasflaschen ins Wageninnere geleitet, sondern direkt aus dem Auspuff des Lastwagens. Für Mogilev war Mitte November 1941 eine große Krematoriumsanlage mit 32 Verbrennungskammern vorgesehen. Der neue Gaswagen wurde im November 1941 erstmals im KZ Sachsenhausen eingesetzt, im Dezember dann im Vernichtungslager Kulmhof und in Riga. So sind in den letzten Monaten des Jahres 1941 an verschiedenen Orten Bemühungen nachweisbar, den Massenmord zu professionalisieren und regelrechte Vernichtungszentren aufzubauen. Damit wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen, um in kürzerer Zeit mehr Menschen zu ermorden, und dies mit weniger Personal und mehr Distanz der Täter zu den Opfern.²⁸ Da die Massenerschießungen insbesondere von Frauen und Kindern manchen Angehörigen der Erschießungsbataillone psychisch zu schaffen machten, war die SS bemüht, andere Mordmethoden zu entwickeln.²⁹ In diesem Zusammenhang standen sowohl die Versuche mit den Gaswagen als auch die Experimente mit Zyklon B.

In den ersten Wochen nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion wurde das Generalgouvernement zum Aufnahmegebiet für Zigtausende sowjetische Kriegsgefangene. In den Lagern starben viele von ihnen an Hunger, Entkräftung oder Fleckfieber.³⁰ Auch in den Gettos des Distrikts Lublin grassierten Fleckfieber- und Typhusepidemien; die Sterberate dort war ähnlich hoch wie im Warschauer Getto und die Unterversorgung der Gettobevölkerung mit Lebensmitteln gleichfalls dramatisch. Und wie in Warschau, so reagierte auch im Distrikt Lublin die Verwaltung mit einer strikten Abriegelung der Gettos und der Vollstreckung der Todesstrafe gegen alle Juden, die außerhalb angetroffen wurden. Darüber hinaus gab es im Distrikt mehrfach Massenerschießungen, allein in der zweiten Jahreshälfte 1941 mindestens 25, denen sowohl sowjetische Kriegsgefangene als auch Juden zum Opfer fielen.³¹

Nachdem Frank die Hoffnung, die Juden des Generalgouvernements nach Madagaskar aussiedeln zu können, ebenso hatte aufgeben müssen wie seine Pläne zur Angliederung der Pripjetsümpfe an das Generalgouvernement, drohte nach dem Ausbleiben eines raschen Siegs über die Sowjetunion nun auch die „Ostraumlösung“ in immer weitere

28 Götz Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995, S. 358–362; Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 16), S. 445.

29 VEJ 7, S. 39; Matthias Beer, Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den Juden, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 35 (1987), H. 3, S. 403–417; Dan Michman, Adolf Hitler, the Decision-Making Process Leading to the „Final Solution of the Jewish Question,“ and the Grand Mufti of Jerusalem Hajj Amin al-Hussayni: The Current State of Research, Jerusalem 2017, S. 23 f.

30 Dieter Pohl, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt a. M. 1993, S. 89 f.; Bertrand Perz, The Austrian Connection: SS and Police Leader Odilo Globocnik and His Staff in the Lublin District, in: Holocaust and Genocide Studies 29 (2015), H. 3, S. 400–430.

31 Pohl, „Judenpolitik“ (wie Anm. 30), S. 90, 94.

Ferne zu rücken, obwohl ihm Hitler in den vorangegangenen Monaten mehrfach versichert hatte, die Juden würden „in absehbarer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt“ werden.³² Am 13. Oktober 1941 sprach Frank mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, über die Möglichkeit, die Juden aus dem Generalgouvernement in die von der Wehrmacht eroberten Gebiete der Sowjetunion abzuschicken. Auch die deutsche Militärverwaltung in Frankreich hatte bei Rosenberg bereits die Möglichkeiten einer Abschiebung der Juden in die besetzten Ostgebiete sondiert. Allerdings sah dieser im Gespräch mit Frank Mitte Oktober dazu „noch keine Möglichkeit“, erklärte jedoch für die Zukunft seine Bereitschaft zur Aufnahme der Juden, „zumal die Absicht bestehe, überhaupt die asozialen Elemente innerhalb des Reichsgebiets in die dünn besiedelten Ostgebiete zu verschicken“.³³ Gut zwei Monate später erfuhr Frank in seinem Bemühen, die Juden aus dem Generalgouvernement nach Osten abzuschicken, in Berlin erneut eine Abfuhr, aber erhielt gleichzeitig einen entscheidenden Hinweis: Nachdem die Regierung des Generalgouvernements aufgefordert worden war, einen Vertreter zur Besprechung über die „Gesamtlösung der Judenfrage“ nach Berlin zu schicken (Dok. 47), hatte Franks Staatssekretär Josef Bühler Erkundigungen eingezogen, über die Frank dann auf der Regierungssitzung in Krakau am 16. Dezember 1941 berichtete. Mit den Juden müsse „so oder so Schluss gemacht werden. [...] Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, dass sie verschwinden. Sie müssen weg.“ Er habe, so Frank weiter, Verhandlungen geführt, um sie nach Osten abzuschicken. „Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: Weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat [Ukraine] auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber!“ Dass sämtliche Juden ermordet würden, stand für Frank zu diesem Zeitpunkt fest: „Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrechtzuerhalten.“³⁴ Seine Überlegungen konzentrierten sich nicht mehr darauf, wohin man die Juden aussiedeln könne, sondern welche Methoden zu ihrer Vernichtung anzuwenden seien.

Wie im Generalgouvernement waren auch in den annektierten polnischen Gebieten die deutschen Verwaltungsbehörden bestrebt, Judendeportationen in ihr Gebiet möglichst abzuwehren und gleichzeitig die „eigenen“ Juden nach Osten abzuschicken oder auf andere Weise loszuwerden. Im Juli 1941 hatte der Leiter der Umwandererzentralstelle Posen, SS-Sturmbannführer Rolf-Heinz Höppner, in einem Brief an Eichmann bereits Vorschläge zur „Lösung der Judenfrage im Reichsgau Wartheland“ unterbreitet: Da die

32 Laut Frank hatte Hitler ihm am 25. 3. 1941 gesagt, das Generalgouvernement werde „als erstes Gebiet judenfrei gemacht“; Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 337. Am 19. 6. 1941, also unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, hatte Hitler dann, wie hier zitiert, von der Entfernung der Juden „in absehbarer Zeit“ gesprochen; ebd., S. 386; siehe auch VEJ 3, S. 53 und 59.

33 Dienstagebuch des Generalgouverneurs (wie Anm. 32), S. 413, Eintrag vom 14. 10. 1941; siehe auch Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1990, S. 505; Christopher Browning, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2003, S. 475.

34 VEJ 9/26; siehe auch Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 33), S. 505 f.

Gefahr bestehe, dass im kommenden Winter die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können, wäre zu erwägen, die nicht arbeitsfähigen Juden „durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen“. Außerdem schlug Höppner vor, „sämtliche Jüdinnen, von denen noch Kinder zu erwarten sind, zu sterilisieren, damit mit dieser Generation tatsächlich das Judenproblem restlos gelöst wird“.³⁵

Am 18. September eröffnete Himmler dem Gauleiter im Warthegau, Arthur Greiser, dass das Altreich sowie das Protektorat Böhmen und Mähren auf Wunsch Hitlers „möglichst bald [...] von Juden geleert und befreit werden“ und in diesem Zusammenhang 60 000 Juden in das bereits überfüllte Getto Litzmannstadt deportiert werden sollten.³⁶ Daraufhin kam es zu einer vehementen Auseinandersetzung mit dem für Litzmannstadt zuständigen Regierungspräsidenten Friedrich Uebelhoer, der die Deportationen mit dem Argument abzuwehren versuchte, dass dadurch die Produktion für die Wehrmacht in den Werkstätten des Gettos behindert würde. Am 11. Oktober stützte General Georg Thomas vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt diese Position und bat Himmler darum, Juden und „Zigeuner“ in ein anderes Getto als Litzmannstadt einzuweisen.³⁷ Tatsächlich wurde die Zahl derer, die nach Litzmannstadt deportiert werden sollten, auf 25 000 Menschen gesenkt, während weitere 25 000 jeweils in die Gettos Riga und Minsk verbracht wurden.³⁸

Dadurch aber war die Zahl der in den eingegliederten Ostgebieten lebenden Juden nicht, wie von den dortigen Verwaltungsbehörden gefordert, vermindert, sondern im Gegenteil noch erhöht worden. Durch die Abschiebung der Juden ins Generalgouvernement wollten sie Platz für die Ansiedlung auslandsdeutscher Siedler schaffen, die aus der Sowjetunion und anderen Ländern „heim ins Reich“ geholt worden waren, nun aber in den Umsiedlerlagern lebten, weil ihnen nicht in hinreichendem Umfang Bauernhöfe, Handwerksbetriebe und Wohnungen zwangsausgesiedelter Polen und Juden zur Verfügung gestellt werden konnten. Adolf Eichmann, im Reichssicherheitshauptamt nicht nur für Juden-, sondern auch für Umsiedlungsangelegenheiten zuständig, suchte die Behörden in den eingegliederten Ostgebieten zu beschwichtigen, indem er darauf verwies, dass mit der Wiederaufnahme einer Evakuierung „zur Zeit“ nicht gerechnet werden könne, er aber auf der Suche nach einer vorläufigen „Ausweichmöglichkeit“ in den besetzten Gebieten der Sowjetunion sei. Allerdings, so teilte er den für die eingegliederten Ostgebiete zuständigen Umsiedlungsexperten mit, müsse erst eine Verbesserung der Transportlage abgewartet werden.³⁹

Obwohl also die Frage, wohin die Juden abgeschoben werden sollten, nach wie vor nicht geklärt war, betrieb das Reichssicherheitshauptamt weiterhin die Deportation der deutschen Juden. Am 4. Oktober 1941 traf Heydrich einige Beamte des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, darunter den stellvertretenden Minister Alfred Meyer, um Kompetenzstreitigkeiten in Bezug auf die antijüdische Politik in diesen Gebieten zu klären. Die Vertreter des Ostministeriums beharrten darauf, ihre eigenen Sachbearbeiter

35 VEJ 4/314.

36 Wie Anm. 14.

37 BArch, NS 19/2655, Bl. 44 f.

38 Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 16), S. 433 f.

39 Schreiben Eichmanns vom 29. 9. 1941 an Ernst Fähdrich, in Kopie an die Umwandererzentrale Posen, zit. nach: Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 28), S. 351.

für Judenfragen zu beschäftigen; Heydrich hingegen wollte die Zuständigkeit für die antijüdische Politik beim Reichssicherheitshauptamt zentralisiert wissen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass der „Plan einer totalen Aussiedlung der Juden aus den von uns besetzten Gebieten zunichte[gemacht]“ würde, weil etwa die Wirtschaft Juden als unentbehrlich reklamieren könne, statt sich um andere Arbeitskräfte zu bemühen.⁴⁰ In den Notizen zu der Besprechung ist von „Aussiedlung“ die Rede, ohne dass ein Zielort genannt wurde.

Zwei Tage später, am 6. Oktober 1941, erklärte Hitler gegenüber dem Wehrmachtsoberbefehlshaber im Protektorat, General Rudolf Toussaint, die Juden sollten alle aus dem Protektorat „entfernt werden, und zwar nicht erst ins Generalgouvernement, sondern gleich weiter nach Osten“. Momentan sei dies nur nicht möglich, weil die Transportmittel für militärische Zwecke gebraucht würden. „Mit den Protektoratsjuden“, so Hitler weiter, „sollen gleichzeitig alle Juden aus Berlin und Wien verschwinden.“ (Dok. 243)

Verbündete und Berater

Auch an der Peripherie des deutschen Machtbereichs hatte der Krieg gegen die Sowjetunion zu einer Verschärfung im Vorgehen gegen die Juden geführt – unter Mitwirkung der in diese Staaten entsandten deutschen „Judenberater“. Die Slowakei, die auch mit eigenen Truppen an dem Feldzug beteiligt war, führte die Kennzeichnung der Juden und ihrer Wohnungen ein, beschränkte ihre Freizügigkeit und verabschiedete im September 1941 mit dem sogenannten Judenkodex einen ganzen Katalog von Maßnahmen gegen die ohnehin schon diskriminierte und bereits weitgehend enteignete jüdische Minderheit.⁴¹ Seit Juli 1940 war auf Vorschlag Eichmanns dessen Mitarbeiter SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny als sogenannter Judenberater in Bratislava (Pressburg) tätig, wo er eng mit der deutschen Gesandtschaft kooperierte und seinen Einfluss in allen Ministerien geltend machte, die in die antijüdische Politik involviert waren. Er war der erste „Judenberater“, der direkt vom Reichssicherheitshauptamt entsandt wurde, während in anderen Staaten meist deutsche Diplomaten diese Funktion wahrnahmen.⁴² Am 20. Oktober 1941 erläuterte Himmler der slowakischen Staatsführung die deutschen Pläne, die Juden nach Polen abzuschieben, und bei dieser Gelegenheit wurde auch über die slowakischen Juden gesprochen. Anfang Dezember 1941 konnte der deutsche Gesandte in Preßburg, Hanns Ludin, nach Berlin melden, dass die slowakische Regierung damit einverstanden sei, wenn die im Reich lebenden slowakischen Juden ebenso behandelt würden wie die deutschen, das heißt in die Gettos im besetzten Polen abgeschoben würden. Allein auf das Vermögen dieser Juden erhob die slowakische Regierung Anspruch (Dok. 153).⁴³

40 Zit. nach: Longerich, *Politik der Vernichtung* (wie Anm. 16), S. 439 f.; Alfred Rosenberg, *Die Tagebücher von 1934 bis 1944*, hrsg. und kommentiert von Jürgen Matthäus und Frank Bajohr, Frankfurt a. M. 2015, S. 75.

41 VEJ 13/38.

42 Leni Yahil, *The Holocaust. The Fate of European Jewry*, New York u. a. 1987, S. 180.

43 *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, hrsg. von Peter Witte u. a., Hamburg 1999, S. 241, Eintrag vom 20.10.1941; VEJ 13, S. 21 und VEJ 13/45.

Im „Unabhängigen Staat Kroatien“ ging die faschistische Ustascha-Regierung seit der Staatsgründung im April 1941 mit Unterstützung der deutschen Verbündeten besonders grausam gegen Serben, Juden und Roma vor. Die Juden wurden als nicht zur Nation gehörig angesehen und zur Auswanderung gedrängt. Sie unterlagen diskriminierenden Bestimmungen nach dem Vorbild der Nürnberger Gesetze⁴⁴ und hatten im Rahmen einer radikal durchgeführten „Arisierungs“-Kampagne einen Großteil ihres Eigentums verloren. Als nach dem Überfall auf die Sowjetunion auch in Kroatien die Attentate und Sabotageakte zunahmen und die kommunistische Aufstandsbewegung weite Teile des Staatsgebiets unter ihre Kontrolle brachte, trafen die Vergeltungsaktionen des Regimes Juden in besonderem Maße. Ganze Familien wurden in Konzentrationslagern inhaftiert. Im Juli 1941 bekräftigte Hitler gegenüber dem kroatischen Verteidigungsminister Slavko Kvaternik seine Entschlossenheit, die Juden aus Europa zu entfernen. In der Mitschrift der Unterredung heißt es: „Wenn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde diese der Bazillenherd für eine neue Zersetzung werden. Gäbe es keine Juden mehr in Europa, so würde die Einigkeit der europäischen Staaten nicht mehr gestört werden. Wohin man die Juden schicke, nach Sibirien oder nach Madagaskar, sei gleichgültig. Er werde an jeden Staat mit dieser Forderung herantreten.“⁴⁵ Eben diese Aufgabe übernahmen in den folgenden Monaten Diplomaten des Auswärtigen Amts. In Anerkennung dessen bat die kroatische Regierung Ende September 1941 bei der deutschen Gesandtschaft in Zagreb um Übersendung der deutschen Judengesetze, da die Judenfrage zu den wichtigen Fragen gehöre, „die in unserem jungen Staate auf ihre definitive Lösung warten“.⁴⁶ Von September 1941 an wurden im neu errichteten und schon bald berüchtigten Lager Jasenovac vor allem Juden inhaftiert. Ende des Jahres 1941 waren bereits zwei Drittel der kroatischen Juden in Konzentrationslager deportiert worden.

Das verbündete Rumänien hatte sich am Angriff auf die Sowjetunion mit beträchtlichen Truppenkontingenten beteiligt und binnen kurzem nicht nur das 1940 unter Druck an die Sowjetunion abgetretene Bessarabien und die Nordbukowina zurückerobert, sondern auch das östlich davon gelegene Transnistrien einschließlich des Großraums Odesa von den Deutschen als Besatzungsgebiet zugesprochen bekommen. Dorthin deportierten die rumänischen Behörden von August 1941 an Juden aus Bessarabien und der Bukowina. Als die östlich der neuen Grenze in der Ukraine operierenden deutschen Truppen die Juden nach Rumänien zurücktrieben, protestierte der rumänische Staatsoberhaupt Ion Antonescu.⁴⁷ Bereits bei der Vertreibung kamen etwa 60 000 Menschen um, noch weit mehr starben in den folgenden Monaten unter den entsetzlichen Bedingungen, an den Folgen von Hunger und Zwangsarbeit in den Gettos und Lagern Transnistriens. Zudem ermordeten rumänische Truppen im Oktober etwa 25 000 Juden, unter anderem als „Sühnemaßnahme“ für ein Bombenattentat, bei dem am 22. Oktober 1941

44 VEJ 14/88 und 89.

45 Aufzeichnung des Gesandten Hewel über Hitlers Unterredung mit Slavko Kvaternik im Beisein von Joachim von Ribbentrop und Wilhelm Keitel im Führerhauptquartier, 22.7.1941; Abdruck: VEJ 14/100.

46 Schreiben aus dem Büro des kroatischen Staatsführers, gez. Sabljak, an die Gesandtschaft des Deutschen Reichs, 29.9.1941; Abdruck: VEJ 14/113.

47 Burrin, Hitler (wie Anm. 24), S. 115.

in Odessa 80 deutsche und rumänische Militärangehörige umgekommen waren.⁴⁸ Die Deportationen waren ein weiterer Schritt der rumänischen Führung in Richtung auf eine ethnische „Homogenisierung“ der zurückeroberten Gebiete. In den Jahren zuvor hatte sie bereits mit dem gleichen Ziel Juden massiv zur Auswanderung gedrängt, ihre Bürgerrechte eingeschränkt, ausländischen Juden die Aufenthaltsgenehmigung sowie vielen anderen durch Berufsverbote die Lebensgrundlage entzogen. Mitte November 1941 erklärte General Antonescu auf Anfrage des Auswärtigen Amts, dass an der Rückkehr der im Reich lebenden rumänischen Juden kein Interesse bestehe und sie ebenso wie die deutschen Juden in die Gettos im Osten abgeschoben werden könnten.⁴⁹

Wann genau die Entscheidung zur Ermordung der europäischen Juden gefällt wurde, ist bis heute umstritten. Vieles spricht jedoch dafür, dass dies in den letzten Wochen des Jahres 1941 geschah, noch bevor am 20. Januar 1942 auf der Wannsee-Konferenz die Abfolge der Deportationen koordiniert wurde. Offenkundig ist, dass die Verantwortlichen in Berlin Ende September/Anfang Oktober 1941 die antijüdische Politik nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa radikalisierten.⁵⁰ Der Angriff auf die Sowjetunion schien die Möglichkeit zu eröffnen, die Juden nach Beendigung des Feldzugs in die neu eroberten Gebiete im Osten abzuschieben. Während das „Unternehmen Barbarossa“ nach einigen militärischen Anfangserfolgen ins Stocken geriet, wüteten SS- und Polizeiverbände hinter den Frontlinien immer brutaler und trugen so dazu bei, den massenhaften Mord zumindest als ersten Schritt zur „Lösung der Judenfrage“ praktikabel erscheinen zu lassen. Eine zentrale Anweisung zur Ermordung aller Juden ist nicht bekannt; wahrscheinlich gab es dezentral in den verschiedenen Regionen des deutschen Herrschaftsbereichs unterschiedliche Motive, die antijüdische Politik bis zur Ermordung zu verschärfen. Einzelne Gruppen von Juden gerieten aus jeweils unterschiedlichen Gründen ins Visier von Juden- und Umsiedlungsexperten, Gauleitern und anderen Regionalpotentaten, denen dann die Beseitigung der unerwünschten Minderheit als Ausweg aus ihren jeweiligen Ressortproblemen erschien, unabhängig davon, ob es sich um Wohnungsnot, Versorgungsengpässe, Seuchengefahr oder Defätismus in der Bevölkerung handelte. Nachdem man den Juden jahrelang jedes Übel angelastet hatte, wurde nun ihre schiere Existenz zur Disposition gestellt. Andere Verbrechen hatten die Hemmschwelle zum Massenmord zusätzlich gesenkt: Im Rahmen der „Euthanasie“ waren bis August 1941 allein in Deutschland 70 000 Psychiatriepatienten ermordet worden, hinzu kamen Tausende Opfer des Krankenkurses in den eingegliederten Ostgebieten. Vom Frühjahr 1941 an fuhren die „Euthanasie“-Ärzte zudem auch in die Konzentrationslager, wo sie Häftlinge zur Ermordung auswählten, die als politisch oder rassistisch unerwünscht galten, krank oder aufgrund von Erschöpfung arbeitsunfähig waren. Binnen eines Jahres wurden im Rahmen dieser unter dem Kürzel „14f13“ firmierenden Mordkampagne mindestens 10 000 Häftlinge getötet. Seit dem Spätsommer 1941 starben die sowjetischen

48 VEJ 7, S. 67; VEJ 13, S. 63.

49 VEJ 13/175.

50 Yahil, *The Holocaust* (wie Anm. 42), S. 288–305; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 28), S. 327–367; Christian Gerlach, *Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden*, in: ders., *Krieg, Ernährung, Völkermord*, Hamburg 1998, S. 85–166; Longerich, *Politik der Vernichtung* (wie Anm. 16), S. 421 bis 472; Browning, *Entfesselung* (wie Anm. 33), S. 536–603; Friedländer, *Jahre der Vernichtung* (wie Anm. 16), S. 289–358;

Kriegsgefangenen in deutschen Lagern zu Hunderttausenden, die meisten verhungerten. In der besetzten Sowjetunion kalkulierten die deutschen Kriegsstrategen mit vielen Millionen, die nicht in Kampfhandlungen, sondern aufgrund gezielter Hungerpolitik sterben sollten. Am 25. November 1941 kündigte Göring gegenüber dem italienischen Außenminister Graf Ciano an, dass noch im selben Jahr „20 bis 30 Millionen Menschen in Rußland verhungern“ würden, und fügte hinzu: „Vielleicht ist das gut so, da bestimmte Völker dezimiert werden müssen.“⁵¹ Angesichts solcher Massenverbrechen verlor der Mord an den Juden, denen die deutsche Propaganda die Schuld am Krieg zuschrieb, für die Täter zunehmend die Dimension des Unvorstellbaren. Ging es um die Frage, welche „Teillösungen“ machbar seien, diskutierten die Verantwortlichen immer offener auch über die Möglichkeit des Massenmords, wie ihn die Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion seit August 1941 bereits praktizierten.

Die Radikalisierung der antijüdischen Politik im Herbst 1941 entstand also aus dem Widerspruch zwischen der Entscheidung zur vorgezogenen Deportation der Juden aus dem Reich und Teilen Westeuropas einerseits und der Stagnation des Feldzugs gegen die Sowjetunion, die eine Abschiebung in die besetzten Ostgebiete unmöglich machte, andererseits, während gleichzeitig immer mehr Menschen den dezentralen Mordaktionen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und Teilen des Generalgouvernements zum Opfer fielen. Die anvisierte sogenannte Zwischenlösung, das heißt die Deportation in die Gettos im besetzten Polen, stieß jedoch auf Ablehnung der dortigen Besatzungsbehörden. Gleichzeitig häuften sich die Ankündigungen führender Politiker, aber auch der Praktiker der Besatzungs- und Umsiedlungspolitik, dass die Zeit für eine „Lösung“, „Endlösung“ oder „Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“ gekommen sei. Und tatsächlich ergriffen an der Peripherie des deutschen Herrschaftsbereichs SS und Wehrmacht verschiedentlich die Initiative und entledigten sich der Juden auf eigene Faust. Das Reichssicherheitshauptamt agierte zweigleisig, indem es diejenigen, die auf eine Abschiebung der Juden drängten, auf später vertröstete und gleichzeitig die Deportation der Juden aus Deutschland und dem Protektorat vorantrieb. Ende November, als Heydrich erstmals zur kurz darauf verschobenen Wannsee-Konferenz einlud, schien dann der Zeitpunkt gekommen, um die Deportationen aus ganz Europa zu koordinieren.

Vorbereitendes und vorauseilendes Morden

An den Zielorten der ersten Deportationen aus dem Reich, in den Gettos von Litzmannstadt, Riga und Minsk, wurden im Herbst 1941 Vorbereitungen getroffen, um für die Aufnahme der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden Platz zu schaffen – durch die Ermordung der einheimischen polnischen, lettischen und weißrussischen Juden. In Litzmannstadt geschah dies nicht an Ort und Stelle, sondern im 70 Kilometer nordwestlich im Dorf Chelmno gelegenen Vernichtungslager Kulmhof. Dort standen, wie erwähnt, Anfang Dezember 1941 zunächst zwei, später drei Gaswagen bereit, wie man schon zuvor Gaswagen bei der Tötung von Patienten der Heilanstalten in

51 Les Archives Secrètes du Comte Ciano 1936–1942, Paris 1948, S. 478, zit. nach: Madajczyk, Okkupationspolitik (wie Anm. 26), S. 92.

der Region benutzt hatte. Das Sonderkommando Lange, das bereits für den Krankenmord im Warthegau verantwortlich gewesen war, stellte nun gemeinsam mit der Ordnungspolizei aus Litzmannstadt das Personal des Lagers. Nachdem im Oktober und November 1941 etwa 20 000 Juden aus dem gesamten Reichsgebiet und dem Protektorat sowie 5000 sogenannte Zigeuner aus dem Burgenland zunächst zusätzlich zu den damals ca. 144 000 Insassen im Getto Litzmannstadt eingesperrt worden waren, begannen im Januar 1942 die Deportationen polnischer Gettobewohner nach Kulmhof unter dem Vorwand des Arbeitseinsatzes. Zwischen dem 12. und 29. Januar wurden 10 103 Juden aus dem Getto Litzmannstadt in Kulmhof ermordet.⁵²

In Minsk ermordete die SS am 7. November 1941 insgesamt 7000 und am 20. November weitere 5000 Bewohner des dortigen Gettos, um Platz für die Aufnahme der aus dem Deutschen Reich und dem Protektorat verschleppten Juden zu schaffen.⁵³

In Riga erschossen SS-Männer, deutsche Polizisten und lettische Hilfspolizisten unter Leitung des Höheren SS- und Polizeiführers Friedrich Jeckeln am 30. November sowie am 8. und 9. Dezember 1941 insgesamt 26 000 lettische Juden. Auf diese Weise wurde das „große Getto“ ausgelöscht, während im „kleinen Getto“ etwa 4000 arbeitsfähige jüdische Männer sowie einige hundert Frauen vorerst verschont blieben.⁵⁴ Den Auftrag zu diesen Erschießungen hatte Himmler Mitte November im Hinblick auf die Deportationen aus dem Deutschen Reich, dem Protektorat und Luxemburg erteilt. Die Erschießung der nach Riga deportierten deutschen Juden hatte er explizit verboten. Doch traf seine Anordnung erst am Mittag des 30. November ein, nachdem am Morgen bereits 1053 Berliner Juden direkt nach ihrer Ankunft ermordet worden waren.⁵⁵ Empört über dessen eigenmächtiges Handeln bestellte Himmler Friedrich Jeckeln zum Rapport ein. Himmlers Rüge ist ein Indiz dafür, dass über die Ermordung der deutschen Juden zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden worden war; zugleich aber offenbart Jeckelns Vorstoß auch, wie naheliegend es für die inzwischen an das Morden gewöhnten

52 Das Vernichtungslager Kulmhof wird ausführlich in VEJ 10 dokumentiert. Friedländer, *Jahre der Vernichtung* (wie Anm. 16), S. 342–344; Andrea Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2010 (Erstauflage 2006), S. 263–291; Ingo Loose, *Wartheland*, in: Wolf Gruner/Jörg Osterloh (Hrsg.), *Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten Gebieten“*, Frankfurt a. M. u. a. 2010, S. 229–258; ders., *Das Vernichtungslager Kulmhof am Ner (Chełmno nad Nerem) 1941 bis 1945*, in: Beate Meyer (Hrsg.), *Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945). Łódź, Chełmno, Minsk, Riga, Auschwitz, Theresienstadt*, Berlin 2017, S. 54–75.

53 Gerlach, *Wannseekonferenz* (wie Anm. 50), S. 96; Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, *Die „Juden-deportationen“ aus dem Deutschen Reich. Eine kommentierte Chronologie*, Wiesbaden 2005, S. 89; Robert Gerwarth, Reinhard Heydrich. *Biographie*, München 2011, S. 261; Petra Rentrop, *Das Minsker Ghetto (1941–1943)*, in: Anja Reuss/Kristin Schneider (Hrsg.), *Berlin – Minsk. Unvergessene Lebensgeschichten. Ein Gedenkbuch für die nach Minsk deportierten Berliner Jüdinnen und Juden*, Berlin 2013, S. 68–77; VEJ 8/15.

54 Bernhard Press, *Judenmord in Lettland 1941–1945*, Berlin 1988, S. 88–92.

55 VEJ 7, S. 57; Gerald Fleming, *Hitler and the Final Solution*, Oxford 1986, S. 78–90; Gottwaldt/Schulle, *„Juden deportationen“* (wie Anm. 53), S. 111; Gerlach, *Krieg, Ernährung* (wie Anm. 53), S. 95; Peter Klein, *Die Wannsee-Konferenz als Echo auf die gefallene Entscheidung zur Ermordung der europäischen Juden*, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), *Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen*, Köln u. a. 2013, S. 182–201, hier: S. 195 f.

SS-Einheiten war, ihren Vernichtungsfeldzug nun auch auf die deutschen Juden auszu-dehnen.

Die mit späteren Zügen nach Riga deportierten deutschen Juden wurden ins Behelfslager Jungfernhof, vor allem aber in das Rigaer Getto eingewiesen – in die zwischenzeitlich von Deutschen und Letten geplünderten Wohnungen der kurz zuvor erschossenen lettischen Juden.⁵⁶

Im litauischen Kaunas, wo in der zweiten Novemberhälfte 1941 fünf Deportationszüge aus verschiedenen deutschen Städten und aus Wien eintrafen, erschoss das Einsatzkommando 3 der Sicherheitspolizei und des SD sämtliche 4934 Juden noch Ende November in dem außerhalb der Stadt gelegenen Fort IX. Auch diese Erschießungen gingen wahrscheinlich auf die Initiative des Höheren SS- und Polizeiführers Jeckeln zurück und waren von Himmler oder Heydrich nicht genehmigt worden.

Gerüchte über diese Massenerschießungen von Juden in Riga und Kaunas kursierten bald in Deutschland. Meist beruhten sie auf den Berichten der Täter.⁵⁷ Kurz nach dem Massaker an den lettischen Juden trafen auch im Getto Riga zwei Gaswagen ein. Zweck ihres Einsatzes war es nicht in erster Linie, das Morden zu beschleunigen, sondern die Täter zu schonen.

Die Lage der Juden im Deutschen Reich

Versorgungslage und Alltagsleben

Anfang September 1941 notierte Victor Klemperer in sein Tagebuch: „Es wird nicht gehungert, Lebensmittel sind knapp, für uns *sehr* knapp, aber man *hungert nicht*.“⁵⁸ Seit Kriegsbeginn war die Lebensmittelrationierung eingeführt worden; frisches Obst und Fleisch waren bald für die meisten Deutschen Mangelware. Wie in der Baubranche und in der Konsumgüterindustrie allgemein wurden auch auf dem Lebensmittelmarkt zunehmend Ersatzprodukte minderer Qualität gehandelt; auf Vollmilch hatten nur noch Schwerarbeiter, Schwangere und Kinder Anspruch. Bereits im Sommer 1941 machte sich unter der Bevölkerung vor allem in den Großstädten aufgrund der schlechten Ernährungslage Missstimmung breit. In Berlin kursierten Gerüchte, dass in den Metzgereien Hundefleisch verkauft würde.⁵⁹ Lange Arbeitswege, unzureichende Verkehrsverbindungen, häufige

56 Press, *Judenmord* (wie Anm. 54), S. 110–117; Andrej Angrick/Peter Klein, *Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944*, Darmstadt 2006, S. 212–245; S. Alexander Bergmann, *Aufzeichnungen eines Untermenschen. Ein Bericht über das Ghetto Riga und die deutschen Konzentrationslager*, Bremen 2009, S. 44–54.

57 Gerlach, *Krieg, Ernährung* (wie Anm. 53), S. 97–99; Wolfgang Scheffler/Diana Schulle, *Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden*, München 2003; Christoph Dieckmann, *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944*, Bd. 2, Göttingen 2011, S. 959–976; VEJ 7, S. 56–58 und VEJ 7/229. Gottwaldt/Schulle, „*Judendeportationen*“ (wie Anm. 53), S. 103–109 gehen von 7000 deutschen Juden aus, die in Kaunas ermordet wurden.

58 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945*, Berlin 1995, Bd. 1, S. 661, Eintrag vom 2.9.1941.

59 Nancy R. Reagan, *Sweeping the German Nation. Domesticity and National Identity in Germany, 1870–1945*, Cambridge 2007, S. 173–178.

nächtliche Luftangriffe und Versorgungsengpässe erschwerten den Alltag in deutschen Großstädten in der zweiten Jahreshälfte 1941. Unter Arbeitern, insbesondere bei älteren Leuten und Frauen, erhöhte sich der Krankenstand, der Nahrungsmangel führte zu gravierenden Gewichtsverlusten. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt sowie das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition versuchten den Produktionsausfällen entgegenzusteuern, indem sie harte Strafen bei Arbeitsverweigerung bis hin zur Einweisung in ein Arbeitererziehungslager androhten.⁶⁰ Die sinkende Arbeitsmoral hatte nicht zuletzt auch mit der Überbeanspruchung durch Sonderschichten und Akkordarbeit zu tun. Lohnzulagen waren nur bedingt ein Ansporn mehr zu arbeiten, solange das Warenangebot ohnehin begrenzt und zudem durch die Bezugsscheinvergabe reguliert war.⁶¹ Die Juden waren ungleich schlechteren Bedingungen unterworfen als die übrige Bevölkerung. Ihre Lebensmittelkarten waren mit einem „J“ gestempelt und für wesentlich geringere Rationen ausgelegt als die der nichtjüdischen Deutschen. Je nach Versorgungslage änderten sich die Bestimmungen darüber, welche Produkte an Juden gar nicht verkauft werden durften. Blanka Alperowitz, die noch im Herbst 1942 aus Deutschland entkommen war, schrieb kurz darauf in Palästina ihre Eindrücke von der allmonatlichen Ausgabe der Lebensmittelkarten in Berlin nieder: „So war die erste Überraschung schon nach wenigen Kriegsmonaten, dass wir Juden keine Milchkarte erhielten. Bald darauf war die Kuchenkarte ‚nur noch für Schwarzbrot‘ gültig. Ein andermal bekamen wir keine Eierkarten mehr, oder wir durften uns nicht mehr für Fisch- und Räucherwaren eintragen lassen. [...] Zuletzt erhielten wir auch keine Fleischkarten mehr.“⁶² Im Herbst 1941 wurde schließlich aufgrund der schlechten Ernte auch das Grundnahrungsmittel Kartoffeln knapp. Emilie Braach vertrat in dieser Zeit ihre Mutter, die nach den NS-Gesetzen als „Mischling“ galt und eine kleine Pension führte, in der acht ältere Juden wohnten. Für diese war, so Emilie Braach in einem Brief an ihre Tochter, „die Lebensmittelbeschaffung schier unmöglich. [...] Mutter und Vater sind dadurch, daß sie nicht direkt als Juden gelten, besser dran. Aber stell Dir vor: zwei Leute, die berechtigt sind, Kartoffeln zu kaufen, und acht Pensionäre plus zwei Hausgehilfinnen, die alle satt werden wollen.“⁶³

In vielen Städten war den Juden das Einkaufen ohnehin nur in bestimmten Läden und am Spätnachmittag erlaubt, wenn die Regale bereits leer gekauft waren. In manchen Städten, etwa in Kassel, mussten sie höhere Lebensmittelpreise zahlen als Nichtjuden. Kaffee, Tee, Reis, Konserven, Kunsthonig und Obst wurden an Juden nicht mehr verkauft (Dok. 5); ein Erlass des Reichsernährungsministeriums vom September 1942 ver-

60 Bernhard Kroener, Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1945, in: ders./Rolf-Dieter Müller/Hans Umbreit (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, 1. Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 953–955.

61 Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bd. 2, Bonn 1991, S. 64–69.

62 Blanka Alperowitz, Die letzten Tage des deutschen Judentums. Berlin Ende 1942, hrsg. von Klaus Hillenbrand, Berlin 2017 (Erstausgabe: Tel Aviv 1943), S. 42.

63 Emilie Braach, Wenn meine Briefe Dich erreichen könnten. Aufzeichnungen aus den Jahren 1939 bis 1945, hrsg. und ausgewählt von Bergit Forchhammer, Frankfurt a. M. 1987, S. 93; siehe auch Mallmann/Paul, Herrschaft und Alltag (wie Anm. 61), S. 77; Klemperer, Zeugnis (wie Anm. 58), S. 689 f., Einträge vom 28. und 30.11.1941.

bot außer der Abgabe von Fleisch und allen Weizenprodukten an Juden auch den Verkauf von Milch und Eiern sowie sämtliche Sonderzuteilungen an sie.⁶⁴ Kleiderkarten erhielten sie bereits seit Kriegsbeginn nicht mehr, für Schuhe noch nicht einmal mehr Reparaturkarten.

Die Enteignung der Juden spielte zwar für die Finanzierung der militärischen Ausgaben keine wesentliche Rolle, war aber für die Befriedung im Innern nicht unwichtig. Die Versteigerung von Hausrat und Möbeln und die Räumung der Wohnungen von Juden boten die Möglichkeit, die Verluste durch Bombenschäden zumindest partiell auszugleichen oder den nichtjüdischen Nachbarn zu dem einen oder anderen Schnäppchen zu verhelfen, was die Kritik an der Versorgungslage besänftigte.

Die Zwangsarbeit für Juden war schon seit längerem über die offiziell verfügte Altersbegrenzung von 18 bis 55 Jahren ausgedehnt worden; von Oktober 1940 an wurden auch jüdische Kinder unter 16 Jahren zur Arbeit verpflichtet.⁶⁵ So musste etwa der spätere Unterhaltungskünstler Hans Rosenthal, der als 16-Jähriger im jüdischen Umschulungszentrum Neuendorf im Sande lebte, auf dem Friedhof im brandenburgischen Fürstenwalde für 16 Pfennig Stundenlohn Gräber schaufeln.⁶⁶ Im Oktober 1941 regelten die Vierjahresplanbehörde und der Reichsarbeitsminister den Arbeitseinsatz von Juden neu: Kinder und Jugendliche ab 14 Jahren wurden in puncto Arbeitszeit den Erwachsenen gleichgestellt: Für sie alle galten in dieser Hinsicht keine Beschränkungen.⁶⁷ Juden wurde der arbeitsrechtliche Schutz entzogen, sie unterlagen nunmehr einem „Arbeitsverhältnis besonderer Art“ (Dok. 28).

Seit dem Angriff auf die Sowjetunion tauchten Floskeln vom „jüdischen Bolschewismus“ und von der „jüdischen Weltverschwörung“ vermehrt in den deutschen Medien, auf politischen Versammlungen und in den Reden von NS-Funktionären auf, ebenso wie die Behauptung, dass die Juden Schuld am Krieg trügen und ohnehin „unser Unglück“ seien.⁶⁸ Aufmerksame, an zensierte Zeitungen gewöhnte Beobachter und vor allem Juden begannen, das Auf und Ab der Hasstiraden zu interpretieren: „Bei jeder erneuten Hetze fühlten wir, dass irgendein diplomatischer oder militärischer Misserfolg geschehen sein musste oder irgendein Attentat versucht worden war [...]. Wir Juden waren immer gewissermaßen das Barometer für die jeweilige Kriegslage“, heißt es in dem bereits erwähnten Bericht von Blanka Alperowitz.⁶⁹

Die Auswanderung war seit Kriegsbeginn ohnehin nur noch wenigen Juden möglich gewesen und erforderte im Herbst 1941 geradezu astronomische Summen an Bestechungsgeldern und dubiosen Gebühren. Allerdings hatte Himmler das Auswanderungsverbot im Oktober 1941 als Geheimerlass verfügt.⁷⁰ So hielt sich unter den Juden eine Zeitlang die Hoffnung, das Land noch verlassen zu können (Dok. 7, Dok. 13 und Dok. 15). Anfang November bat der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Josef Löwenherz, noch darum, Wiener Juden, deren Emigration unmittelbar bevorstand, von

64 RMEuL an die Landes- und Provinzialernährungsämter, 18. 9. 1942; BArch, R 3601/3424.

65 Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 151.

66 Hans Rosenthal, *Zwei Leben in Deutschland*, Bergisch Gladbach 1980, S. 45.

67 Dieter Maier, *Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945*, Berlin 1994, S. 129.

68 Richard Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 3: *Krieg*, München 2009, S. 312; VEJ 3, S. 57.

69 Alperowitz, *Die letzten Tage* (wie Anm. 62), S. 46.

70 VEJ 5/286.

der Deportation auszunehmen. Erst daraufhin erfuhr er, dass die Auswanderung der Juden nicht mehr möglich sei.⁷¹ Eine Verfügung vom 13. November 1941 verpflichtete Juden, alle elektrischen Geräte, Schreibmaschinen, Fahrräder, Kameras und Ferngläser abzuliefern. Jede neue restriktive Bestimmung schuf neue Anlässe für Hausdurchsuchungen und Verhaftungen – und sei es auch nur wegen des Besitzes von geschenkten, aber für Juden verbotenen Lebensmitteln. Doch vor allem ein Thema beherrschte im Herbst 1941 die Tagebücher von Juden, ihre Briefe, die Protokolle jüdischer Institutionen und vermutlich auch die persönlichen Gespräche: die beginnenden Deportationen, die Mutmaßungen über das Ausmaß und die Zielorte sowie die Befürchtung, dass man selbst vielleicht auch nicht mehr lange würde bleiben dürfen.

Deportationen

Im Jahr 1941 fiel der höchste jüdische Feiertag, Jom Kippur, auf den 30. September. Am Vormittag dieses Tages teilte SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, der Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Josef Löwenherz mit, dass ein Teil der jüdischen Bevölkerung Wiens, zusammen mit Juden aus dem sogenannten Altreich und dem Protektorat nach Litzmannstadt „umgesiedelt“ werden solle. Die angespannte Wohnungssituation der „arischen“ Bevölkerung, verursacht durch die Fliegerangriffe auf die Stadt, mache diese Maßnahme notwendig. Brunner wies Löwenherz an, dass die Kultusgemeinde das Gebäude der jüdischen Schule in der Sperlgasse 2a im 2. Wiener Gemeindebezirk räumen und als Sammellager herrichten müsse. Ferner solle sie die zum Abtransport vorgesehenen Menschen dort betreuen und ihnen Proviantpakete für drei Tage mitgeben. Vorerst seien fünf Transporte geplant, zu deren Begleitung jeweils ein bis zwei Ärzte sowie Pflegepersonal zu bestimmen seien.⁷² Aus Wien waren bereits im Februar und März 1941 insgesamt etwa 5000 Juden in das besetzte Polen deportiert worden.⁷³ Im Verlauf des Sommers waren 10 000 Juden innerhalb Wiens in drei vorgeschriebene Stadtbezirke, den 2., den 9. und den 20. Gemeindebezirk, zwangsumgesiedelt worden.⁷⁴ Gerüchte über weitere „Evakuierungen“ waren unter den Wiener Juden nie ganz verstummt, in den Wochen vor Jom Kippur sogar wieder stärker geworden. Doch diesmal drohte nicht einer begrenzten Zahl von Wiener Juden die Deportation, sondern allen.

In Berlin war es Franz Prüfer, der für Judenangelegenheiten zuständige Gestapo-Beamte, der am Vormittag von Jom Kippur führende Vertreter der Jüdischen Gemeinde in die Gestapo-Zentrale in der Burgstraße beorderte. Dort kündigte er ihnen an, dass auch aus Berlin demnächst Juden deportiert würden, und beauftragte sie mit den Vorbereitungen. Neben dem Vorsitzenden der Gemeinde, Moritz Henschel, und seinem Stellvertreter Philipp Kozower war auch die Leiterin der gemeindeeigenen Wohnungsabteilung, Mar-

71 Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1845. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt a. M. 2000, S. 236.

72 Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 282; Rabinovici, *Instanzen* (wie Anm. 71), S. 235.

73 VEJ 3, S. 53 und VEJ 3/144 und 151.

74 Rabinovici, *Instanzen* (wie Anm. 71), S. 254.

tha Mosse, vorgeladen. Denn auch in Berlin wurde die angebliche „Teilevakuierung“ der Juden mit der Wohnungsnot der bombengeschädigten Nichtjuden begründet. Mosses Abteilung sollte den von der Gestapo zum Transport ausgewählten Familien die Wohnungskündigung übermitteln, ihnen aber statt der Deportation lediglich ihren Zwangsumzug in ein „Judenhaus“ innerhalb Berlins ankündigen. Unter Androhung des Todes verpflichtete Prüfer die drei Gemeindevertreter dazu, kein Wort über die wahre Bedeutung der Kündigungen verlauten zu lassen, mit anderen Worten, das Täuschungsmanöver der Gestapo mitzutragen.⁷⁵

Sammellager und Erfassung der Juden

In Frankfurt am Main holte die Gestapo die ersten 1125 jüdischen Bürger am 19. Oktober 1941 aus ihren Wohnungen und eskortierte sie zum Sammellager. Noch zwei Tage zuvor hatte sie den Vorstand der Gemeinde gezwungen, beim Freitags-Gottesdienst den umlaufenden Gerüchten über bevorstehende Deportationen entgegenzutreten.⁷⁶

Häufig mussten sich die zur Deportation Vorgesehenen in Räumen der jüdischen Gemeinden versammeln: in jüdischen Schulen, Synagogen, Gemeinde- oder Logenhäusern. In größeren Städten, in denen sich die Deportationen über Monate hinzogen, dienten auch verschiedene Gebäude nacheinander oder gleichzeitig als Sammellager: In Berlin wurden die Transporte anfangs in der Levetzowstraße zusammengestellt, von Sommer 1942 an dann auch im jüdischen Altersheim in der Großen Hamburger Straße.⁷⁷ In Wien geschah dies im Herbst 1941 in der stacheldrahtumzäunten Schule in der Sperlgasse, später dann in den Schulen in der Malzgasse und der Castellezgasse; sie alle befanden sich in der Leopoldstadt, wo traditionell viele Juden lebten.⁷⁸ In Frankfurt mussten die Juden hingegen in der Großmarkthalle,⁷⁹ in Prag und in Köln auf dem örtlichen Messengelände und in Düsseldorf sowie in Wiesbaden auf dem Schlachthof auf ihre Deportation warten. In kleineren Landgemeinden mietete die Gestapo zu diesem Zweck für einige Tage den Rathaussaal oder den Festsaal des örtlichen Wirtshauses an (Dok. 94).

Die chaotischen Zustände in den meisten Sammellagern zeugten von der hektischen Improvisation der Vorbereitungen. Es fehlte an sanitären Einrichtungen, Matratzen, Decken und vielem anderen, von Rückzugsmöglichkeiten ganz zu schweigen. Unter diesen Bedingungen genügten wenige Tage, so der Bericht von Berthold Rudner aus Berlin, „um aus einem Kulturmenschen einen Primitiven zu machen“ (Dok. 80). War schon

⁷⁵ Henschel, *Aus der Arbeit* (wie Anm. 1), S. 34 f.; Beate Meyer, *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945)*, Göttingen 2011, S. 131.

⁷⁶ „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“ (wie Anm. 2), S. 187.

⁷⁷ Akim Jah, *Die Deportation der Juden aus Berlin. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das Sammellager Große Hamburger Straße*, Berlin 2013, S. 158–173; ders., *Die Berliner Sammellager im Kontext der „Judendeportationen“ 1941–1945*, in: *ZfG* Nr. 3 (2013), S. 211–231; Philipp Dinkelaker, *Das Sammellager in der Berliner Synagoge Levetzowstraße 1941/42*, Berlin 2017.

⁷⁸ Dieter J. Hecht/Eleonore Lappin-Eppel/Michaela Raggam-Blesch (Hrsg.), *Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien*, Wien 2015, S. 410–432.

⁷⁹ Raphael Gross/Felix Semmelroth (Hrsg.), *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941–1945*, München u. a. 2016, S. 111 f.

die Unterbringung entwürdigend, so häufig auch die Behandlung durch die Gestapo-Mitarbeiter. Männer, Frauen und oft auch Kinder wurden bei Einlieferung ins Sammelager voneinander getrennt und ihre Gepäckstücke nach verbotenen Gegenständen durchsucht. Sie selbst mussten sich Leibesvisitationen unterziehen, bei denen es auch zu sexuellen Übergriffen von Seiten der Gestapo-Männer kam. In der Frankfurter Großmarkthalle mussten sich alle Frauen und Mädchen im Beisein von SA- und SS-Männern einer entwürdigenden Leibesvisitation unterziehen.⁸⁰ Beschimpfungen, Schläge und Tritte drohten denen, die mehr als die maximal zulässigen 50 Kilogramm Gepäck bei sich hatten oder die Anweisungen der Gestapo nicht schnell genug befolgten.

Die Durchsuchungen in den Sammellagern nutzten die Gestapo-Beamten vielfach dazu, den Juden Geld und Wertgegenstände zu stehlen, um sich persönlich zu bereichern. Die Vorschriften verlangten hingegen, dass alle Gegenstände, die Juden unerlaubt mitführten, entweder der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt oder dem Finanzamt bzw. dem Wirtschaftsamt zu übergeben seien. Für ihre Deportation mussten die Juden bezahlen. In Bayreuth verlangte die Gestapo 700 RM von jedem Deportierten,⁸¹ in Würzburg dagegen 80 RM,⁸² von denen sie 20 RM einbehielt und den Rest an die Stapoleitstelle Nürnberg/Fürth weiterleitete, die unter anderem die Bahnfahrkarten davon bezahlte.⁸³ Die Reichsvereinigung der Juden musste auf Geheiß des Reichssicherheitshauptamts ein „Sonderkonto W“ einrichten – W stand für „Wanderung“ –, von dem weitere Ausgaben in Zusammenhang mit der „Endlösung der Judenfrage“ zu bestreiten waren. Die Gestapo war darum bemüht, sich einen möglichst großen Teil des jüdischen Vermögens zu sichern, bevor dieses, in der Regel mit der Deportation, von den Finanzämtern vereinbart wurde. Daher drängte sie darauf, dass die Reichsvereinigung die Juden zu „Spenden“ auf das Sonderkonto nötigte. Meist handelte es sich dabei um Gelder, die die Juden ohnehin zurücklassen mussten, weil sie nur einen limitierten Betrag mit auf den Transport nehmen durften.⁸⁴

Mit der Benachrichtigung über die bevorstehende „Evakuierung“ erhielten die Juden ein Formular zur Vermögenserklärung, in das sie ihren gesamten Besitz bis zum letzten Taschentuch eintragen mussten. Anfangs diente das Gesetz zur Einziehung volks- oder staatsfeindlichen Vermögens als Rechtsgrundlage für die Konfiskation des jüdischen Besitzes;⁸⁵ die Juden wurden also pauschal zu Staatsfeinden erklärt und mussten die Mitteilung darüber auch noch gegenzeichnen. Mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 verloren Juden, die ihren „gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland“ hatten, die deutsche Staatsangehörigkeit. Dies galt auch für deportierte Juden. Ihr Vermögen „verfiel“ dem Reich, wie es in der Verordnung hieß, und sollte „zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen“ (Dok. 43). Eventuell hinterlassene Schulden waren aus dem konfiszierten Vermögen zu zahlen. Die Wohnungen der Deportierten wurden versiegelt, das Mobiliar, soweit nicht

80 „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“ (wie Anm. 2), S. 184.

81 Meyer, Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 137.

82 ITS Archive, Arolsen Archives, 1.2.3.0/0007 Stapoleitstelle Nürnberg-Fürth, Außendienststelle Würzburg.

83 Meyer, Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 136.

84 H. G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 523 f.; Meyer, Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 136.

85 Siehe VEJ 1/123.

die mit der Deportation befassten Behörden es zur Ausstattung ihrer Amtsstuben nutzen, an Auktionshäuser und Trödler vergeben, die es verkauften. Bisweilen fanden die Versteigerungen von Möbeln und Hausrat direkt auf dem Treppenabsatz vor den verlassenen Wohnungen statt (Dok. 133).⁸⁶ Die Wiener Gestapo unterhielt mit der Vugesta eine eigene Verwertungsstelle für das Eigentum von Juden, die zwangsweise in kleinere Wohnungen ziehen mussten oder deportiert wurden. Auf deren Antrag erlaubte sie der Israelitischen Kultusgemeinde, einen Teil der Einrichtungsgegenstände, Kleidung oder Bettwäsche an jüdische Fürsorgeempfänger zu verteilen.⁸⁷

Das Dilemma der jüdischen Institutionen

In den Sammellagern arbeiteten Mitglieder der jüdischen Gemeinden als Helferinnen und Helfer, die sich oft mit großem Engagement bemühten, das Leid der kurz vor der Deportation Stehenden zu mindern. Nicht ohne – einen befremdlich anmutenden – Stolz erinnerte sich Hildegard Henschel, die Frau des Berliner Gemeindevorstehers, wie rasch und effizient es gelungen war, die Synagoge in der Levetzowstraße zum Sammellager umzugestalten, während die Gestapo schon die Juden zur Deportation abholte: „Eine vorzüglich organisierte, fieberhafte Tätigkeit begann. Lebensmittel, Medikamente, sanitäre Hilfsmittel, Wäsche, Kleider, Schuhe aus der Kleiderkammer, alles wurde nach der Levetzowstraße geschafft.“ Innerhalb kürzester Zeit wurden Küchen und eine Sanitätsstation mit medizinischem Personal eingerichtet sowie für die Betreuung von Kindern, alten und gebrechlichen Personen Sorge getragen; „man organisierte einen Gepäckträgerdienst aus den Beamten und Angestellten der Gemeinde und der Reichsvereinigung, und in einer in der Nähe gelegenen Küche der Gemeinde wurden Proviantpakete für jede einzelne Person gepackt.“⁸⁸

In einigen Orten oblag es der jüdischen Gemeindevertretung auch, die Mitglieder zu benachrichtigen, die mit dem nächsten Transport deportiert werden sollten, andernorts erhielten sie die Nachricht per Boten vom Ortsbürgermeister oder per Post von der Gestapo. In Berlin lud zunächst die Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Gemeinde die zur Deportation ausgewählten Personen vor oder ein Mitarbeiter suchte sie zu Hause

86 Zum Umgang mit dem Hab und Gut der Deportierten siehe Heinz Knobloch, „Meine liebste Mathilde“. Das unauffällige Leben der Mathilde Jacob, Berlin 1986, S. 189–213; Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 33), S. 493–505; Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997; Susanne Meinl/Jutta Zwilling, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen, Frankfurt a. M. u. a. 2004; Wolfgang Dreßen (Hrsg.), Betrifft: „Aktion 3“. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung, Berlin 1998.

87 Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 71), S. 254–258. Vugesta, auch Vugestap, stand für „Verkauf jüdischen Umzugsgutes Gestapo“.

88 Henschel, Aus der Arbeit (wie Anm. 1), S. 35; zum Sammellager in Breslau siehe Karla Wolff, Ich blieb zurück. Erinnerungen an Breslau und Israel, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Ingo Loose, Berlin 2012 (Erstauflage 1990), S. 73–82; zum Sammellager in Hamburg siehe das Interview mit der Helferin Ingrid Wecker in: Beate Meyer (Hrsg.), Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945, Göttingen 2006, S. 127–130; dies., Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 155–158; zur Rolle des Hilfspersonals in der Berliner Levetzowstraße siehe Dinkelaker, Sammellager (wie Anm. 77), S. 161–170.

auf.⁸⁹ In Wien übernahm dies die Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Die Listen basierten auf den Mitgliederverzeichnissen der jüdischen Gemeinden und mussten von diesen regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht werden. Auf die Zusammenstellung der Transporte hatten die Gemeinden oder die Reichsvereinigung der Juden hingegen allenfalls indirekten Einfluss: Sie konnten ihre eigenen Mitarbeiter als unentbehrlich reklamieren und darum bitten, sie von einer Liste wieder zu streichen. Allerdings wurde für jede zurückgestellte Person eine andere deportiert. Der Historiker Willy Cohn versuchte selbst noch nach Erhalt des Deportationsbefehls von der Jüdischen Gemeinde Breslau als Mitarbeiter reklamiert zu werden. Das Scheitern seiner Bemühungen führte er auf die Aversionen des örtlichen Rabbiners gegen ihn zurück (Dok. 38). In Wien wurden die Deportationslisten im Zimmer 8 der Kultusgemeinde abgetippt, in dem auch Kurt Mezei arbeitete (Dok. 1) und das dem stellvertretenden Amtsdirektor der Gemeinde, dem Rabbiner Benjamin Murmelstein, unterstand (Dok. 6). Dieser gab nach dem Krieg an, er habe nicht nur beantragt, Gemeindeangestellte von der Deportation zurückzustellen, sondern auch alte und kranke Menschen, da er geglaubt habe, dass Jüngere und Gesunde eine Chance hätten, die Deportation zu überleben.⁹⁰ Nach Kriegsende sah er sich heftigen Anfeindungen ausgesetzt, da viele Überlebende meinten, er habe darüber entschieden, wer zur Deportation aufgerufen werde und wer nicht.

Die Mithilfe der jüdischen Institutionen bei den Deportationen erleichterte der Gestapo die Arbeit. Bei der Erfassung der Gemeindemitglieder, der Abholung der Juden aus den Wohnungen, der Versorgung in den Sammellagern, dem Verladen von Gepäck und Personen in die Züge – überall mussten Juden Handlangerdienste bei der Durchführung der Transporte übernehmen. Ein wichtiges Motiv für die Bereitschaft zur Kooperation war zumindest in der Anfangszeit die Vorstellung, durch Mitwirkung Einfluss auf das scheinbar Unvermeidliche nehmen und besondere Härten abmildern zu können. Die jüdischen Funktionäre, so formulierte es der Wiener Historiker Doron Rabinovici, „konnten keine richtige Wahl treffen. Sie hätten sich allerhöchstens gänzlich verweigern, jegliche Zusammenarbeit mit den Tätern ablehnen oder gleich Selbstmord begehen können. Aber hätte dies nicht bedeutet, die Verpflichtung für jene aufzugeben, die sie noch zu retten hofften? Die Täter ließen den Opfern keinen Ausweg aus dem moralischen Dilemma.“⁹¹

Anfangs war den jüdischen Repräsentanten in Aussicht gestellt worden, dass sie und ihre Familien nicht deportiert oder aber ins Getto Theresienstadt eingewiesen würden. Auch wenn sie solchen Versprechen trauten, so war dies in der Regel nicht das Hauptmotiv für die Mitarbeit; vielmehr dominierte oft das Pflichtgefühl, die Gemeinde in schwerer Zeit nicht im Stich lassen zu dürfen. Die meisten jüdischen Funktionäre hatten mehrfach die Gelegenheit zum Verlassen des Landes verstreichen lassen, weil sie glaubten, in Deutschland gebraucht zu werden.

Zudem hatten sie die Erfahrung gemacht, dass die Gestapo auch vor der Ermordung angesehener Gemeinderepräsentanten nicht zurückschreckte. Die beiden Vorstandsmitglieder der Reichsvereinigung Otto Hirsch und Julius Seligsohn hatten ihr Eintreten für

89 Aussage von Martha Mosse bei der Gestapo, 19.8.1942; LAB, B Rep. 058, Nr. 338.

90 Lisa Hauff, Zur politischen Rolle von Judenräten. Benjamin Murmelstein in Wien 1938–1942, Göttingen 2014, S. 233, 252–262.

91 Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 71), S. 277.

die jüdischen Belange mit dem Leben bezahlt (Dok. 105). Darüber hinaus gelang es den Verfolgungsbehörden immer wieder, den jüdischen Funktionären die Wahl des kleineren Übels aufzuzwingen. In Wien hatte Josef Löwenherz es anfangs strikt abgelehnt, Mitarbeiter bereitzustellen, die die SS bei den „Aushebungen“, wie die Abholung der Juden dort genannt wurde, begleiten sollten. Daraufhin soll Alois Brunner einen jüdischen Gestapo-Spitzel beauftragt haben, ein jüdisches Einsatzkommando zusammenzustellen, das bei den Aushebungen besonders brutal vorgehen sollte. Gemeinsam mit den SS-Männern raubte, prügelte, erpresste und vergewaltigte dieses Kommando die Abzuholenden, so dass Löwenherz sich binnen kurzem bereitfand, Gemeindemitarbeiter als Begleitpersonal für die Abholungen bereitzustellen. Sie unterstanden selbst der strikten Kontrolle durch die Gestapo, die damit drohte, sie und ihre Angehörigen zu deportieren, wenn sie andere Juden auf dem Weg ins Sammellager entkommen ließen (Dok. 241).⁹² In Berlin musste Anfang 1943 auch Hermann Samter bei den Abholungen assistieren. Für ihn war diese Aufgabe „das Schlimmste, was man sich vorstellen kann“ (Dok. 218).

Litzmannstadt, Minsk und Riga – Deportationen im Winter 1941/42

Die Forschung unterteilt die Deportationen aus dem Deutschen Reich in verschiedene Phasen: Die ersten Transporte im Oktober und Anfang November 1941 gingen in das Getto Litzmannstadt; in der unmittelbar anschließenden zweiten Phase bis zum Februar 1942 waren Minsk, Kaunas und Riga die Ziele der Deportationszüge. Im März 1942 begann die dritte Phase, in der die Juden aus dem Deutschen Reich, Luxemburg und dem Protektorat in das Generalgouvernement deportiert wurden. Die vierte Phase kennzeichneten von Juni 1942 an die Transporte nach Theresienstadt; von November 1942 an wurden schließlich etliche Züge mit Juden aus dem Reich direkt nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager geleitet.

In den knapp drei Wochen von Mitte Oktober bis zum 4. November 1941 waren ungefähr 20 000 Menschen in das Getto Litzmannstadt deportiert worden; mehr als 9000 aus dem sogenannten Altreich, je 5000 aus Wien und Prag sowie 326 Luxemburger Juden. Anfangs konnten sie immerhin noch Lebenszeichen an die Heimatgemeinden senden; es gab die Möglichkeit, ihnen Briefe oder Päckchen ins Getto zu schicken.⁹³ Zwischen dem 8. und 28. November 1941 wurden 7000 Juden aus Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Berlin, Brünn und Wien nach Minsk in Weißrussland deportiert. Den Transport aus Düsseldorf im November 1941 begleitete der Hauptmann der Schutzpolizei Wilhelm Meurin, dessen Bericht über die Zugfahrt, über das Getto Minsk und die Kriegsgefangenen in der Stadt von Pedanterie, Zynismus und Ekel geprägt ist. Er schilderte Brutalität und moralische Entgrenzung in Ausnahmesituationen, in denen sich sowohl die Juden als auch die verhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen befanden. Dabei

⁹² Ebd., S. 283–285.

⁹³ Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941–1944. Ein Gedenkbuch, bearbeitet von Ingo Loose, Berlin 2009; Angela Genger/Hildegard Jakobs (Hrsg.), Düsseldorf – Getto Litzmannstadt 1941, Essen 2010; Pascale Eberhard (Hrsg.), Der Überlebenskampf jüdischer Deportierter aus Luxemburg und der Trierer Region im Getto Litzmannstadt, Saarbrücken 2012.

deutete Meurin den zu Tage tretenden Kannibalismus als Zeichen sowjetischer Bestialität und hob dagegen positiv die disziplinierte und in seinen Augen gerechtfertigte Gewalt der lettischen Polizisten bei der Erschießung von 8000 Juden hervor (Dok. 42).⁹⁴

Nur einen Tag später wurde Berthold Rudner aus Berlin nach Minsk deportiert, wo er noch mehrere Monate lebte; in seinem Tagebuch und dem Nachruf auf eine Weggefährtin zeichnete er sowohl vom Transport als auch vom Getto und seinen Bewohnern ein Gegenbild zu demjenigen von Meurin (Dok. 60 und Dok. 80).

Zwischen dem 17. und 25. November 1941 fuhren fünf Züge mit insgesamt etwa 5000 Juden aus dem Reichsgebiet nach Kaunas. Ursprünglich war Riga als Zielort vorgesehen, doch wurden die Züge auf Veranlassung der Gestapo kurzfristig umgeleitet. Die Juden, die aus Berlin, München, Frankfurt am Main, Wien und Breslau stammten, wurden nicht in das örtliche Getto gebracht, sondern, wie bereits erwähnt, am 25. und 29. November im Fort IX erschossen.⁹⁵ Fünf Tage später verbot Himmler die Erschießungen von Deportierten aus dem Deutschen Reich. Alles, was über die Begleitumstände dieser Transporte bekannt ist, haben litauische Juden berichtet, von denen einige die Massaker im Fort IX überlebt hatten. Unter den Ermordeten befand sich auch der Breslauer Historiker Willy Cohn mit seiner Frau und den beiden jüngsten Töchtern des Paares (Dok. 8 und Dok. 38).

Vom 27. November an fuhren die Deportationszüge aus dem Deutschen Reich dann tatsächlich nach Riga. Die Tatsache, dass von den ersten, gleich nach der Ankunft erschossenen Deportierten keine Nachrichten in Berlin eintrafen, beunruhigte die dort verbliebenen Angehörigen. Schon bald kursierten Gerüchte über die Ermordung. Sechs Wochen später, Mitte Januar 1942, notierte Victor Klemperer in Dresden, dass er von mehreren Seiten gehört habe, die nach Riga Deportierten seien „reihenweise, wie sie den Zug verließen, erschossen worden“.⁹⁶ Gleichwohl bemühten sich die Täter, weiterhin die Fiktion eines jüdischen Arbeitseinsatzes „im Osten“ aufrechtzuerhalten, und forderten die Deportierten auf, Öfen, Nähmaschinen und anderes Arbeitsgerät mitzunehmen, das sie jedoch in der Regel am Ankunftsort nicht wiedersahen.⁹⁷

94 Bastian Fleermann, *Deportiert von Düsseldorf in das Ghetto von Minsk. Der Transportbericht des Schutzpolizisten Wilhelm Meurin vom Herbst 1941*, in: *Düsseldorfer Jahrbuch. Beiträge zur Geschichte des Niederrheins*, 83. Band, hrsg. vom Düsseldorfer Geschichtsverein, Essen 2013, S. 261–295; Reuss/Schneider (Hrsg.), *Berlin – Minsk* (wie Anm. 53); zu den Deportationen aus Bremen siehe: „... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen ...“. „Judendeportationen“ von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, hrsg. vom Staatsarchiv Bremen, Bremen 2006; zu den Deportationen aus Frankfurt a. M. siehe Monica Kingreen, „Wir werden darüber hinweg kommen“. Letzte Lebenszeichen deportierter hessischer Juden. Eine dokumentarische Annäherung, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945*, Göttingen 2004, S. 86–111, hier: S. 94–97.

95 „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“ (wie Anm. 2), S. 225–244; Kingreen, „Wir werden darüber hinweg kommen“ (wie Anm. 94), S. 97 f.; Gottwaldt/Schulle, „Judendeportationen“ (wie Anm. 53), S. 103–109; Dieckmann, *Deutsche Besatzungspolitik* (wie Anm. 57), S. 959–967; siehe auch VEJ 7, S. 57 und VEJ 7/215.

96 Klemperer, *Zeugnis* (wie Anm. 58), Bd. 2, S. 9, Eintrag vom 13.1.1942.

97 Jeanette Wolff, *Mit Bibel und Bebel. Ein Gedenkbuch*, Bonn 1980, S. 21 f.; Richard J. Yashek (Jürgen Jaschek), *Die Geschichte meines Lebens. Wie ein zwölfjähriger jüdischer Junge aus Lübeck und Bad Schwartau die Konzentrationslager überlebte*, Lübeck 1998, S. 27.

Die Juden aus den vier Zügen, die auf den ersten Berliner Transport nach Riga folgten und im November und Dezember 1941 aus Nürnberg, Stuttgart, Wien und Hamburg kamen, wurden zunächst im Gut Jungfernhof am Stadtrand von Riga unter primitiven Bedingungen untergebracht. Jeder Fünfte von ihnen überlebte die Wintermonate nicht. Der Lübecker Josef Katz erinnerte sich, dass die Aufseher im Lager des Öfteren Juden aus den Baracken holten und sie erschossen: „Es sterben täglich sehr viele Menschen. Sie werden dann auf einer Bahre hinausgetragen und nahe am Kartoffelacker in einem Massengrab verscharrt. Mit den Erschossenen zusammen sollen in der kurzen Zeit [innerhalb von anderthalb Wochen] schon zweihundert Juden dort liegen.“⁹⁸ Nach wenigen Tagen wurde Katz zusammen mit anderen jüdischen Männern in das einige Kilometer östlich vom Jungfernhof gelegene Lager Salaspils abkommandiert, wo sie ein Polizehaftlager errichten sollten. Seine Mutter musste er auf dem Jungfernhof zurücklassen. Etwa einen Monat später wurde ihm ein Zettel mit der Nachricht von ihrem Tod zugespielt. Josef Katz hingegen gehörte zu den wenigen, die das Lager Salaspils überlebten.⁹⁹

Bis zum 15. Dezember, dem Beginn einer vorübergehenden Transportsperre, trafen noch neun Züge in der lettischen Hauptstadt ein. Einen davon begleitete der Hauptmann der Schutzpolizei Paul Salitter, dessen Bericht, ähnlich wie der Meurins, die antisemitischen Denk- und Wahrnehmungsmuster verdeutlicht, mit deren Hilfe die Täter sich selbst von der Nützlichkeit und Notwendigkeit ihres Handelns überzeugten (Dok. 59). In der Zeit vom 9. Januar bis zum 10. Februar 1942 folgten weitere zehn Deportationstransporte nach Riga, einer davon aus dem Protektorat. Danach leitete das Reichssicherheitshauptamt erst zwischen dem 18. August und 26. Oktober 1942 noch einmal fünf Züge nach Riga. Insgesamt wurden etwa 23 650 deutsche, österreichische und tschechische Juden nach Riga deportiert und die allermeisten von ihnen in den folgenden Monaten ermordet.

Jeanette Wolff kam im Januar 1942 zusammen mit ihrem Mann und zwei ihrer Töchter aus Dortmund nach Riga. „Mit Stockschlägen, Fußtritten und unter Gebrüll“, so erinnerte sich die jüdische Sozialdemokratin und spätere Bundestagsabgeordnete, wurden sie in eine Wohnung eingewiesen, deren lettische Bewohner kurz zuvor ermordet worden waren, um Platz für die aus Deutschland Deportierten zu schaffen. „Auf den gedeckten Tischen stand das gekochte Essen. Die Vertreiber hatten zertrümmert, was ihnen in der kurzen Zeit möglich war.“ Wie Katz, so berichtete auch Wolff von willkürlichen Erschießungen und von der brutalen Habgier der SS-Männer und Hilfspolizisten, die nicht selten ihren Opfern die Finger abschnitten, wenn sie ihnen die Eheringe nicht schnell genug herunterreißen konnten.¹⁰⁰

Schon bei ihrer Ankunft wurde Jeanette Wolff Zeugin, wie noch auf dem Bahnhof Alte und Behinderte selektiert und in einem nahegelegenen Wald erschossen wurden. In der Zeit zwischen Anfang Februar und Anfang April 1942 erlebte sie, wie die jüdischen Verwalter der nach Herkunftsorten unterteilten Gettogebiete alte und gebrechliche Leute benennen mussten, denen angeblich eine leichtere Arbeit zugewiesen würde: „Als die Transporte bereitstanden – meist handelte es sich um Frauen und Männer über 50 Jahre

98 Josef Katz, *Erinnerungen eines Überlebenden*, Kiel 1988, S. 35 f.

99 Zum Lager Salaspils siehe auch Angrick/Klein, „Endlösung“ in Riga (wie Anm. 56), S. 246–258.

100 Wolff, *Mit Bibel* (wie Anm. 97), S. 23–26, Zitat: S. 23 f.

und Schwache –, gingen auch den Ahnungslosesten die Augen auf. Alle waren Todeskandidaten.“¹⁰¹ Mindestens 4400 Menschen wurden im Rahmen dieser sogenannten Aktion Dünaburg ermordet. Die Tochter von Jeanette Wolff entging dem nur knapp; nicht jedoch die Familie des Hamburger Oberrabbiners Joseph Carlebach, der in den Monaten vor seinem Tod den Juden auf dem Jungfernhof, darunter auch Josef Katz' Mutter, Beistand geleistet hatte.¹⁰²

So brutal das Vorgehen von SS und Wachmannschaften im Getto Riga war, so hatten sie die Situation dort dennoch keineswegs völlig unter Kontrolle. Dem 22-jährigen Heinrich Heinen aus Köln gelang es noch im Frühjahr 1942, seine Verlobte Edith Meyer aus dem Getto Riga zu befreien und mit ihr nach Deutschland zurückzukehren. Doch noch bevor die beiden in die Schweiz weiterfliehen konnten, wurden sie verraten (Dok. 154).

Die Wannsee-Konferenz

Am 29. November 1941, sechs Wochen nach Beginn der Deportationen, lud Heydrich einige Vertreter der wichtigsten Ministerien sowie der SS zu einer Besprechung am 9. Dezember in Berlin ein (Dok. 47). Ziel der Zusammenkunft sollte laut dem Einladungsschreiben die Abstimmung aller beteiligten Zentralinstanzen zur Vorbereitung einer „Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“ sein. Eine weitere Absicht des Reichssicherheitshauptamts bestand zudem darin, die Federführung des Amts in Sachen Judenverfolgung ein für alle Mal festzuschreiben.¹⁰³

Vermutlich wegen des japanischen Angriffs auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und wegen der deutschen Kriegserklärung an die USA wurde der Besprechungstermin jedoch kurzfristig verschoben. Derweil hatten sich die Diplomaten des Auswärtigen Amts bereits Gedanken darüber gemacht, welche Wünsche sie auf der Konferenz vortragen wollten (Dok. 52).

Am 12. Dezember hielt Hitler eine Rede vor den Gauleitern, deren Inhalt Joseph Goebbels in seinem Tagebuch skizzierte. Die festgefahrene Lage an der Ostfront erklärte Hit-

¹⁰¹ Ebd., S. 26.

¹⁰² Gottwaldt/Schulle, „Juden deportationen“ (wie Anm. 53), S. 110–136; Miriam Gilles-Carlebach, „Licht in der Finsternis“. Jüdische Lebensgestaltung im Konzentrationslager Jungfernhof, in: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona 1918–1998, Neumünster 1998, S. 549–564; Andreas Brämer, Biographie Familie Carlebach, in: Meyer (Hrsg.), Deutsche Jüdinnen (wie Anm. 52), S. 152–161. Zur „Aktion Dünaburg“ siehe Angrick/Klein, „Endlösung“ in Riga (wie Anm. 56), S. 338–345, die von etwa 4800 Opfern ausgehen.

¹⁰³ Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin 1956 (englische Originalausgabe 1953); Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1992; Christian Gerlach, Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: Werkstatt Geschichte, 6 (1997), S. 7–44; Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn 2002; Mark Roseman, Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte, München u. a. 2002; Kampe/Klein (Hrsg.), Wannsee-Konferenz (wie Anm. 55); Peter Longerich, Wannsee-Konferenz. Der Weg zur „Endlösung“, München 2016; Peter Klein, Die „Wannsee-Konferenz“ am 20. Januar 1942. Eine Einführung, Berlin 2017; Hans-Christian Jasch/Christoph Kreuztmüller (Hrsg.), Die Teilnehmer. Die Männer der Wannsee-Konferenz, Berlin 2017; Michman, Adolf Hitler (wie Anm. 29), S. 29.

ler zwar zum „unabwendbaren Schicksal“, zeigte sich aber insgesamt durchaus optimistisch und entschlossen, „im nächsten Jahr das sowjetische Rußland wenigstens bis zum Ural zu erledigen“. Ferner entwickelte er die Idee von einem „ganz großzügigen und erschöpfenden Sozialprogramm“, in dessen Genuss auch die deutschen Arbeiter und Bauern kommen sollten und für das die Arbeit der Kriegsgefangenen die Grundlage bilden sollte. Auf die antijüdische Politik kam Hitler, folgt man Goebbels' Aufzeichnungen, nur kurz zu sprechen, indem er ankündigte, er werde „bezüglich der Judenfrage reinen Tisch machen“. Im Hinblick auf den Kriegseintritt der USA wenige Tage zuvor erinnerte Hitler noch einmal daran, dass er den Juden im Falle eines Weltkriegs die Vernichtung prophezeit habe. Nun sei der Weltkrieg da und die Vernichtung der Juden „die notwendige Folge“.¹⁰⁴

Kurz darauf, am 18. Dezember, hatte Goebbels eine Unterredung mit Hitler im Führerhauptquartier, bei der dieser erneut seine Entschlossenheit bekräftigte, „konsequent“ und ohne „bürgerliche Sentimentalitäten“ gegen die Juden vorzugehen. Besonders wichtig sei es, möglichst schnell die Juden aus der Reichshauptstadt zu deportieren (Dok. 55). Am 8. Januar 1942 erging eine neuerliche Einladung zur Wannsee-Konferenz, die schließlich am 20. Januar stattfand (Dok. 65). Zu den Teilnehmern gehörten die Vertreter der unmittelbar mit der Judenverfolgung befassten Reichsministerien: des Innen-, des Außen- und des Justizministeriums sowie des Vierjahresplans und der Reichskanzlei. Zwei Repräsentanten des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete sowie der Staatssekretär des Generalgouvernements, Josef Bühler, vertraten die Interessen der Zivilverwaltung in den Zielgebieten der Deportationen, während für die SS die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ostland teilnahmen. Ferner war neben dem Reichssicherheitshauptamt auch das Rasse- und Siedlungshauptamt und die ebenfalls mit Rassenfragen befasste Partei-Kanzlei vertreten. Die meisten Teilnehmer der Konferenz waren entweder Staatssekretäre oder hochrangige SS-Funktionsträger.

Die Liste der Eingeladenen war sorgfältig darauf abgestimmt, die Federführung des Reichssicherheitshauptamts in der „Endlösung der Judenfrage“ endgültig zu bestätigen und gleichzeitig alte, durch Kompetenzstreitigkeiten entstandene Blockaden zu überwinden. Die anwesenden SS-Führer bekleideten niedrigere Ränge als Heydrich oder waren ihm direkt unterstellt und hatten sich in der Vergangenheit als loyale Praktiker des Massenmords und bei dessen bürokratischer Vorbereitung bewährt. Widersacher aus den Reihen der SS waren, obwohl zuständig, entweder nicht eingeladen oder durch Vorabgespräche in die Strategie eingebunden worden. So konnte Heydrich praktisch als Personifizierung des gesamten Sicherheitsapparats auftreten und sich überdies darauf berufen, sowohl von Himmler als auch von Göring mit der Vorbereitung der „Endlösung“ beauftragt worden zu sein.¹⁰⁵

Das Konferenzprotokoll, von dem nur ein einziges Exemplar überliefert ist, basiert auf stenographischen Notizen der Sitzung, die Eichmann ausgearbeitet und auf Anweisung

¹⁰⁴ Goebbels, Tagebücher (wie Anm. 13), Bd. 2, Oktober bis Dezember 1941, München 1996, S. 496–498, Eintrag vom 13.12.1941.

¹⁰⁵ Andrej Angrick, Die inszenierte Selbstermächtigung? Motive und Strategie Heydrichs für die Wannsee-Konferenz, in: Kampe/Klein (Hrsg.), Wannsee-Konferenz (wie Anm. 55), S. 241–258; siehe auch Roseman, Wannsee-Konferenz (wie Anm. 103), S. 95–98.

Heydrichs mehrfach umformuliert hatte. Der Text ist in verschleiern-bürokratischem Vokabular verfasst, und dennoch wird deutlich, dass es um massenhaften Mord ging, wenn von „Endlösung“ oder „Evakuierung“ die Rede war oder davon, dass die Juden „im Osten zum Arbeitseinsatz kommen“ sollten und diejenigen, die trotz der auf Vernichtung angelegten Arbeitsbedingungen nicht starben, „entsprechend behandelt“ werden müssten. Vor Gericht in Jerusalem gab Eichmann an, dass auf der Konferenz selbst nicht so vorsichtig formuliert wurde wie im Protokoll; vielmehr hätten die Teilnehmer unzweideutig von „Töten und Eliminieren und Vernichten gesprochen“.¹⁰⁶

Einleitend resümierte Heydrich, für den Eichmann vorab entsprechendes Zahlenmaterial zusammengestellt hatte, die bisher gegen die Juden gerichteten Maßnahmen, insbesondere die Politik der Zwangsemigration. Diese habe der Reichsführer SS nun verboten; an ihre Stelle sei jetzt „nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten“. Von einem Führerbefehl ist hierbei nicht die Rede.

Im Anschluss listet das Protokoll, unterteilt in A und B, die Länder auf, deren jüdische Bevölkerung für die „Endlösung der europäischen Judenfrage“ in Betracht komme. Insgesamt ging es um elf Millionen Juden. Da in den meisten Ländern die Juden nur nach ihrer Konfession erfasst wurden, nicht entsprechend den deutschen Rassegesetzen, handelte es sich bei dieser Zahl nur um sogenannte Glaubensjuden. Unter „A“ sind Deutschland in den Grenzen von 1937 und die von Deutschland besetzten und annektierten Gebiete mit Ausnahme der Ukraine und Weißrusslands, außerdem Vichy-Frankreich aufgelistet. Zu jedem Land ist die Zahl der dort lebenden Juden vermerkt. Estland galt bereits als „judenfrei“. Dort hatten beim Einmarsch der Deutschen noch etwa 1000 Jüdinnen und Juden gelebt. Bis auf einige wenige, die entkommen konnten, wurden sie alle bis zum Ende des Jahres 1941 von Truppen der estnischen Sicherheitspolizei ermordet. In Gruppe „B“ werden verbündete Staaten wie Bulgarien, Kroatien und die Slowakei, aber auch besetzte Gebiete wie Albanien, Serbien, die Ukraine und Weißrussland genannt. In dieser Gruppe sind zudem mit der Schweiz, Schweden, Spanien, Portugal und der Türkei auch neutrale Staaten aufgelistet sowie England und Irland, auf deren jüdische Bevölkerung die Deutschen im Januar 1942 gar keinen Zugriff hatten – möglicherweise ein Hinweis darauf, dass auch die Autoren der „Endlösung“ nicht damit rechneten, dass diese in naher Zukunft abgeschlossen sein würde.

Heydrich kündigte an, dass zuerst die Juden aus dem Deutschen Reich und dem Protektorat „abtransportiert“ werden sollten. Anschließend werde Europa von Westen nach Osten „durchkämmt“. Der aus Krakau angereiste Staatssekretär Bühler bat hingegen darum, mit dem Generalgouvernement zu beginnen, zumal dort das Transportproblem keine Rolle spiele, die meisten Juden ohnehin arbeitsunfähig seien und als Seuchenträger und Schleichhändler „die wirtschaftliche Struktur des Landes dauernd in Unordnung“ brächten. Tatsächlich wurden die Juden im Generalgouvernement bereits von März 1942 an in die nahegelegenen Vernichtungslager deportiert, die Massendeportationen aus Westeuropa begannen mit Ausnahme der Geiseltransporte aus Frankreich hingegen erst im Juli desselben Jahres.¹⁰⁷

106 Verhör Eichmanns durch den Vorsitzenden Richter Moshe Landau am 24.7.1961; zit. nach: Kampe/Klein (Hrsg.), Wannsee-Konferenz (wie Anm. 55), S. 107; siehe auch ebd., S. 92.

107 Ingo Loose, Josef Bühler. Regierung des Generalgouvernements. Ein Hintermann, in: Jasch/Kreutzmüller (Hrsg.), Teilnehmer (wie Anm. 103), S. 145–161.

Nach Kriegsende behauptete Eichmann, sowohl Heydrich als auch er selbst seien überrascht davon gewesen, dass die Wannsee-Konferenz so reibungslos verlief. „Keine einzige Stimme des Widerspruchs wurde laut. Bei jeder Pause, die er [Heydrich] machte, nickten sie heftig mit dem Kopf, obwohl es ganz klar war, daß die Endlösung nichts anderes bedeutete als – Vernichtung. [...] Ein jeder Teilnehmer dieser Konferenz war von der Größe des Planes berauscht.“¹⁰⁸

Zusammen mit dem Protokoll der Wannsee-Konferenz verschickte Heydrich die Einladung zu einer Folgekonferenz über die Behandlung der „Mischlinge“, über die am 20. Januar keine Einigung erzielt worden war. Am 6. März 1942 wurde daraufhin in veränderter personeller Zusammensetzung in Eichmanns Dienstsitz in der Berliner Kurfürstenstraße erneut darüber diskutiert, ob die „Mischlinge ersten Grades“, also Personen mit mindestens zwei jüdischen Großeltern, von Ausnahmen abgesehen, deportiert oder ob sie im Reich verbleiben und zwangssterilisiert werden sollten. Gegen den von Staatssekretär Wilhelm Stuckart favorisierten Sterilisationsplan (Dok. 87) sprachen praktische Gründe: Der Ärzte- und Bettenmangel lasse es nicht zu, alle „Halbjuden“, deren Zahl man auf 70 000 veranschlagte, zu sterilisieren.¹⁰⁹ Erst vor Beginn einer weiteren Konferenz über die „Mischlingsfrage“ im Oktober 1942 waren die von Himmler geförderten Experimente des Gynäkologen Professor Carl Clauberg so weit fortgeschritten, dass Eichmann glaubte, eine neue Methode der operationslosen Massensterilisation als „Lösung“ des Problems in Aussicht stellen zu können (Dok. 182).¹¹⁰ Ein Kompromissvorschlag, der jedoch nicht weiter verfolgt wurde, sah daher vor, die „Mischlinge“ in einer gesonderten Stadt zu isolieren und ihre Sterilisation auf die Zeit nach Kriegsende zu verschieben. Doch brachten auch mehrere Folgekonferenzen, die sich dem Thema widmeten, keine Einigung (Dok. 84, Dok. 87 und Dok. 97).

Die Situation der jüdischen „Mischlinge“ blieb weiterhin völlig unsicher, im alltäglichen Leben verschlechterte sich ihre Situation 1942 deutlich. Die unklare Rechtslage dürfte so manchen Verwaltungsangestellten bewogen haben, den Antrag eines „Halbjuden“ abzulehnen, auch wenn ihm die Vorschriften eine andere Entscheidung ermöglicht hätten. „Mischlinge“ galten weder als vollwertige Deutsche noch als richtige Juden und fühlten sich nicht selten zwischen beiden Gruppen hin- und hergerissen. Die Bestimmungen über „Mischlinge“ wurden zudem uneinheitlich gehandhabt. Die Wehrmacht sollte sogenannte Halbjuden entlassen, tat dies jedoch nicht immer. An manchen Universitäten und sonstigen Ausbildungsinstitutionen wurden „Mischlinge“ zugelassen, andernorts jedoch abgewiesen. Die Ministerialbürokratie setzte die Diskussion über Zwangssterilisation oder Deportation auch später fort (Dok. 97 und Dok. 130). Die Ungewissheit sowie dadurch

108 Adolf Eichmann, *Meine Flucht*, zit. nach Kampe/Klein (Hrsg.), *Wannsee-Konferenz* (wie Anm. 55), S. 91.

109 Niederschrift „Besprechung über die Endlösung der Judenfrage“ am 6. März 1942 im Dezernat IV B4 des Reichssicherheitshauptamts; abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, *Tagesordnung* (wie Anm. 103), S. 116–119; siehe auch Essner, „Nürnberger Gesetze“ (wie Anm. 103), S. 410–419; Hans-Christian Jasch, *Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung*, München 2012, S. 316–372.

110 Hilberg, *Vernichtung* (wie Anm. 33), S. 1007–1011; Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik*, Münster 2010 (Erstauflage 1986), S. 446–450; Nikolaus Wachsmann, *KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bonn 2016, S. 506.

beflügelte Gerüchte erzeugten unter den Betroffenen ein Klima permanenter Angst.¹¹¹ Akute Gefahr bestand für „Mischlinge“ oder die Partner in „Mischehen“ vor allem dann, wenn sie, aus welchem Grund auch immer, die Aufmerksamkeit der Gestapo erregten oder gegen eine der zahlreichen diskriminierenden Bestimmungen verstießen, die dann auch bei unklarer Rechtslage meist gegen sie ausgelegt wurden. Am 5. November 1942 verfügte das Reichssicherheitshauptamt, dass alle in KZs inhaftierten Juden in die Konzentrationslager Auschwitz und Lublin überstellt werden sollten (Dok. 187). In diesem Fall wurden die „Mischlinge ersten Grades“ den Juden gleichgestellt.¹¹²

Auf der Wannsee-Konferenz war auch darüber debattiert worden, welche Schwierigkeiten der Durchführung der „Endlösung“ im Wege standen. Einwände fürchtete Heydrich vor allem gegen die Deportation sowohl älterer Juden als auch jüdischer Veteranen, die für ihre Verdienste im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet worden waren. Um etwaigen Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen, sollten die über 65-jährigen Juden sowie diejenigen mit Kriegsauszeichnungen laut Konferenzprotokoll „nicht evakuiert“, sondern in ein Altersgetto, voraussichtlich nach Theresienstadt, verbracht werden. Die Garnisonsstadt Theresienstadt, etwa 70 Kilometer von Prag entfernt im Protektorat Böhmen und Mähren gelegen, diente zum damaligen Zeitpunkt bereits als Getto, in das die tschechischen Juden vor ihrer Deportation „in den Osten“ gesperrt wurden. Die Einrichtung dieses Gettos hatte Heydrich gleich zu Beginn seiner Amtszeit als stellvertretender Reichsprotector in Prag verfügt und schon im Herbst 1941 keinen Zweifel daran gelassen, dass er die Aussiedlung der Juden aus dem Protektorat nur noch als Formalität ansah.

Das Protektorat Böhmen und Mähren und Heydrichs Besatzungspolitik

Am 24. September 1941 wurde Reinhard Heydrich zum stellvertretenden Reichsprotector für Böhmen und Mähren ernannt. Seine bisherige Funktion als Chef des Reichssicherheitshauptamts behielt er weiterhin bei. In Prag führte er von nun an die Geschäfte des angeblich aus gesundheitlichen Gründen beurlaubten Reichsprotectors Konstantin Baron von Neurath. Dieser war nach Ansicht Hitlers nicht der geeignete Mann, um im Protektorat eine harte Linie konsequent umzusetzen. Seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion hatten auch im Protektorat Sabotageakte deutlich zugenommen, zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Kriegswirtschaft auf die dortigen Rüstungsschmieden besonders angewiesen war. Zudem hatte sich, nachdem der rasche Zugriff auf die sowjetischen Nahrungsmittelreserven nicht im erhofften Maße möglich war, auch die Versor-

111 Zur Situation der „Mischlinge“ siehe: John Grenville, Die „Endlösung“ und die „Judenmischlinge“ im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2: Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S. 91–121; Helmut Krüger, Der halbe Stern. Leben als deutschjüdischer „Mischling“ im Dritten Reich, Berlin 1993; Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1998, insbesondere S. 97 f., 303; Friedländer, Jahre der Vernichtung (wie Anm. 16), S. 321.

112 Meyer, „Jüdische Mischlinge“ (wie Anm. 111), S. 248 f.

gungslage im Protektorat verschlechtert, weswegen die Besatzungsmacht weitere Unruhe befürchtete.¹¹³

Auf dem Papier war das Protektorat autonom und verwaltete sich selbst. Doch schon von der Gründung im März 1939 an war diese Selbständigkeit eine Farce, da sie laut Führererlass nur „im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches“ zugestanden worden war.¹¹⁴ Die wichtigsten Positionen hatten Deutsche übernommen, viele von ihnen stammten aus dem ein halbes Jahr zuvor angeschlossenen Sudetenland. Formal blieb der tschechische Präsident Emil Hácha weiter im Amt. Als Ministerpräsident fungierte zunächst General Alois Eliáš, nach dessen Verhaftung Jaroslav Krejčí. In London hatte sich unter Leitung von Präsident Edvard Beneš eine Exilregierung formiert, die sich als Repräsentantin des gesamten unter deutschem Druck gespaltenen Landes, also auch des slowakischen Teils, begriff. Sie hielt Kontakt zur Widerstandsorganisation ÚVOD¹¹⁵ im Protektorat und war über Kuriere und geheime Nachrichtensender in der Regel exzellent über die Vorgänge dort und die Stimmung der Bevölkerung informiert. Ihr Aufruf zum Boykott der gleichgeschalteten Protektoratspresse in der Woche vom 14. bis zum 21. September 1941, den der britische Sender BBC kurz zuvor verbreitete, stieß auf große Resonanz in der Bevölkerung – und soll Hitler in seinem Entschluss bestärkt haben, von Neurath abzusetzen und Heydrich nach Prag zu schicken.¹¹⁶

Bis zum Herbst 1941 waren Juden im Staatsrat (Státní rada), dem Exilparlament, nicht vertreten, was nicht nur an Beneš' Skepsis gegenüber Minderheiten, sondern auch an der Uneinigkeit der verschiedenen jüdischen Organisationen lag. Am 1. November 1941 wurde Arnošt (Ernst) Frischer, Mitglied der zionistischen Jüdischen Partei, zum Repräsentanten der Juden in der Exilregierung bestimmt.¹¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt hielt er sich jedoch in Palästina auf. Erst nach seiner Rückkehr nach London im März 1942 nahm Frischer sein Amt mit großem Engagement wahr. Als sich im Verlauf des Jahres 1942 die Informationen über den Massenmord an den Juden in Ost- und Ostmitteleuropa verdichteten, bemühte er sich, bisweilen gemeinsam mit den jüdischen Vertretern in der ebenfalls in London ansässigen polnischen Exilregierung, die Alliierten zu Rettungsaktionen für die europäischen Juden zu bewegen. Zudem baute er einen Paketdienst auf, der aus dem neutralen Ausland – also unter Umgehung der alliierten Boykottbestimmungen – Lebensmittel in die Gettos unter deutscher Besatzung und insbesondere nach Theresienstadt schickte.¹¹⁸

113 Miroslav Kárný/Jaroslava Milotová/Margita Kárná (Hrsg.), *Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941–1942. Eine Dokumentation*, Berlin 1997, S. 20–22, 26; Jan Gebhart/Jan Kuklík, *Velké dějiny zemí Koruny české*, Bd. XV.b, Praha u. a. 2007, S. 44–47.

114 RGBL, 1939 I, S. 485; VEJ 3, S. 19.

115 Ústřední vedení odboje domácího (tschech.): Zentrale Leitung des Widerstands in der Heimat.

116 Gebhart/Kuklík, *Velké dějiny* (wie Anm. 113), S. 35 f.

117 Jan Němeček, *Das tschechoslowakische politische Exil in London und die „jüdische Frage“*, in: TSD, 9 (2002), S. 347–366; Avigdor Dagan, *Die tschechoslowakische Exilregierung und die jüdische Tragödie während des Zweiten Weltkriegs*, in: Miroslav Kárný/Vojtěch Blodig/Margita Kárná (Hrsg.), *Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“*, Prag 1992, S. 279–284.

118 Jan Lániček, *Arnošt Frischer und seine Hilfe für Juden im besetzten Europa (1941–1945)*, in: TSD, 14 (2007), S. 11–91.

Heydrich traf am 27. September 1941 in Prag ein und verhängte noch am selben Tag den Ausnahmezustand, der auch die Einführung einer Sondergerichtsbarkeit vorsah.¹¹⁹ In den folgenden zwei Monaten wurden mehr als 4000 Personen verhaftet und die Sondergerichte in Prag und Brünn fällten 404 Todesurteile. Zu den Verurteilten gehörten Schwarzhändler oder Bauern, die die Ablieferungspflichten nicht erfüllt hatten, in großer Zahl aber auch Angehörige der tschechischen Widerstandsbewegung. Der ÚVOD, ein Bündnis verschiedener nichtkommunistischer Widerstandsgruppen, war aufgrund der Verhaftung vieler Funktionäre im Herbst 1941 praktisch nicht mehr handlungsfähig. Erst nach und nach gelang es einigen Gruppen, sich zu reorganisieren und gemeinsam mit einigen kommunistischen Widerstandskämpfern unter dem Kürzel PNRV (Připravný národní revoluční výbor – Vorbereitender National-Revolutionärer Ausschuss) einen neuen Zusammenschluss zu formieren. Nachdem der Ausnahmezustand in den meisten Orten Ende November 1941, in Prag und Brünn am 19. Januar 1942 aufgehoben worden war, gingen die Zahlen der Verhaftungen und Hinrichtungen deutlich zurück.¹²⁰

Noch am Tag von Heydrichs Ankunft in Prag war der bisherige Ministerpräsident, General Alois Eliáš, der der militärischen Geheimorganisation Obrana národa (Verteidigung der Nation) angehörte und Kontakte zur Exilregierung unterhielt, auf Betreiben Heydrichs verhaftet und anschließend vom Volksgerichtshof wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode verurteilt worden. Vor Bekanntgabe des Todesurteils hatte Eliáš unter der Drohung, dass andernfalls 20 000 Tschechen hingerichtet würden, einen Aufruf unterschrieben, in dem er seine Mitbürger zur Loyalität gegenüber den deutschen Besatzern aufforderte – ein Dokument, das diese propagandistisch weidlich ausnutzten. Die Vollstreckung des Todesurteils wurde vorerst ausgesetzt, um Eliáš weiter zu verhören und den Widerstand sowie die tschechische Protektoratsregierung in Schach zu halten. Erst nach dem Attentat auf Heydrich erteilte Hitler die Weisung, ihn hinzurichten.¹²¹ Vom 29. September an galt auch im Protektorat die Kennzeichnungspflicht für Juden. Im selben Erlass verfügte Heydrich, dass Tschechen, die sich in der Öffentlichkeit freundlich gegenüber Juden verhielten, in sogenannte Schutzhaft zu nehmen seien. Zudem befahl er die sofortige Schließung aller Synagogen, da sich dort angeblich „subversive jüdische Elemente“ versammelten.¹²²

Am 2. Oktober hielt Heydrich vor deutschen Regierungs- und NSDAP-Vertretern eine Rede, in der er ihnen einschärfte, dass sich jeder Deutsche im Protektorat als „Soldat des Führers“ fühlen müsse, um an der Verwirklichung der anstehenden Aufgaben mit-

119 Gerwarth, Heydrich (wie Anm. 53), S. 277.

120 Von Ende Nov. 1941 bis zum 27.5.1942 wurden nach offiziellen Angaben noch 33 Personen hingerichtet; Gerwarth, Heydrich (wie Anm. 53), S. 278, 280, 285; Detlef Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil I: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat bis Heydrichs Tod (1939–1942), München u. a. 1969, S. 212 f., 220. Gebhart/Kuklík, Velké dějiny (wie Anm. 113), S. 55, gehen für die Zeit vom 28.9.1941 bis 20.1.1942 von 489 Todesurteilen aus, die durch die Sondergerichte in Prag und Brünn verhängt worden seien.

121 Kárný u. a., Deutsche Politik (wie Anm. 113), S. 41–43; Livia Rothkirchen, The Jews of Bohemia and Moravia. Facing the Holocaust, Jerusalem 2005, S. 141, 151; Gerwarth, Heydrich (wie Anm. 53), S. 279; Heydrichs Bericht an Bormann über den Prozess sowie Eliáš' Aufruf an die Tschechen sind abgedruckt in: ebd., S. 103 f.; Gebhart/Kuklík, Velké dějiny (wie Anm. 113), S. 48–50. Zum Attentat auf Heydrich s. u., S. 60–62.

122 Kárný u. a., Deutsche Politik (wie Anm. 113), S. 44, 97 f.

zuwirken. In den vorangegangenen Wochen sei, so Heydrich, „durch Sabotage-, durch Terrorgruppen, durch Vernichtung der Ernte, durch Langsamarbeiten, durchgesteuert von der Londoner Propaganda, geduldet und gefördert von der Protektoratsregierung“, die Ausbreitung einer „gefährlichen Unruhe“ feststellbar gewesen. Daher müsse man aus kriegstaktischen Gründen „zunächst einmal den Tschechen zeigen, wer Herr im Hause ist“, ohne jedoch einen Aufstand zu provozieren, der Vorbild auch für die übrigen besetzten Gebiete sein könnte. Von seinen Untergebenen verlangte Heydrich absolute Unnachgiebigkeit gegenüber den Tschechen. Leute, die nicht zu rigorosem Vorgehen bereit seien oder nur den eigenen Vorteil, zum Beispiel in Form von „Arisierungs“-Gewinnen, im Auge hätten, seien im Protektorat fehl am Platze.

Neben der Bekämpfung des Widerstands sah Heydrich seine zweite, eher langfristig zu lösende Aufgabe darin, „daß dieser Raum einmal endgültig deutsch besiedelt werden muß“. Zu diesem Zweck plante er eine rassische Bestandsaufnahme der gesamten Bevölkerung, etwa getarnt als Röntgenuntersuchungen oder Arbeitstauglichkeitsprüfungen, deren Ergebnis dann darüber entscheide, wer eingedeutscht und wer als „schlechtrassig“ ausgesiedelt werde. Zu den „Schlechtrassigen“ zählten aus deutscher Sicht neben den Juden auch die Sinti und Roma. Die Germanisierung des Protektorats, in seiner Rede „Endlösung“ genannt, wollte Heydrich durch eine bevölkerungspolitische Selektion bewerkstelligen sowie durch eine Kulturpolitik, in der jeglicher Gedanke an tschechische Autonomie konsequent unterdrückt wurde. Dagegen sollte alles gefördert werden, was den Tschechen vermittele, dass sie kein Volk, sondern lediglich ein Stamm seien und nur in einem deutsch beherrschten Raum existieren könnten.¹²³ Die tschechische Bevölkerung sollte vollkommen entpolitisiert, ihr Interesse auf Beruf, materielle Nöte und Sportveranstaltungen gelenkt werden. Heydrich beabsichtigte, die tschechische Regierung jedoch vorerst bestehen zu lassen, da für die Deutschen das Funktionieren der Verwaltung von Interesse sei. Als einer der entschiedensten Protagonisten der Germanisierungspolitik, über die die deutschen Besatzer schon seit längerem diskutierten, hatte sich Neuraths Staatssekretär, der sudetendeutsche Funktionär Karl Hermann Frank, profiliert, der im Protektorat auch das Amt des Höheren SS- und Polizeiführers innehatte und nun als Heydrichs rechte Hand fungierte.¹²⁴

Die weitreichende Reorganisation der Verwaltung, die Heydrich noch im Herbst 1941 umzusetzen begann, sollte ebenfalls dazu dienen, die Handlungsspielräume der tschechischen Regierung weiter einzuschränken. Als Ordnungsmacht standen ihr 7000 Gendarmen zur Verfügung.¹²⁵ Die Zahl der tschechischen Ministerien wurde unter Heydrichs Ägide von 15 auf sieben reduziert. Aus der deutschen Verwaltung, der Behörde des Reichsprotektors und den Oberlandratsämtern, wechselte ein Großteil der Beamten in die untergeordnete tschechische Protektoratsverwaltung und übernahm dort nun

123 NAP, ÚŘP dodatky I, Karton 53; Abdruck in: Kárný u. a., *Deutsche Politik* (wie Anm. 113), S. 107–122; Notizen zur Besprechung über künftige Planungen im Protektorat Böhmen und Mähren, 17.10.1941; NAP, ÚŘP-AMV 114, Karton 3.

124 René Küpper, *Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten*, München 2010, S. 164–223.

125 Moses Moskowitz, *Three Years of the Protectorate of Bohemia and Moravia*, in: *Political Science Quarterly*, Bd. LVII, Nr. 3, September 1942, S. 353–375, hier: S. 355.

Kontrollfunktionen. Jeder tschechische Minister hatte fortan einen deutschen Vertreter, der in allen Angelegenheiten Entscheidungen auch ohne Wissen des Ministers treffen konnte. Die tschechische Verwaltung stand somit unter genauerer Kontrolle, weil die Zahl der deutschen Beamten auf den unteren Ebenen zunahm. Gleichzeitig führte die Reform zu einer Einsparung von deutschem Verwaltungspersonal, weil nun nicht mehr für jedes tschechische Ministerium eine deutsche Aufsichtsinstanz in der Behörde des Reichsprotectors bestand. Das neu gegründete Ministerium für Wirtschaft und Arbeit übernahm auf Heydrichs Betreiben nicht der von Staatspräsident Hácha bevorzugte tschechische Gewerkschaftsfunktionär Václav Stočes, sondern der deutsche SS-Oberführer Dr. Walter Bertsch. Da dieser kein Tschechisch konnte, war die „autonome“ tschechische Regierung künftig gezwungen, ihre Sitzungen auf Deutsch abzuhalten. In allen Ämtern existierten fortan deutsche Abteilungen, die die Belange der deutschen Bevölkerung vertraten und die Umsetzung der deutschen Verordnungen kontrollierten. Durch die Reform blieb von der Autonomie der Protektoratsregierung praktisch nur noch die Fassade erhalten.¹²⁶

Wirtschaftspolitik unter Heydrich

Bereits unter der Amtsführung von Neuraths hatte die „Arisierung“ jüdischen Vermögens als Hebel zur Germanisierung der Wirtschaft gedient: Die Firmenanteile jüdischer Eigentümer waren bevorzugt Deutschen zugesprochen worden, wodurch sich das deutsche Aktienkapital in der ehemaligen Tschechoslowakei verzehnfacht hatte; es betrug im März 1941, als die „Arisierung“ weitgehend zum Abschluss gekommen war, gleichwohl nur etwa ein Viertel. Die bedeutendsten Unternehmen wie etwa die Škoda-Werke und die Brünnener Waffenwerke waren den Hermann-Göring-Werken einverleibt, andere wie etwa die Schuhfabrik Bat'a jedoch sehr zum Missfallen deutscher Unternehmer in tschechischer Hand belassen worden. Weder in den Führungsetagen der Unternehmen noch in den Wirtschaftsverbänden war das tschechische Personal vollständig durch deutsches ersetzt worden. Um dennoch zu gewährleisten, dass wichtige Entscheidungen nicht den deutschen Interessen widersprachen, hielten einzelne Deutsche in den wirtschaftlichen Führungsgremien Einzug.¹²⁷

126 Detlef Brandes, Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren, in: ders./Václav Kural (Hrsg.), *Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947*, Essen 1994, S. 39–56, hier: S. 46; Brandes, *Tschechen*, Teil I (wie Anm. 120), S. 222 bis 225; Kárný u. a., *Deutsche Politik* (wie Anm. 113), S. 49–52; Pavel Maršálek, *Protektorát Čechy a Morava. Státoprávní a politické aspekty nacistického okupačního režimu v českých zemích 1939–1945*, Praha 2002, S. 64–75; Detlef Brandes, Politische Kollaboration im „Protektorat Böhmen und Mähren“, in: Joachim Tauber (Hrsg.), *„Kollaborationen“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2006, S. 453–462; zur tschechischen Regierung im Protektorat siehe auch VEJ 3, S. 21 f.

127 Jaromír Balcar, *Panzer für Hitler – Traktoren für Stalin. Großunternehmen in Böhmen und Mähren 1938–1950*, München 2014, S. 60–73. Zur „Arisierung“ im Protektorat siehe auch: Jörg Osterloh/Harald Wixforth, *Die „Arisierung“ im Protektorat Böhmen und Mähren*, in: Harald Wixforth, *Die Expansion der Dresdner Bank in Europa*, München 2006, S. 306–350, hier: S. 346–350; Jaroslav Kučera/Volker Zimmermann, *Zum tschechischen Forschungsstand über die NS-Besatzungsherrschaft in Böhmen und Mähren*, in: *Bohemia*, 49 (2009), H. 1, S. 164–183, hier: S. 172–174.

Für eine Wirtschaftspolitik, bei der die Germanisierung zwar erwünscht war, die Produktivität vor allem im Rüstungssektor jedoch absolute Priorität hatte und daher im Zweifelsfalle auch tschechische Wirtschaftsinteressen Berücksichtigung fanden, standen vor allem die beiden mächtigsten Männer in der Protektoratswirtschaft, Walter Bertsch und Bernhard Adolf. Letzterer hatte neben etlichen anderen Funktionen vor allem Aufsichtsratsposten, das Amt des Rüstungsobmanns und des stellvertretenden Vorsitzenden der Rüstungskommission inne und war zudem Beauftragter für die Rationalisierung der Wirtschaft im Protektorat.¹²⁸ In der Zeit der äußersten Anspannung der Rüstungsproduktionskapazitäten bedeutete die Rationalisierung der Wirtschaft vor allem eine Zusammenlegung und Schließung von Betrieben, um Arbeitskräfte in die Rüstungsfabriken zu transferieren. In den neun Monaten, die Heydrich in Prag regierte, sollen allein 30 000 Arbeitskräfte auf diese Weise für die Rüstungsproduktion freigesetzt worden sein.¹²⁹

Wenn sie sich kooperativ verhielten, bestand für tschechische Unternehmer nicht nur die Aussicht, ihre bisherigen Positionen beizubehalten, sondern unter Umständen auch von der „Arisierung“ zu profitieren. Die Arbeiter im Protektorat versuchte Heydrich durch propagandistisch aufbereitete sozialpolitische Angebote und Leistungsprämien zur loyalen Mitarbeit am deutschen Endsieg zu motivieren – immer in Kombination mit Repressionsdrohungen. Nach vier Wochen Ausnahmezustand, Hinrichtungen und Gestapo-Terror empfing er am 24. Oktober 1941 auf der Prager Burg handverlesene Vertreter der tschechischen Arbeiterschaft und versicherte ihnen, dass er ein offenes Ohr für ihre Wünsche habe. Als Zeichen des Entgegenkommens kündigte er eine ohnehin beschlossene Erhöhung der Fettrationen sowie die kostenlose Abgabe von Arbeitsschuhen an und machte zugleich deutlich, dass dies großzügige Gaben des Reichs bzw. des Führers seien, die nur dann zu erwarten wären, wenn sich die Beschenkten ihrer würdig erwiesen und verstanden: „Wenn Deutschland siegt, siegen Sie mit. Deutschland besiegt den Osten. Deutschland schafft neue Werte im Osten, opfert Blut für den Sieg im Osten, bringt unheimliche Beute heim.“¹³⁰

De facto jedoch verschlechterte sich vor allem die Lebensmittelversorgung im Protektorat in der Amtszeit Heydrichs deutlich und somit, trotz Nominallohnsteigerung, auch die Lage der Arbeiter. Die Nahrungsmittelpreise stiegen stark an; im Herbst 1941 waren die Lebenshaltungskosten im Protektorat zwölf bis 17 Prozent höher als in Deutschland, die Reallöhne hingegen mehr als ein Drittel niedriger. Insbesondere lagen die Fettrationen unter denen im Reich, weshalb die deutsche Bevölkerung im Protektorat, nicht jedoch die tschechische, einen Ausgleich in Form der sogenannten Fettreichshilfe erhielt. Im Frühjahr 1942 wurden die Lebensmittelzuteilungen – ebenso wie in Deutschland – herabgesetzt. Die ins Protektorat entsandten Reichsdeutschen schmälerten durch höhere Kaufkraft das Warenangebot zusätzlich; Heydrichs rigides Vorgehen gegen den Schwarzhandel trieb zudem die Preise auf dem Schwarzmarkt in die Höhe, auf dem sich bis dato noch ein Teil der tschechischen Bevölkerung hatte versorgen können. Die

128 Balcar, Panzer (wie Anm. 127), S. 82.

129 Kárný u. a., Deutsche Politik (wie Anm. 113), S. 64 f.

130 Ansprache des stellvertretenden Reichsprotektors an die Vertreter der Arbeiterschaft, 24.10.1941; NAP, ÚŘP, dodatky I, Karton 53; siehe auch Miroslav Kárný, Die materiellen Grundlagen der Sozialdemagogie in der Protektoratspolitik Heydrichs, in: *Historica* XXIX, Prag 1989, S. 123–159.

propagandistische Verteilung beschlagnahmter Schwarzmarktgüter an Werkskantinen kompensierte den Preisanstieg nicht annähernd, zumal die Arbeiter als Gegenleistung Lebensmittelmarken abliefern mussten.¹³¹

Neben der schlechten Versorgungslage förderte auch die Repression die Unzufriedenheit, die sich nicht zuletzt im Sinken der Arbeitsmoral niederschlug. Die deutschen Arbeitsämter sowie der SD beklagten vor allem in den letzten Monaten des Jahres 1942 hohe Krankenstände und eine wachsende Zahl von Personen, die sich der Arbeit für die Deutschen ganz entzogen. Die Arbeitsproduktivität pro Kopf und Schicht lag 1942 um etwa 25 Prozent unter derjenigen von 1939. Immer häufiger wiesen die deutschen Behörden unwillige Arbeiter nun in die neu errichteten Arbeitererziehungslager ein. Zudem waren die Besatzer auch mit Sabotageaktionen konfrontiert. Durchgeschnittene Bremschläuche bei der Eisenbahn und später auch in Brand gesetzte Waggons gehörten zu den häufigsten Sabotageakten; in der Zeit von August bis Oktober 1942 registrierte die Abwehrstelle Prag monatlich etwa 65 Sabotagefälle in Betrieben, nicht jedoch in der Rüstungsproduktion; im ersten Quartal 1943 verhaftete die Gestapo 15 Rüstungsarbeiter, die sie der Sabotage verdächtigte oder überführt hatte. Anlass für die meisten Verhaftungen in Betrieben waren allerdings nicht Sabotageaktionen, sondern die Beteiligung an Widerstandsorganisationen.¹³²

Antijüdische Politik im Protektorat

Im Oktober 1941 durften Juden im Protektorat viele der rationierten Lebensmittel wie etwa Obst, Geflügel oder Fisch nicht mehr kaufen. Im Dezember 1941 wurde es den jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern Prags und Brünns untersagt, Museen zu besuchen.¹³³ Das Jahr 1942 begann für die Juden mit dem Verbot, Knoblauch oder Zwiebeln einzukaufen und die Parkanlagen in Prag zu betreten.¹³⁴ Vom 3. März 1942 an waren sie verpflichtet, eine Kennkarte, die sie als Juden auswies, bei sich zu tragen und auf Ämtern unaufgefordert vorzuzeigen.¹³⁵ Als im selben Monat das Nürnberger Blutschutzgesetz, das Ehen und sexuelle Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden verbot, auch auf das Protektorat ausgedehnt wurde, hatte dies für die betroffenen Paare gravierende Folgen; andere antijüdische Vorschriften wie etwa das Knoblauch- oder das Schweinefleischverbot hatten eher demonstrativen Charakter oder dienten offenbar der bloßen Gängelung der Juden. Die lange Liste der Verbote und schikanösen Vorschriften,

131 Kárný u. a., *Deutsche Politik* (wie Anm. 113), S. 56–61; zu den Leistungsprämien siehe Heydrichs Rede vor führenden Persönlichkeiten der Okkupationsbehörden vom 17.10.1941, ebd., S. 147–157, hier: S. 151 f.; Kárný, *Die materiellen Grundlagen* (wie Anm. 130), S. 134 f., 138. Zur Entwicklung der Kaufkraft und der Sozialpolitik unter deutscher Besatzung siehe Kučera/Zimmermann, *Zum tschechischen Forschungsstand* (wie Anm. 127), S. 174–176.

132 Detlef Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil II: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand (1942–1945)*, München u. a. 1975, S. 87–93.

133 NAP, 1590.

134 *Jüdisches Nachrichtenblatt* vom 2.1.1942.

135 Bekanntmachung zur VO über Kennkarten; RGBl., 1942 I, S. 100.

die den Juden das Leben erschweren sollten, nahm immer bizarrere Züge an, je länger der Krieg sich hinzog und je weniger Juden es noch im Protektorat gab.¹³⁶

Die jüdischen Arbeiter im Protektorat unterlagen nach und nach den gleichen Einschränkungen und Verboten, die auch im Reich für jüdische Arbeiter galten: Ende 1941 nahm das tschechische Sozial- und Gesundheitsministerium sie von der Zahlung von Weihnachtsgeld und Jahresabschlussgratifikationen aus.¹³⁷ Zum 1. August 1942 verloren sie unter anderem das Recht auf Sozialversicherung, Überstundenbezahlung und Urlaub, das für die nichtjüdischen Arbeiter im Protektorat nach wie vor galt. Bereits seit März 1940 waren die Arbeitsämter dazu übergegangen, arbeitslose Juden für Zwangseinsätze zu rekrutieren. Vom 23. Januar 1941 an galt für Juden zwischen 18 und 50 Jahren im Protektorat Arbeitspflicht; Ende August 1941 dehnte das tschechische Ministerium für Sozial- und Gesundheitsverwaltung den Zwangseinsatz auf alle Juden im Alter von 16 bis 60 Jahren aus. Bei Heydrichs Amtsantritt befanden sich mehr als 12 000 Juden im Zwangseinsatz.¹³⁸ Nach dem Verbot der jüdischen Schulen im Sommer 1942 mussten auch 14-Jährige zum Arbeitseinsatz antreten. Da viele Juden infolge der antijüdischen Maßnahmen einkommenslos geworden waren, bemühten sich auch jüdische Institutionen darum, den Betroffenen Arbeit und Verdienstmöglichkeiten zu vermitteln. Bisweilen forderten die deutschen Behörden von den jüdischen Gemeinden die Bereitstellung von Arbeitskräften für Bauvorhaben oder zum Schneeschaukeln. Da sie auf eine strikte Trennung von nichtjüdischen und jüdischen Arbeitern Wert legten, wurden letztere nach Möglichkeit in geschlossenen Arbeitskommandos eingesetzt.

Die Deportation der tschechischen Juden

Überlagert wurden all die kleinlich-bürokratischen, schikanösen und niederschmetternden Bestimmungen vom Beginn der systematischen Deportationen Mitte Oktober 1941. Zeitgleich mit den ersten reichsdeutschen Juden wurden auch mehrere tausend jüdische Einwohnerinnen und Einwohner Prags deportiert. Zwei Jahre zuvor hatten Juden aus Mährisch-Ostrau zu den ersten gehört, die Eichmann im Rahmen des sogenannten Nisko-Plans ins Generalgouvernement hatte deportieren lassen. Einige von ihnen, darunter auch der Leiter des Prager Palästina-Amtes, Jakob Edelstein, waren, nachdem der Plan eines „Judenreservats Lublin“ in den Anfängen steckengeblieben war, nach Prag zurückgekehrt. Edelstein hatte über seine Erfahrungen berichtet und sich nach Kräften bemüht, die Legende von der Ansiedlung der Juden im Distrikt Lublin zu widerlegen, da die Bedingungen, unter denen dies geschehe, eher auf die Vernichtung der Juden gerichtet seien.¹³⁹ Als im Sommer 1941 erneut Gerüchte über bevorstehende Deportationen aufkamen, sah die Jüdische Kultusgemeinde in Prag das kleinere Übel in

136 Franz Friedmann, Rechtsstellung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren. Stand am 31.7.1942, in: Helena Krejčová/Jana Svobodová/Anna Hyndráková, *Židé v protektorátu: Hlášení Židovské náboženské obce v roce 1942*. Dokumenty, Praha 1997, S. 232–264.

137 Wolf Gruner, Die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren. Lokale Initiativen, zentrale Entscheidungen, jüdische Antworten 1939–1945, Göttingen 2016, S. 229, 255.

138 Ebd., S. 169, 197–199.

139 VEJ 3, S. 37 f. und VEJ 3/38.

der Errichtung von Lagern im Protektorat. Dort, so die Hoffnung, könnte man auf die Lebensbedingungen eher Einfluss nehmen und die Eingesperrten wären eher in der Lage, die Verbindung zu Freunden und Verwandten aufrechtzuerhalten. Entsprechend versuchten die Vertreter der Kultusgemeinde, die Zentralstelle für jüdische Auswanderung von diesem Vorschlag zu überzeugen. Dabei war es gerade die Zentralstelle gewesen, die ihre Ängste vor der Deportation geschürt hatte, denn sie hatte den jüdischen Repräsentanten signalisiert, dass sie im Falle einer Deportation der Juden aus dem Protektorat überflüssig – und das hieß: ebenfalls deportiert – würden.¹⁴⁰ Anfang September 1941 hatte der Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag, Hans Günther, der Jüdischen Kultusgemeinde den Auftrag erteilt, die jüdische Bevölkerung im Protektorat zu registrieren und dabei auch Alter, Gesundheitszustand, Arbeitsfähigkeit und Familienstand zu erfassen.¹⁴¹ Als in der ersten Oktoberhälfte dann mehrere tausend Juden in Prag und Brünn die Aufforderung erhielten, sich zum Abtransport bereitzuhalten, brach Panik aus und die Zahl derer, die sich das Leben nahmen, stieg deutlich an. Es kursierten Mutmaßungen über die Zielorte der Deportationen, vor allem Befürchtungen, dass die Transporte nach Polen oder auch in die gerade erst eroberten und weitgehend zerstörten Gebiete der Sowjetunion führen würden (Dok. 250).

Die zur Deportation vorgesehenen Prager Juden mussten sich in der Messehalle der Stadt, einer unbeheizten, düsteren und nicht regendichten Holzbaracke, einfinden.¹⁴² Das Procedere, wonach sie registriert, durchsucht und formell enteignet wurden, unterschied sich nicht von demjenigen im Reich. Und ebenso wie die deutschen erfuhren auch die tschechischen Juden erst unmittelbar vor oder sogar erst während der Fahrt den Zielort der Deportationen:¹⁴³ Fünf Transporte mit jeweils etwa 1000 Juden gingen ins Ghetto Litzmannstadt,¹⁴⁴ ein weiterer Transport aus Brünn nach Minsk.¹⁴⁵ Zu den Ersten, die deportiert wurden, gehörten Juden aus den führenden Wirtschaftskreisen des Landes. Doch bereits am 18. Oktober 1941 wies die Zentralstelle für jüdische Auswanderung die jüdischen Gemeinden an, Namenslisten der Gemeindemitglieder anzufertigen, auf denen die Fürsorgeempfänger besonders zu kennzeichnen waren.¹⁴⁶ Eine Woche zuvor hatte Hans Günther gemeinsam mit Eichmann an einer Sitzung teilgenommen, auf der die „Lösung der Judenfragen im Protektorat“ Thema war (Dok. 244). Dabei wurde zunächst die Deportation nach Osten erörtert, die jedoch mit „Rücksicht auf die Litzmannstädter Behörden“ und die Verhältnisse im dortigen Ghetto nicht im ursprünglich beabsichtigten Umfang durchgeführt werden könne. Als weitere

140 H. G. Adler, *Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, Göttingen 2012 (Erstausgabe 1955), S. 19–21; Benjamin Murmelstein, *Theresienstadt. Eichmanns Vorzeige-Ghetto*, Wien 2014, S. 27.

141 Rothkirchen, *The Jews* (wie Anm. 121), S. 123; Magda Veselská, „Sie müssen sich als Jude dessen bewusst sein, welche Opfer zu tragen sind ...“. Handlungsspielräume der jüdischen Kultusgemeinden im Protektorat bis zum Ende der großen Deportationen, in: Andrea Löw/Doris L. Bergen/Anna Hájková (Hrsg.), *Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945*, München 2013, S. 151–166, hier: S. 164.

142 Adler, *Theresienstadt* (wie Anm. 140), S. 69.

143 Friedländer, *Jahre der Vernichtung* (wie Anm. 16), S. 339.

144 Richard Seemann (Hrsg.), *Ghetto Litzmannstadt 1941–1944. Dokumenty a výpovědi o životě českých židů v lodžském ghettu*, Praha 2000.

145 Adler, *Theresienstadt* (wie Anm. 140), S. 21.

146 Gruner, *Judenverfolgung* (wie Anm. 137), S. 213 f.

Zielorte standen Minsk und Riga zur Diskussion sowie nicht näher spezifizierte „Lager für kommunistische Häftlinge im Operationsgebiet“ – möglicherweise eine Umschreibung für die Erschießung der Deportierten. Schließlich wurde auch die Möglichkeit erwogen, in Böhmen und in Mähren je ein Getto einzurichten. Als der am besten geeignete Ort in Böhmen galt Theresienstadt, wo noch einige Wehrmachtseinheiten einquartiert waren, deren Verlagerung sich durch Heydrichs Vorsprache beim zuständigen Militärbefehlshaber Toussaint bewerkstelligen ließe. Die in Theresienstadt lebende tschechische Bevölkerung, zwischen 3000 und 4000 Personen, könne zum Teil auch in die in Prag frei werdenden Wohnungen der Juden umgesiedelt und die Umzugskosten ihnen aus dem jüdischen Vermögen erstattet werden. Die letzten Bewohner verließen die Festungsstadt erst Ende Juni 1942, als die ersten Transporte aus dem Reich dort eintrafen.¹⁴⁷ Während das mährische Getto nie zustande kam, konkretisierten sich die Pläne in Bezug auf Theresienstadt binnen kurzem. Heydrich ging davon aus, dass die Deportation der Juden aus dem Protektorat schon bald abgeschlossen werden könne: Er rechnete vor, dass etwa 88 000 Juden dort lebten, davon mehr als die Hälfte in Prag, und täglich zwei bis drei Züge mit jeweils 1000 Personen in Theresienstadt eintreffen könnten. Dabei war von vornherein geplant, dass das Getto nur ein „vorübergehendes Sammelager“ sein sollte, von dem aus die Juden in „die östlichen Gebiete“ weiterdeportiert würden. In Vorwegnahme der katastrophalen Lebensbedingungen in Theresienstadt heißt es im Protokoll der Sitzung vom 10. Oktober 1941, dass die Juden dort schon „stark dezimiert“ würden. Nach ihrer „Evakuierung“ in den Osten könnte dann Theresienstadt, wo sich der Boden hervorragend zum Gemüseanbau eigne, vollständig einge-deutscht werden.¹⁴⁸

Wie im Deutschen Reich so wurden auch im Protektorat die Sinti und Roma zusammen mit den Juden deportiert. Im August 1942 mussten sich alle als „Zigeuner“ oder „Zigeunermischlinge“ verdächtige oder „nach Zigeunerart umherziehende“ Personen registrieren lassen und wurden selektiert: Die etwa 2400 Sinti und Roma, die keine geregelte Arbeit und keinen festen Wohnsitz nachweisen konnten, wurden in Vorbeugehaft genommen und in einem der beiden „Zigeunerlager“, Lety in Böhmen und Hodonín in Mähren, interniert, alle anderen vorerst in Freiheit belassen. In den beiden Lagern mussten die Sinti und Roma nicht nur schwere Arbeiten verrichten, sondern litten unter Mangelernährung und miserablen sanitären Bedingungen, so dass nach kurzer Zeit Epidemien ausbrachen. Von Dezember 1942 an wurden die Internierten in mehreren Transporten nach Auschwitz deportiert und die meisten von ihnen dort ermordet. Einige

147 Thomáš Fedorovič, Zánik města Terezín a jeho přeměna v ghetto, in: Terezínské listy, Nr. 32, 2004, S. 15–43; Ludmila Chládková, Ghetto Theresienstadt, Gedenkstätte Terezín 1991, S. 26, gibt die Einwohnerzahl mit 3142 an. Tatsächlich wurde die tschechische Bevölkerung Theresienstadts für ihr zurückgelassenes Eigentum aus dem Vermögen der Juden entschädigt, das diese bei ihrer Deportation dem sog. Auswanderungsfonds hatten übereignen müssen; Adler, Theresienstadt (wie Anm. 140), S. 24, 36.

148 Siehe auch Notizen aus der Besprechung führender Persönlichkeiten der Okkupationsbehörden bei Heydrich über künftige Planungen im Protektorat, 17.10.1941, abgedruckt in: Kárný u. a., Deutsche Politik (wie Anm. 113), S. 147–157; Anita Franková, Die Vorbereitungen zur Konzentrierung der Juden im Protektorat. Die „Vorgeschichte“ des Theresienstädter Ghettos, in: TSD, 8 (2001), S. 49–74.

Monate später, überwiegend im März und Mai 1943, geschah dies auch mit denjenigen, die als „Sesshafte“ zunächst nicht interniert worden waren.¹⁴⁹

Theresienstadt

Am 24. November 1941 kamen die ersten 342 jüdischen Männer in Theresienstadt an, die dort die Unterkünfte für die späteren Massentransporte tschechischer Juden vorbereiten sollten. Diesem Aufbaukommando gehörte auch der Historiker Miroslav Kárný an, der später wichtige Forschungen zur Geschichte des Gettos sowie zur deutschen Besatzungspolitik im Protektorat vorlegte. Ebenfalls noch im November 1941 wurde der aus Niederösterreich stammende SS-Sturmführer Dr. Siegfried Seidl zum Kommandanten von Theresienstadt bestimmt, eine Funktion, die er bis zum Sommer 1943 innehatte. Seidl war schon seit längerem im Stab Eichmanns tätig und zuvor im SD-Leitabschnitt Posen für die Zwangsumsiedlung der polnischen Bevölkerung aus dem Warthegau zuständig gewesen.¹⁵⁰ Mit ihm waren noch etwa 30 SS-Männer und eine Reihe von Verwaltungsangestellten im Getto tätig. Am 4. Dezember traf dann das zweite Aufbaukommando mit 1000 Mann ein, zu dem auch der bereits erwähnte, damals 36-jährige Jakob Edelstein gehörte, den die Zentralstelle für jüdische Auswanderung zum Judenältesten ernannte, sowie sein Stellvertreter Otto Zucker. Edelstein, ein überzeugter Zionist, betrachtete es als seine Pflicht, „im Moment höchsten Leidens und schicksalsschwerster Entscheidungen in die Bresche zu springen“ (Dok. 314). Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung hatte die „Selbstverwaltung“ der Juden in Theresienstadt verfügt, und Edelstein sah die Chance für ein Überleben bis Kriegsende darin, das Getto zu „produktivieren“, etwa durch Auftragsarbeiten für die Wehrmacht. Im Gegensatz zu Chaim Rumkowski, dem Judenältesten im Getto Litzmannstadt, verfocht Edelstein dieses Ziel nicht mit despotischen Mitteln.¹⁵¹ Gleichwohl geriet auch er, wie alle jüdischen Repräsentanten in einer vergleichbaren Position, in unlösbare Konflikte, weil die SS die Selbstverwaltung der Juden in Theresienstadt für die Umsetzung der „Endlösung“ ebenso instrumentalisierte wie etwa die Judenräte im besetzten Polen. Zudem stützte Edelstein sich auf ein Netz von ehemaligen Weggefährten, die wichtige Funktionen im Ältestenrat oder in der Gettoverwaltung übernahmen, in deren Mitte jedoch nach einer Weile die Korruption um sich griff. Nach einem Jahr als Judenältester zog Edelstein eine nachdenkliche, insgesamt jedoch positive Bilanz seiner Tätigkeit (Dok. 314). Kurz darauf, im Januar 1943, wurde er von Paul Eppstein von der Reichsvereinigung der deutschen Juden abgelöst und fungierte fortan als dessen Vertreter. Edelstein wurde im Dezember 1943 zusammen mit seiner Frau Mirjam und seinem zwölfjährigen Sohn Arje nach Auschwitz

149 Ctibor Nečas, Lety und Hodonín – zwei Internierungslager für Sinti und Roma in der Tschechoslowakei, in: Donald Kenrick (Hrsg.), Sinti und Roma unter dem Nazi-Regime 2. Die Verfolgung im besetzten Europa, Berlin 2000, S. 159–181.

150 Gabriele Anderl, Die Lagerkommandanten des jüdischen Ghettos Theresienstadt, in: Kárný/Blodig/Kárná (Hrsg.), Theresienstadt (wie Anm. 117), S. 213–222; Tomáš Fedorovič, Der Theresienstädter Lagerkommandant Siegfried Seidl, in: TSD, 10 (2003), S. 162–209.

151 Ruth Bondy, Jakob Edelstein – der erste Judenälteste von Theresienstadt, in: Kárný/Blodig/Kárná (Hrsg.), Theresienstadt (wie Anm. 117), S. 79–87, hier: S. 84; siehe auch: dies., Elder of the Jews. Jakob Edelstein of Theresienstadt, New York 1989.

deportiert und dort im Juni 1944 erschossen, nachdem er die Ermordung seiner Angehörigen hatte mit ansehen müssen.¹⁵²

Die Judenältesten nahmen ihre Anweisung von der Lagerkommandantur mündlich entgegen, mussten sie aber an die Gettobewohner schriftlich in sogenannten Tagesbefehlen weiterleiten, die tatsächlich im Kommandoton abgefasst waren (Dok. 297). Dem Ältestenrat der Juden gehörten die Leiter der wichtigsten Abteilungen in der sogenannten Selbstverwaltung des Gettos an: Evidenz (Statistik), Wirtschafts-, Finanz- und technische Abteilung, ferner die Abteilung für Gesundheits- und Sozialfürsorge. Der Ältestenrat hatte seinen Sitz in der Magdeburger Kaserne und seine Mitglieder lebten dort unter deutlich günstigeren Bedingungen als das Gros der Gettobevölkerung. Im Rahmen der Selbstverwaltung urteilte ein Gettogericht über Verstöße gegen die Lagerordnung und bestrafte diese unter Umständen mit Lagergefängnis. Die Gettowache, die aus Häftlingen bestand und unbewaffnet war, hatte die Disziplin innerhalb des Gettos aufrechtzuerhalten. Sie wurde mehrfach umstrukturiert und bestand zwischenzeitlich aus 500 jungen, militärisch trainierten Männern, die zwar keine Waffen, aber zeitweise Uniformen trugen und gemeinschaftlich untergebracht waren. Von September 1942 an befahl die ehemalige Marineoffizier und Freikorpskämpfer Dr. Karl Loewenstein die Truppe, den die SS mit dieser Aufgabe betraut hatte. Er hatte in Berlin zu den Mitbegründern der Bekennenden Kirche gehört, war nach Minsk deportiert und von dort, gesundheitlich schwer mitgenommen, aufgrund seiner militärischen Verdienste nach Theresienstadt überstellt worden. Die Bewachung des Gettos unterlag einer Einheit der Protektorats-Gendarmerie.¹⁵³

In den ersten Monaten kamen die Deportationszüge ausschließlich aus dem Protektorat nach Theresienstadt. Am Jahresende 1941 lebten bereits 7365 Jüdinnen und Juden im Getto. Doch Anfang Januar 1942 wurden die ersten von ihnen schon wieder von Theresienstadt nach Osten deportiert. Die Hoffnung auf ein selbstverwaltetes Getto auf heimatlichem Boden, das die tschechischen Juden vor der Deportation bewahren würde, erwies sich als Illusion. Am Tag nachdem der erste Zug Theresienstadt verlassen hatte, ließ die SS neun junge Juden hinrichten und zwang den Ältestenrat, dabei zuzusehen. Weitere sieben Jugendliche wurden am 26. Februar gehängt. Die ihnen zur Last gelegten „Verbrechen“ bestanden unter anderem darin, dass einer von ihnen seiner Mutter einen Brief geschrieben, ein anderer im „arischen“ Teil Theresienstadts eingekauft hatte. Vermutlich wollte die SS durch diese Demonstration ihrer Grausamkeit jeden Widerstand gegen die Deportationen im Keim ersticken.¹⁵⁴

Bis Mitte 1942 verließen 16 Züge mit jeweils 1000 Juden Theresienstadt und fuhren nach Riga und ins Warschauer Getto, überwiegend aber in den Distrikt Lublin. Die allermeisten Deportierten wurden nur wenig später in einem der Vernichtungslager im Generalgouvernement ermordet. Zwischen dem 14. Juli und 22. September fuhren vier Züge aus Theresienstadt nach Malyj Trostinec bei Minsk, wo die Deportierten sofort nach der

152 Bondy, Edelstein (wie Anm. 151), S. 87.

153 Miroslav Kárný, Die Gendarmerie-Sonderabteilung und die Theresienstädter Häftlinge. Zur Methodologie der kritischen Interpretation von Erinnerungen, in: TSD, 3 (1996), S. 136–152.

154 Anna Hájková, The Last Ghetto: An Everyday History of the Theresienstadt Ghetto, 1941–1945 (Dissertation, University of Toronto), S. 46.

Ankunft erschossen wurden. Dorthin hätte auch der Zug fahren sollen, der Theresienstadt am 28. Juli 1942 verließ und dessen Verbleib lange ungeklärt war. Inzwischen ist bekannt, dass dieser Zug ebenfalls nach Weißrussland ging, aber nach Baranowitschi, wo die etwa 1000 Juden in einem nahegelegenen Wald entweder in einem Gaswagen ermordet, die meisten aber an vorbereiteten Gruben erschossen wurden. Im September und Oktober 1942, während noch immer laufend Deportationszüge aus dem Reich in Theresienstadt eintrafen, wurden etwa 19 000 Juden von dort ins Vernichtungslager Treblinka deportiert. Von Ende Oktober 1942 an fuhren die Züge aus Theresienstadt nach Auschwitz.¹⁵⁵

Am 2. Juni 1942 traf der erste Transport mit Juden aus dem Reich in Theresienstadt ein. Wie von Heydrich angekündigt, handelte es sich überwiegend um Menschen, die 65 Jahre oder älter waren, um Männer mit Kriegsauszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg sowie um einige jüdische Repräsentanten und bekannte Persönlichkeiten, deren Deportation möglicherweise Kritik von Seiten einflussreicher Nichtjuden hervorgerufen hätte. Viele von ihnen hatten vor der Abfahrt ihre gesamten Ersparnisse aufgewandt, um einen sogenannten Heimeinkaufsvertrag abzuschließen, der ihnen eine passable Unterbringung und Versorgung bis an ihr Lebensende garantieren sollte. De facto handelte es sich bei diesen Verträgen, die formal mit der Reichsvereinigung geschlossen wurden, um eine verdeckte Form der Enteignung, an der sich die SS bereicherte (Dok. 200).¹⁵⁶ Anstatt in dem erwarteten Alterssitz fanden sich die Juden in Kasernen wieder, in denen sie nach Geschlechtern getrennt und in überfüllten Schlafsälen untergebracht waren.

Im Sommer 1942 hatten gerade die letzten nichtjüdischen Bewohner Theresienstadt verlassen und um ihre Wohnungen war ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen den im Getto verbliebenen Juden entbrannt. Durch die Transporte aus dem Deutschen Reich stieg die Zahl der Gettobewohner stark an. Waren die Verhältnisse ohnehin schon äußerst beengt gewesen, so wurden nun selbst Keller und Dachböden, Abstellkammern oder Treppenabsätze als Unterkünfte genutzt. Nicht einmal für alle Kranken standen Betten oder Matratzen zur Verfügung; viele mussten auf den Betonböden der Kasernen nächtigen (Dok. 298). Auf den Dachböden war es im Sommer unerträglich heiß, im Winter eisig. Bis zum nächsten Wasseranschluss musste man oft etliche Treppen zurücklegen und nachts über Schlafende steigen. Aufgrund der Enge und der schlechten hygienischen Bedingungen – es fehlte an sanitären Anlagen – breiteten sich im Getto Läuse und ansteckende Krankheiten rasch aus. Waren im Mai 1942 155 Menschen gestorben, so lag die Zahl der Toten im August bereits bei 2327 und im September bei 3931. Die Abteilung Gesundheitswesen kämpfte trotz fehlender Medikamente, medizinischer Geräte und Fachleute mit großem Einsatz gegen Masern, Scharlach und Typhus an. Die

155 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 140), S. 45–60; Gottwaldt/Schulle, „Judendeportationen“ (wie Anm. 53), S. 397 f., 401–404, 453 f.; <http://www.ghetto-theresienstadt.de/pages/t/transporte.htm> (zuletzt aufgerufen am 19. 6. 2019).

156 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 140), S. 62, 108 f.; Philipp Manes, Als ob's ein Leben wär. Tatsachenbericht. Theresienstadt 1942–1944, hrsg. von Ben Barkow und Klaus Leist, Berlin 2005, S. 30, 34.

meisten Patienten litten jedoch an Enteritis; die Magen-Darm-Infektion wurde auch als *terezinka*, also als Theresienstädter Krankheit, bezeichnet.¹⁵⁷

Die deutschen und österreichischen Juden, die in Theresienstadt ankamen, waren gegenüber den tschechischen, die dort bereits lebten, in entscheidenden Punkten im Nachteil: Sie waren nicht nur im Durchschnitt deutlich älter, sondern hatten auch keine Verbindungen ins nahegelegene Prag; die günstigsten Schlaf- und Arbeitsplätze waren bereits besetzt, und in der Selbstverwaltung hatten sie in den ersten Monaten so gut wie keine Fürsprecher. Die Haltung, auf die sie bei den Gettoinsassen aus dem Protektorat trafen, beschreibt der Wiener Rabbiner Benjamin Murrelstein so: „Die böhmischen Juden, die über junges und gut ausgebildetes Menschenmaterial verfügten, hatten mit ihrer Arbeitskraft das Ghetto aufbauen müssen, kaum waren sie damit fertig, wurden sie deportiert. Das Refugium, von dem sie geglaubt hatten, es sei für sie bestimmt, sollte nun deutschsprachige Juden aufnehmen. [...] die blühende Jugend musste den verlausten Alten Platz machen.“¹⁵⁸ Während die jüngeren unter den Neuankömmlingen noch eine Chance hatten, sich mit der Situation zu arrangieren, über eine besondere Qualifikation an eine günstige Arbeit zu kommen oder über persönliche Verbindungen und Liebesbeziehungen mit jungen tschechischen Juden Vergünstigungen zu erreichen, hatten die Alten das Nachsehen. Die drastische Veränderung in der Zusammensetzung der Gettobevölkerung ließ auch die Moral einbrechen: Gegenüber Fremden waren die Hemmungen im alltäglichen Konkurrenzkampf um manche kleinen und großen, entscheidenden Vorteile deutlich geringer als gegenüber Bekannten, zumal wenn man davon ausging, dass man ihnen nach Kriegsende wiederbegegnen würde.¹⁵⁹

Die erste Station in Theresienstadt war für alle neu Ankommenden die sogenannte Schleuse, in der sie sich registrieren lassen mussten und ihr Gepäck nach verbotenen Gegenständen durchsucht wurde. Bereits bei dieser Gelegenheit büßten sie einen Teil ihrer Habe ein. Tschechische Gendarmen, aber auch die jüdische Gettowache und andere Juden, die aufgrund ihrer Funktion zum Aufenthalt in der Schleuse berechtigt waren, sollen sich am Gepäckdiebstahl beteiligt haben.¹⁶⁰ Am Ende wurde den auf diese Weise „Durchgeschleusten“ eine Unterkunft zugewiesen. Mit Ausnahme der Prominenten bedeutete dies in der Regel für alle die Trennung von ihren Familien. Ein im April 1942 in Theresienstadt Angekommener schilderte die niederschmetternde Wirkung der Schleuse folgendermaßen: „[...] wir waren nicht mehr wir, wir waren Objekte, Nummern, ghettoisiert. [...] Todmüde und todkrank, mit Sehnsucht nach Ruhe und Schlaf kam man in die Kellerräume und dunklen Löcher der Kavalleriekaserne. [...] Fünf Tage lebten wir in der Schleuse wie Ratten im Keller und wurden lichtscheu, auch menschenscheu.“¹⁶¹

157 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 140), S. 137 f.; Anna Hájková, *Medicine in Theresienstadt*, in: *Social History of Medicine* 2018, <https://academic.oup.com/shm/advance-article/doi/10.1093/shm/hky066/5087809> (zuletzt aufgerufen am 19. 6. 2019).

158 Murrelstein, Theresienstadt (wie Anm. 140), S. 47; siehe auch Anna Hájková, *Die fabelhaften Jungs aus Theresienstadt. Junge tschechische Männer als dominante soziale Elite im Theresienstädter Ghetto*, in: Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), *Im Ghetto 1939–1945. Neue Forschungen zu Alltag und Umfeld*, Göttingen 2009, S. 116–135.

159 Hájková, *Last Ghetto* (wie Anm. 154), S. 184–192.

160 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 140), S. 271–274; Hájková, *Last Ghetto* (wie Anm. 154), S. 95 f.

161 Zit. nach: Adler, Theresienstadt (wie Anm. 140), S. 274.

In Theresienstadt bestand Arbeitspflicht, wobei Mindest- und Höchstalter variierten: In der Regel mussten 16- bis 60-Jährige arbeiten, zeitweise wurden aber auch schon Zwölfjährige herangezogen und alte Menschen bis zum 70. Lebensjahr.¹⁶² Im Durchschnitt arbeiteten die Gettobewohnerinnen und -bewohner 60 Stunden wöchentlich.¹⁶³ Als besonders günstige Arbeitsbereiche galten solche, in denen man vor der Weiterdeportation in den Osten geschützt war, aber auch solche, die leichteren Zugang zu Lebensmitteln, Anspruch auf höhere Rationen oder Verbindungen zur Außenwelt boten. Zum Getto gehörten einige landwirtschaftliche Betriebe, in denen Obst und Gemüse angebaut, Vieh, Bienen und Seidenraupen gezüchtet wurden. Die Erträge erreichten das Getto in der Regel nicht, sondern wurden verkauft; doch die Arbeitsplätze dort waren besonders begehrt, da sie außerhalb der Gettomauern lagen und frisches Obst und Gemüse in Theresienstadt legal nicht zu haben war.¹⁶⁴

Anfangs hatten alle Neuankömmlinge im Getto, unabhängig von ihrer Qualifikation, 100 Stunden körperliche Arbeit zu verrichten, bevor sie dann ihrem endgültigen Arbeitsbereich zugeteilt wurden (Dok. 315). Über die Einteilung entschied die Arbeitszentrale, die von Erich Österreicher geleitet wurde.

In Theresienstadt herrschte vom ersten Tag an Hunger. Viele Insassen verhungerten oder fielen aufgrund der Unterernährung Krankheiten zum Opfer, die sie unter normalen Umständen problemlos überstanden hätten.¹⁶⁵ Die Lebensmittelzuteilungen waren chronisch zu niedrig angesetzt für die Zahl der Bewohner, und die landwirtschaftlichen Erträge, die die Häftlinge erwirtschafteten, gingen an die SS oder wurden an die nichtjüdische Bevölkerung verkauft. Verschärft wurde die Versorgungslage durch Korruption und Wirtschaftskriminalität. Viele, die Zugang zu Essen hatten, insbesondere die Köche, entwendeten im großen Stil Nahrungsmittel, um sie selbst zu verzehren oder unter der Hand zu verkaufen. Die Geschädigten waren vor allem die schlechter versorgten Nichtarbeitenden. Als Karl Loewenstein die Leitung der Gettowache übernahm, gelang es ihm, Korruption und Diebstahl zumindest einzudämmen, womit er sich noch mehr Feinde schuf, als er aufgrund seiner Position, seines Führungsstils und der Nichtachtung der Gettohierarchie ohnehin schon hatte. Nach Kriegsende wurde er, der qua Amt häufig in Kontakt mit der SS stand, von ehemaligen Mithäftlingen der Kollaboration bezichtigt.¹⁶⁶ Nachdem anfangs die Verpflegungssätze für alle Gettobewohner gleich waren, entschied der Ältestenrat vom Mai 1942 an, also mit der Ankunft der Juden aus dem Deutschen Reich, nach und nach Differenzierungen einzuführen: Arbeiter, Schwer- und Kurzarbeiter erhielten unterschiedliche Zulagen, die bei den Rationen der Nichtarbeitenden eingespart werden mussten (Dok. 285). Am schlechtesten waren die Alten und Gebrechlichen dran. Sie bekamen keine Extrarationen und konnten sich zudem gegen Unterschlagung auch durch die Haus- und Zimmerältesten, die die Rationen an die Bewohner weitergeben sollten, nicht wehren.¹⁶⁷ Viele von ihnen waren schon nach kurzer

162 Ebd., S. 377; Hájková, *Last Ghetto* (wie Anm. 154), S. 101.

163 Adler, *Theresienstadt* (wie Anm. 140), S. 383.

164 Murmelstein, *Theresienstadt* (wie Anm. 140), S. 72; Pavla Zemanová, *Die Theresienstädter Außenkommandos*, in: TSD, 8 (2001), S. 75–105.

165 Hájková, *Last Ghetto* (wie Anm. 154), S. 32.

166 Ebd., S. 68, 76, 87.

167 Adler, *Theresienstadt* (wie Anm. 140), S. 346, 355, 369 f.

Zeit bis auf die Knochen abgemagert und starben im Getto, in dem sie nur Wochen zuvor als gesunde Menschen angekommen waren. Die knappen Essensrationen zwangen alte Menschen, auch über die vorgeschriebene Altersgrenze hinaus Arbeit anzunehmen, weil sie ohne die Extrazulagen für Arbeiter zu verhungern drohten. Ihrer Stellung in der sozialen Hierarchie des Gettos entsprechend bekamen sie die Tätigkeiten zugewiesen, die ansonsten niemand verrichten wollte wie etwa die Toilettenreinigung.¹⁶⁸

Auch die Gefahr, deportiert zu werden, war für die älteren deutschen Juden besonders groß. Sie waren nicht als unverzichtbare Arbeitskräfte geschützt und hatten meist keine Beziehungen zu einflussreichen Leuten in der Gettohierarchie. Die SS verlangte vom Ältestenrat, eine bestimmte Anzahl von Juden für den nächsten Osttransport bereitzustellen, entschied aber nur in Einzelfällen, etwa bei Strafaktionen, wer deportiert werden sollte. Unter Edelsteins Leitung setzte sich im Ältestenrat die Ansicht durch, dass die jungen tschechischen Juden nach Kriegsende für den Aufbau einer tschechischen Republik sowie eines jüdischen Staats besonders wichtig seien, während die alten Leute das Kriegsende vermutlich gar nicht mehr erleben würden.¹⁶⁹

Unter besonderem Schutz stand hingegen die Gruppe der Prominenten. Außer den Mitgliedern des Ältestenrats hatten hochdekorierte Offiziere, Personen mit einflussreichen nichtjüdischen Fürsprechern oder Verwandten, beliebte Künstler oder anerkannte Wissenschaftler gute Aussichten, den begehrten Status zugesprochen zu bekommen. Die SS führte die Kategorie der Prominenten im September 1942 ein, als die ersten Nachrichten über den systematischen Mord an den Juden an die internationale Öffentlichkeit gedrungen waren und die Funktion Theresienstadts als Vorzeigegetto umso wichtiger wurde. Die Prominenten, insgesamt etwa 100 Personen, waren vom Arbeitszwang befreit, erhielten gleichwohl Zusatzrationen, hatten ein Minimum an Privatsphäre, da sie gemeinsam mit ihren Angehörigen leben durften, und waren vor allem lange Zeit vor Deportationen in den Osten geschützt. Doch auch sie konnten sich dieses Privilegs nicht sicher sein.¹⁷⁰

Ob als Prominente anerkannt oder nicht, gab es in Theresienstadt viele bekannte Künstler, Wissenschaftler und angesehene Persönlichkeiten, die das kulturelle Leben im Getto geprägt und Gedichte, Lieder, Zeichnungen, literarische und wissenschaftliche Texte hinterlassen haben. Der aus Berlin stammende Unternehmer Philipp Manes organisierte Vortragsreihen, Lesungen und Theateraufführungen (Dok. 313). Viele der Beteiligten und der Zuschauer sahen in diesem Engagement eine Form der Selbstbehauptung, so auch Ruth Elias: „Die Menschen fingen im Ghetto an, ihr aufgespeichertes Wissen an die anderen Ghettoinsassen weiterzugeben, denn dies war der einzig mögliche Weg, sich geistig nicht unterkriegen zu lassen und sich so gegen die Absicht der Nazis, uns geistig zu töten, zu wehren.“¹⁷¹

168 Hájková, *Last Ghetto*, (wie Anm. 154), S. 159–174.

169 Murrelstein, *Theresienstadt* (wie Anm. 140), S. 47.

170 Ruth Bondy, *Prominent auf Widerruf*, in: TSD, 2 (1995), S. 136–154; Beate Meyer, „Altersghetto“, „Vorzugslager“ und Tätigkeitsfeld. Die Repräsentanten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und Theresienstadt, in: TSD, 12 (2005), S. 124–149; Hájková, *Last Ghetto* (wie Anm. 154), S. 78; Murrelstein, *Theresienstadt* (wie Anm. 140), S. 62.

171 Ruth Elias, *Die Hoffnung erhielt mich am Leben*, München 1988, S. 103; zur Kultur in Theresienstadt siehe auch: Anne Weise, Alfred Bergel. *Skizzen aus einem vergessenen Leben*. Wien, Theresienstadt, Auschwitz, Stuttgart 2014.

Obwohl die deutsche Lagerverwaltung dies verboten hatte, unterrichteten die Intellektuellen auch die Kinder im Getto.¹⁷² Die damals elfjährige Ruth Klüger erinnerte sich später, dass ihnen ein Kunsthistoriker in unregelmäßig stattfindenden Unterrichtsstunden die Bilder Dürers erklärte und der Rabbiner Leo Baeck sie mit seinen Erläuterungen faszinierte, wie die Bibel mit den Erkenntnissen moderner Wissenschaft in Einklang zu bringen sei. Das Gedränge im Getto, Hunger, Krankheiten und bedrohliche Ungewissheit kommen auch in den Erinnerungen Ruth Klügers vor. Doch erlebte sie in der Kinderbaracke mit 30 anderen Mädchen in einem Zimmer auch das Gemeinschaftsleben in einer zionistischen Jugendgruppe. In Theresienstadt, so Klüger, „war jede Menge an Mangel und keine Grenze der Beschränkung. [...] Gut war nur, was die Juden daraus zu machen verstanden, wie sie diese Fläche von weniger als einem Quadratkilometer tschechischer Erde mit ihren Stimmen, ihrem Intellekt, ihrer Freude am Dialog, am Spiel, am Witz, überfluteten. So daß ich zum ersten Mal erfuhr, was dieses Volk sein konnte, zu dem ich mich zählen durfte, mußte, wollte.“¹⁷³ Gleichwohl war für sie Theresienstadt „der Stall, der zum Schlachthof gehörte“, von dem aus auch sie gemeinsam mit ihrer Mutter nach Auschwitz weiterdeportiert wurde.

Das Attentat auf Heydrich und die Folgen

Am 27. Mai 1942 wurde Heydrich, als er mit dem Dienstwagen von seinem Wohnort zur Prager Burg fuhr, durch ein Attentat schwer verletzt. Die Täter entkamen zunächst. Unmittelbar nach dem Anschlag entfesselten die deutschen Besatzer im Protektorat einen extrem brutalen Rachefeldzug gegen die tschechische Bevölkerung. Ausgangssperre, Ausnahmezustand und Razzien, an denen mehr als 12 000 Einsatzkräfte, darunter auch mehrere Wehrmachtbataillone beteiligt waren, führten zu Tausenden Verhaftungen, nicht jedoch zur Ergreifung der Täter. 477 Personen wurden hingerichtet, weil sie das Attentat gutgeheißen hatten.¹⁷⁴ Insgesamt fielen den „Heydrichiade“ genannten Repressionen 5000 Menschen zum Opfer, davon etwa 3000 Juden. Die tschechische Protektoratsregierung distanzierte sich von dem Anschlag und verdoppelte die Belohnung für Hinweise auf die Attentäter (Dok. 287–289). Auf dem Altstädter Ring in Prag fand eine von den deutschen Behörden initiierte große Kundgebung statt, bei der auch tschechische Politiker nicht nur das Attentat verurteilten, sondern auch Beneš und seine vermeintlich jüdische Entourage. Nun stellte sich auch Staatspräsident Hácha öffentlich gegen Beneš, mit besonderer Verve aber der von Heydrich zum Minister für Schulwesen und Volksaufklärung gekürte Emanuel Moravec.¹⁷⁵ Goebbels mutmaßte in seinem Tagebuch, dass die Attentäter Juden gewesen sein könnten, und kündigte an: „Jedenfalls halten wir uns an den Juden schadlos.“ Um zu verhindern, dass das Attentat auch in anderen besetzten Gebieten Schule mache, so notierte er am 28. Mai 1942, müsse man „mit brutalsten Mitteln dagegen vorgehen“: Nachdem zehn Tage zuvor in Berlin ein

172 Elena Makarova, *Education: Against all Odds*, in: dies./Sergei Makarov/Victor Kuperman, *University Over The Abyss. The story behind 489 lecturers and 2309 lectures in KZ Theresienstadt 1942–1944*, Jerusalem 2000, S. 129–162.

173 Ruth Klüger, *Weiter leben. Eine Jugend*, München 1994, S. 100 f., 103, 82.

174 Brandes, *Tschechen*, Teil I (wie Anm. 120), S. 266.

175 Ebd., S. 258 f.

Brandanschlag auf die antisowjetische Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ verübt worden war, wollte Goebbels nun seinen „Kampf gegen die Juden in Berlin durchführen. Ich lasse augenblicklich die Judengeiselliste zusammenstellen und dann umfangreiche Verhaftungen vornehmen.“¹⁷⁶

Am 4. Juni erlag Heydrich seinen Verletzungen, am 9. Juni wurde er in Berlin beerdigt. Noch am selben Tag stimmte Hitler dem Vorschlag des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD im Protektorat, Horst Böhme, zu, den unweit von Prag gelegenen Ort Lidice niederzubrennen, deren Einwohner angeblich die Attentäter unterstützt hatten (Dok. 295). In der Nacht vom 9. auf den 10. Juni 1942 wurden alle Dorfbewohner aus ihren Häusern getrieben; die 198 Frauen des Ortes sowie 98 Kinder wurden zunächst in die Industriestadt Kladno verschleppt und dort in eine Turnhalle gesperrt. Anschließend erschoss ein Exekutionskommando sämtliche Männer des Dorfes. Die Frauen wurden in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert, wo 43 von ihnen starben. Die Kinder aus Lidice mussten eine Rassenprüfung über sich ergehen lassen; zehn von ihnen kamen später zu deutschen Adoptivfamilien im Altreich. Die anderen wurden der Gestapo Litzmannstadt übergeben und vermutlich noch im Juli 1942 im Vernichtungslager Kulmhof ermordet. Das brutale Vorgehen machte das Dorf binnen kurzem auch international bekannt. Zwei Wochen nach der Zerstörung Lidices wüteten die Deutschen in dem kleineren Ort Ležáky bei Louka, in dem sie eine Funkstation des Widerstands ausgemacht hatten, in ähnlicher Weise: Dort wurden alle 33 erwachsenen Einwohner, Männer wie Frauen, erschossen und von den 13 Kindern zwei zur Eindeutschung ausgewählt, alle anderen wahrscheinlich in Kulmhof ermordet.¹⁷⁷

Nach drei Wochen Verhaftungen, Erschießungen und Folterungen von Verdächtigen und deren Angehörigen erhielt die Gestapo den Hinweis auf das Versteck der Attentäter: die orthodoxe Kirche St. Cyrill und Method. Bei dem Sturm auf das Gebäude im Zentrum Prags wurden am 18. Mai die beiden Attentäter Jan Kubiš und Josef Gabčík sowie fünf ihrer Kampfgefährten getötet. Kubiš und Gabčík waren bereits im Dezember 1941 zusammen mit anderen Widerstandskämpfern per Fallschirm über dem Protektorat abgesprungen, um den Anschlag vorzubereiten. Beide hatten in Großbritannien der 3000 Mann starken Tschechischen Brigade angehört, die der Exilregierung unterstand. Die Vorbereitungen des Attentats hatte der britische Geheimdienst maßgeblich unterstützt, in der Hoffnung, dass die absehbaren Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen einen Aufstand im Protektorat auslösen würden. Die dortige Widerstandsorganisation war jedoch in die Beratungen nicht einbezogen worden. Exilpräsident Beneš verband mit seiner Billigung des Attentats – wie sich herausstellte zu Recht – die Hoffnung, dass die britische Regierung das Münchener Abkommen für ungültig erklären und somit den Weg zur Wiederherstellung des tschechoslowakischen Staats nach Kriegsende freimachen würde.¹⁷⁸

176 Goebbels, Tagebücher (wie Anm. 13), Bd. 4, April bis Juni 1942, S. 432 bzw. 386, Einträge vom 2. 6. 1942 und 28. 5. 1942.

177 Brandes, Tschechen, Teil I (wie Anm. 120), S. 262–265; Ines Hopfer, Geraubte Identität. Die gewaltsame „Eindeutschung“ von polnischen Kindern in der NS-Zeit, Wien 2010, S. 254–259; Rothkirchen, The Jews (wie Anm. 121), S. 155 f.

178 Miroslav Ivanov, Der Henker von Prag. Das Attentat auf Heydrich, Berlin 1993; Hellmut G. Haasis, Tod in Prag. Das Attentat auf Reinhard Heydrich, Reinbek 2002; Gerwarth, Heydrich (wie Anm. 53), S. 17–31, 337–354.

Nach dem Attentat auf Heydrich hatte Hitler dem tschechischen Präsidenten Emil Hácha damit gedroht, im Fall von Unruhen Millionen Tschechen aus dem Protektoratsgebiet aussiedeln zu lassen.¹⁷⁹ Auf der Gedenkfeier für Heydrich am 9. Juni 1942 hatte Himmler angekündigt, dass die Germanisierungspolitik im Protektorat fortgesetzt werde. Anschließend hatte er im kleineren Kreis auch über eine geplante Beschleunigung des Massenmords an den Juden Europas gesprochen. Die „Völkerwanderung der Juden“ werde binnen eines Jahres beendet sein: „Dann wandert keiner mehr. Denn jetzt muß eben reiner Tisch gemacht werden.“¹⁸⁰

Die Eskalation der Vernichtungspolitik im Jahr 1942

Nach der Wannsee-Konferenz: Deportationen ins Generalgouvernement

Nur elf Tage nach der Wannsee-Konferenz unternahm Eichmann einen Vorstoß, um die Deportationen neu zu regeln. In einem Schnellbrief an die Staatspolizeileitstellen und die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien teilte er mit, dass die bereits laufenden Deportationen der „Beginn der Endlösung der Judenfrage im Altreich, der Ostmark und im Protektorat Böhmen und Mähren“ seien, diese jedoch wegen der Transport-schwierigkeiten und fehlender Aufnahmekapazitäten zunächst nur in „Teilaktionen“ durchgeführt werden könne. Um für die Zukunft genauer planen zu können, verlangte Eichmann eine Aktualisierung der Statistik. Bis zum 9. Februar 1942 sollten die Stapostellen melden, wie viele Juden, die für eine Deportation in Frage kämen, noch in ihrem Zuständigkeitsgebiet lebten. Auszunehmen von den Transporten, aber trotzdem zu erfassen waren bestimmte Gruppen wie etwa Juden über 65 Jahre oder besonders gebrechliche Personen, in „Mischehe“ lebende Juden und ausländische Staatsangehörige sowie jüdische Rüstungsarbeiter (Dok. 72). Ebenfalls noch im Januar 1942 gab das Reichssicherheitshauptamt neue Deportationsrichtlinien heraus und weitete damit en passant auch die Kompetenzen der Gestapo aus. Diese war ursprünglich lediglich für die Durchführung der Deportationstransporte zuständig gewesen, nach den neuen Richtlinien nun aber auch für die „Erfassung des zu evakuierenden Personenkreises“ und damit in Zweifelsfällen auch für die Entscheidung, wer deportiert werden sollte.¹⁸¹ Am 6. März kündigte Eichmann die nächsten Deportationen an: 55 000 Juden sollten aus dem Reich und dem Protektorat zum „Arbeitseinsatz“ in den Osten verbracht werden. Da es in Bezug auf die Deportationen nach Riga zu Beschwerden gekommen sei, mahnte Eichmann, die Bestimmungen hinsichtlich des Alters und der Gebrechlichkeit der Betroffenen genau einzuhalten. Die ihnen unbequemen älteren Juden könnten die Staatspolizeileitstellen schon bald loswerden. Sie würden nach Theresienstadt deportiert, um „nach außen das Gesicht zu wahren“ (Dok. 83).

¹⁷⁹ Gerwarth, Heydrich (wie Anm. 53), S. 339.

¹⁸⁰ Heinrich Himmler, Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson, Frankfurt a. M. u. a. 1974, S. 159.

¹⁸¹ Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden in das Generalgouvernement (Trawniki bei Lublin), zit. nach: Gottwaldt/Schulle, „Judendeportationen“ (wie Anm. 53), S. 148–154; Essner, „Nürnberger Gesetze“ (wie Anm. 103), S. 399.

Der vorerst letzte Transport nach Riga hatte Wien am 6. Februar verlassen. Nach einer gut vierwöchigen Pause begann am 11. März eine neue Serie von Deportationen. Bis Mitte Juni fuhren im Abstand von wenigen Tagen mindestens 43 Züge mit jeweils etwa 1000 Jüdinnen und Juden aus verschiedenen Städten im Altreich, aus Wien und dem Protektorat Böhmen und Mähren in den Distrikt Lublin im Generalgouvernement.¹⁸² Um die Sommeroffensive der Wehrmacht an der Ostfront nicht zu behindern, wurden die Transporte dann erneut für knapp vier Wochen unterbrochen, bevor am 11. Juli drei weitere Züge folgten, die Juden aus Hamburg, Bielefeld und Berlin in den Distrikt Lublin, das Warschauer Getto, möglicherweise auch nach Auschwitz brachten. Die deutsche Besatzungsverwaltung im Generalgouvernement erhob nun keine Einwände mehr gegen eintreffende Deportationszüge. Staatssekretär Bühler, der auf der Wannsee-Konferenz bereits darauf gedrängt hatte, das Generalgouvernement baldmöglichst „judenfrei“ zu machen, äußerte Anfang März 1942, er habe sein „Einverständnis erklärt, daß im Lauf des nächsten Monats insgesamt 14 000 Juden vorübergehend im Distrikt Lublin Aufenthalt nehmen“.¹⁸³ Bühler wusste, dass die Juden nicht auf Dauer im Generalgouvernement verbleiben würden, denn schon Mitte März wurde das Vernichtungslager Belzec in Betrieb genommen, wenig später die Mordfabrik Sobibor. Von März 1942 an wurde auch Auschwitz zum Zielort von Judendeportationen. In dieser Zeit ließ die Lagerführung zwei Bauernhäuser in Birkenau zu Gaskammern umbauen und plante den Bau von zunächst einem, später vier Krematorien mit integrierten Gaskammern.¹⁸⁴ Die ersten vier Züge in das Generalgouvernement hatten das südöstlich von Lublin gelegene Izbica zum Ziel (Dok. 278). Kurz nachdem die Juden aus dem Protektorat, aus Koblenz und Nürnberg dort eingetroffen waren, begann die Vernichtung der in Izbica lebenden polnischen Juden im Lager Belzec.¹⁸⁵ Im Transport aus Nürnberg befanden sich auch die noch verbliebenen jüdischen Einwohner von Fürth. Deren Deportation vermerkte Daniel Lotter in seinem Tagebuch ebenso wie die Gerüchte, „an deren Wahrheit kaum mehr gezweifelt werden kann“, dass die Juden im besetzten Polen zu Tausenden ermordet würden (Dok. 91).

In den neuen Richtlinien des Reichssicherheitshauptamts hieß es, dass die Transporte in das Lager Trawniki bei Lublin gehen sollten; tatsächlich jedoch fuhren sie in verschiedene Orte in der Nähe des Lagers Trawniki – außer nach Izbica auch nach Piaski, Rejowiec und Zamość sowie ins Warschauer Getto. Mit Ausnahme Warschaus wurden diese Orte zu Durchgangslagern, in denen Die deutschen, österreichischen und tschechischen Juden zunächst noch eine Weile meist unter furchtbaren Umständen lebten und manchmal auch noch Postkarten nach Hause schreiben konnten. Von Mitte April 1942 an wurden die Züge über Lublin-Majdanek geleitet und dort jüngere und kräftige Männer

182 Gottwaldt/Schulle, „Judendeportationen“ (wie Anm. 53), S. 138; Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 16), S. 484 f., geht davon aus, dass es neben den nachgewiesenen 43 Transporten noch weitere gegeben hat und insgesamt etwa 55 000 Juden in 60 Zügen ins Generalgouvernement deportiert wurden.

183 Bühler am 3. 3. 1942 gegenüber dem Gouverneur Ernst Zörner, zit. nach: Pohl, „Judenpolitik“ (wie Anm. 30), S. 107.

184 VEJ 16/36, Anm. 15.

185 Gottwaldt/Schulle, „Judendeportationen“ (wie Anm. 53), S. 183; Steffen Hänchen, Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust. Die Deportationen in den Distrikt Lublin im Frühsommer 1942, Berlin 2018.

herausgeholt, die als Zwangsarbeiter ein angebliches Kriegsgefangenenlager aufbauen sollten.¹⁸⁶ Im Juni 1942 wurden Juden in mindestens drei Deportationszügen aus dem Deutschen Reich und dem Protektorat direkt ins kurz zuvor fertiggestellte Vernichtungslager Sobibor geleitet und dort in Gaskammern ermordet.¹⁸⁷

Anfang März 1942 war das Vernichtungslager Belzec funktionsfähig.¹⁸⁸ Dorthin wurden nun zunächst die nicht arbeitsfähigen Juden aus dem Generalgouvernement deportiert. In der Zeit zwischen dem 16. März und 20. April ließ SS- und Polizeiführer Globocnik das Getto von Lublin mit großem Polizeiaufgebot räumen. 30 000 Gettoinsassen wurden nach Belzec deportiert und dort ermordet, viele weitere noch im Getto erschossen. Andere Gettos des Distrikts wurden wenig später geräumt und von dort bis Mitte April 14 000 Juden nach Belzec gebracht; anschließend wurde das Lager vorübergehend geschlossen, um es weiter auszubauen. Von Anfang Mai an wurden die Juden aus dem Distrikt Lublin in das Vernichtungslager Sobibor deportiert.

Im galizischen Lemberg führte die SS im Getto gemeinsam mit ukrainischen Hilfstruppen im März 1942 ebenfalls eine große „Aktion“ durch. Sie richtete sich zuerst gegen jüdische Fürsorgeempfänger. Da jedoch auf diese Weise nicht genügend Opfer zusammenkamen, überfiel die Polizei Juden am Vorabend des Pessachfests in ihren Wohnungen, verhaftete wahllos Leute und zwang sie in die Züge nach Belzec. Auch in anderen Orten des Distrikts Galizien führten Polizeikommandos Razzien durch, verhafteten massenhaft Juden und deportierten sie in die Vernichtungslager.¹⁸⁹

Goebbels notierte in seinem Tagebuch am 27. März 1942, dass die Juden aus dem Generalgouvernement nun „nach dem Osten abgeschoben“ würden und dabei „ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt“ werde. Die dadurch freiwerdenden Gettos würden dann mit Juden aus dem Reich „gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozess erneuern“.¹⁹⁰ Mit anderen Worten: Die deutschen Juden sollten den polnischen in die Vernichtungslager folgen.

Ebenfalls im März 1942, als der neue Deportationszyklus aus Deutschland, Österreich und dem Protektorat einsetzte, wurden auch die ersten Juden aus der Slowakei deportiert. In der Zeit zwischen dem 25. März und 28. April 1942 wurden 8000 slowakische Jüdinnen und Juden gezwungen, die Züge nach Auschwitz zu besteigen. Im Februar war das Auswärtige Amt noch einmal bei der slowakischen Regierung vorstellig geworden und hatte angefragt, ob diese bereit sei, 20 000 Juden „zum Arbeitseinsatz“ in den Osten deportieren zu lassen.

186 Pohl, „Judenpolitik“ (wie Anm. 30), S. 118 f. Zum Briefverkehr aus den Durchgangslagern siehe Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940–1943, hrsg. von Else Behrend-Rosenfeld und Gertrud Luckner, München 1968; Kingreen, „Wir werden darüber hinweg kommen“ (wie Anm. 94).

187 Longerich, Wannsee-Konferenz (wie Anm. 103), S. 147.

188 Robert Kuwałek, Das Vernichtungslager Belzec. Mit einem Vorwort von Ingo Loose, Berlin 2014.

189 Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung (wie Anm. 25), S. 185–188; ders., Hans Krüger – der „König von Stanislaw“, in: Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2011, S. 134–144; VEJ 9, S. 24 f.; Eliyahu Yones, Die Juden in Lemberg während des Zweiten Weltkriegs und im Holocaust 1939–1944, Stuttgart 2018, S. 225–228.

190 VEJ 9/54.

Doch schon vom 11. April an waren es nicht mehr nur jüdische Arbeitskräfte, die in den Distrikt Lublin verbracht wurden, sondern ganze Familien. Die Deportationen wurden den ganzen Sommer über fortgesetzt. Als am 20. Oktober der vorerst letzte Transport aus der Slowakei Richtung Osten fuhr, waren insgesamt 57 628 Juden deportiert worden, davon 18 725 nach Auschwitz.¹⁹¹ Die „Aussiedlung“ der slowakischen Juden sei, so versicherte ein Bevollmächtigter Himmlers am 10. April dem slowakischen Ministerpräsidenten Vojtech Tuka, nur ein Teil eines weiterreichenden Programms, das die Aussiedlung einer halben Million Juden aus Europa nach Osten vorsehe. Nach der Slowakei, dem ersten Land, dessen Juden die Deutschen zu übernehmen bereit seien, würden das besetzte Frankreich, die Niederlande und Belgien folgen.¹⁹² Tatsächlich hatten die Deportationen aus Frankreich bereits zwei Wochen zuvor begonnen. Am 30. März 1942 traf der erste Zug mit 1112 Juden französischer und anderer Nationalität, von denen viele nach den Anschlägen der Widerstandsbewegung von den deutschen Besatzern als Geiseln genommen worden waren, in Auschwitz ein. In der Zeit vom 5. Juni bis 17. Juli wurden die Transporte dorthin fortgesetzt und nochmals etwa 4700 Personen deportiert, die als Geiseln verhaftet worden waren; die meisten von ihnen hatten keine französische Staatsangehörigkeit, die weitaus größte Gruppe waren Männer polnischer Herkunft.¹⁹³

Radikalisierung im Sommer 1942

Bis ins Frühjahr 1942 hinein waren die aus dem Deutschen Reich und dem Protektorat sowie in der Regel auch die aus der Slowakei und Frankreich deportierten Juden an den Zielorten in Gettos oder Lager eingewiesen worden, oftmals in die Unterkünfte der unmittelbar zuvor in die Vernichtungslager deportierten polnischen Juden. Von Mai 1942 an aber änderte sich diese Praxis. Wie genau die Entscheidung zustande kam, nun auch die allermeisten deutschen und westeuropäischen Juden zu ermorden, ist nicht eindeutig rekonstruierbar. Bekannt ist lediglich, dass sich Himmler und Heydrich im April und Mai mehrfach in kurzen Abständen trafen, Protokolle dieser Besprechungen sind jedoch nicht überliefert.¹⁹⁴ Im Mai 1942 begann die vierte Serie von Deportationen aus dem Deutschen Reich. Im Protektorat wurden nun zunehmend auch Juden aus kleineren Orten deportiert und in der Folge im Frühjahr 1942 die jüdischen Gemeinden in der Provinz aufgelöst bzw. zu Außenstellen der Jüdischen Kultusgemeinde Prag erklärt.¹⁹⁵ Bis September 1942 fuhren 17 Züge mit insgesamt 16 000 Juden aus verschiedenen deutschen und österreichischen Städten sowie aus dem Protektorat nach Minsk. Anders als bei den vorangegangenen Deportationen wurden die Juden nicht ins dortige Getto eingewiesen, sondern von Ausnahmen abgesehen auf dem wenige Kilometer von der Stadt entfernt liegenden Gutshof Malyj Trostinec ermordet, den die Sicherheitspolizei im

191 VEJ 13, S. 34.

192 VEJ 13/57.

193 Klarsfeld, Vichy – Auschwitz (wie Anm. 17), S. 378, 384 f., 389, 408.

194 Dienstkalender Himmlers (wie Anm. 43), S. 410–415, Einträge vom 25., 26., 27. und 30.4. sowie 2.5.1942; Longerich, Wannsee-Konferenz (wie Anm. 103), S. 146.

195 Veselská, „Sie müssen sich als Jude ...“ (wie Anm. 141), S. 164.

Frühjahr 1942 beschlagnahmt hatte.¹⁹⁶ Ebenfalls im Mai wurden auch die Juden, die Ende 1941 aus dem Reichsgebiet ins Getto Litzmannstadt deportiert worden waren, in die Vernichtung einbezogen. Sie wurden – ebenso wie zuvor ausschließlich polnische Juden aus Litzmannstadt – nach Kulmhof gebracht und dort in Gaswagen ermordet. Aus Sosnowitz und Bendzin in Ostoberschlesien wurden die Juden vom 12. Mai 1942 an deportiert. Rund 34 500 Juden, die die Deutschen nicht als wertvolle Arbeitskräfte ansahen, wurden in diesen Städten selektiert und in das nahegelegene Vernichtungslager Birkenau gebracht, wo sie ohne weitere Selektion in den Gaskammern ermordet wurden.¹⁹⁷ Ende Mai begann die Sicherheitspolizei mit der Deportation der Juden aus dem Distrikt Krakau. Nur diejenigen, die eine Bescheinigung vorweisen konnten, dass sie eine kriegswichtige Arbeit verrichteten, wurden vorerst verschont, die anderen in die Züge ins soeben erweiterte Vernichtungslager Belzec gepfercht und nach der Ankunft dort ermordet.¹⁹⁸

Die Ermordung der Juden im besetzten Polen war also bereits in vollem Gange, als Heydrich am 4. Juni den Folgen des Attentats erlag. Ihm zu Ehren bezeichneten die Täter die weitere Ermordung der Juden aus dem Generalgouvernement in den Vernichtungszentren Belzec, Sobibor und Treblinka nun als „Aktion Reinhardt“. Am 21. Juli 1942 begannen die Deutschen mit der Vernichtung der Warschauer Juden. Bis zum September wurden mindestens 250 000 Juden aus dem dortigen Getto in das Vernichtungslager Treblinka deportiert. In anderen Teilen des Generalgouvernements gingen die Besatzer ähnlich vor: Aus dem Distrikt Radom wurden in der Zeit zwischen dem 4. August und 7. November 1942 zwischen 310 000 und 325 000 Juden in Treblinka ermordet.¹⁹⁹ Auch in den besetzten Gebieten der Sowjetunion wurde von Februar 1942 an die Vernichtungspolitik beschleunigt. Das Morden wurde nun auf die dort lebenden Roma ausgeweitet, die bei den Besatzern, ähnlich wie die Juden, generell unter Spionageverdacht standen.²⁰⁰ Nachdem bereits im Herbst 1941 einzelne jüdische Gemeinden weitgehend ausgelöscht worden waren, begannen die Deutschen im Frühjahr 1942 mit einer neuen großangelegten Massenerschießungskampagne, bei der nun auch die zuvor noch verbliebenen Gemeinden in Weißruthenien und der Ukraine nicht mehr ausgenommen wurden. Im März und April waren kurz nacheinander sowohl Eichmann als auch Himmler und Heydrich ins weißrussische Minsk gereist. Eichmann hatte Anfang

196 Petra Rentrop-Koch, Maly Trostinez – ein Landgut als Vernichtungsstätte, in: Martin Langebach/Hanna Liever (Hrsg.), *Im Schatten von Auschwitz. Spurensuche in Polen, Belarus und der Ukraine*, Bonn 2017, S. 152–169.

197 Alfred Konieczny, Die Zwangsarbeit der Juden in Schlesien im Rahmen der „Organisation Schmelt“, in: Götz Aly u. a., *Sozialpolitik und Judenvernichtung. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik* 5, Berlin 1983, S. 91–111; Sybille Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000, S. 290; Andrea Rudorff, Arbeit und Vernichtung reconsidered. Die Lager der Organisation Schmelt für polnische Jüdinnen und Juden aus dem annektierten Teil Oberschlesiens, in: *Sozial.Geschichte Online* 7 (2012), S. 10–39.

198 VEJ 9, S. 25.

199 Jacek A. Młynarczyk, *Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945*, Darmstadt 2007, S. 275.

200 Martin Holler, *Der nationalsozialistische Völkermord an den Roma in der besetzten Sowjetunion (1941–1944)*. Gutachten für das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2009.

März 1942 wahrscheinlich die Wiederaufnahme der Judendeportationen aus dem Deutschen Reich nach Minsk in die Wege leiten wollen und hatte sich bei der Gelegenheit ein Massaker an jüdischen Kindern angesehen.

Im Reichskommissariat Ukraine waren bis Ende 1942 nahezu alle Juden vernichtet worden.²⁰¹ Im Generalkommissariat Weißruthenien wurden zunächst noch diejenigen am Leben gelassen, die die deutsche Zivilverwaltung und die Sicherheitspolizei als Arbeitskräfte brauchten. An einigen Orten musste der Judenrat zuvor eine Liste der arbeitsfähigen Juden zusammenstellen. Tausende, die nicht auf den Listen standen, wurden am Rande von zuvor ausgehobenen Massengräbern erschossen.²⁰² In den letzten Julitagen 1942 wurden in Minsk 10 000 Juden erschossen, darunter nun erstmals auch 3500 deutsche Juden, die bis dahin in einem separaten Teil des örtlichen Gettos untergebracht waren.²⁰³ Insgesamt wurden im Generalkommissariat Weißruthenien im Jahr 1942 etwa 115 000 Juden ermordet, die Hälfte von ihnen in der Zeit zwischen Anfang Mai und Anfang August. Sie galten den Deutschen als unnütze Esser, deren Versorgung die Ernährungsbilanz belastete.

Auch in den besetzten Staaten Westeuropas gingen die deutschen Besatzer im Jahr 1942 zur Ermordung der Juden über. In Paris kündigte Heydrich am 6. Mai 1942 die Deportation staatenloser Juden aus dem besetzten Landesteil an. Im Verlauf des Monats Juni fuhren daraufhin bereits mehrere Deportationszüge nach Auschwitz. Am 11. Juni 1942 trafen sich die Judenreferenten aus Paris, Brüssel und Den Haag im Reichssicherheitshauptamt, um die Deportationen aus allen drei Ländern zu planen. Demnach sollten aus den Niederlanden 15 000 Juden nach Auschwitz deportiert werden, aus Belgien vorerst 10 000 und aus Frankreich 100 000. Doch schon bald stellte sich heraus, dass die für Frankreich anvisierten Deportationszahlen unrealistisch waren, weil die deutschen Besatzer so vieler Juden in kurzer Zeit gar nicht habhaft werden konnten. Daraufhin wurde die Zahl der Deportierten aus Frankreich auf 40 000 gesenkt, während aus den Niederlanden nun ebenfalls 40 000 Juden in die Züge Richtung Osten gezwungen werden sollten.²⁰⁴ Mitte Juli verhaftete die französische Polizei im Rahmen einer Razzia in Paris 13 000 staatenlose Juden. 5000 von ihnen, darunter viele Kinder, wurden anschließend nach Auschwitz deportiert. Die Deportation von Juden französischer Staatsangehörigkeit galt zu diesem Zeitpunkt noch nicht als durchsetzbar, da sie die Kollaboration der einheimischen Verwaltung beeinträchtigen könnte. Auf deren Mitwirkung aber glaubten sich die Besatzer schon allein aufgrund des Mangels an eigenem Personal angewiesen. Mitte Juni drängten die Deutschen dann auch bei den Behörden im besetzten Teil Frankreichs auf die Deportation der staatenlosen Juden.

Der erste Deportationszug aus den Niederlanden Richtung Osten verließ das Lager Westerbork am 15. Juli 1942; am 4. August wurden erstmals 998 Juden aus Belgien deportiert. Ziel dieser und der meisten folgenden Transporte war Auschwitz. Dort wurden sie an

201 VEJ 8, S. 28.

202 Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 688–709.

203 Ebd., S. 704; Petra Rentrop, *Das Minsker Ghetto (1941–1943)*, in: Reuss/Schneider (Hrsg.), *Berlin – Minsk (wie Anm. 53)*, S. 68–77; Projektgruppe Belarus (Hrsg.), *„Existiert das Ghetto noch?“ Weißrussland: Jüdisches Überleben gegen nationalsozialistische Herrschaft*, Berlin 2003.

204 VEJ 5, S. 53.

der Rampe im Hinblick auf ihre Arbeitsfähigkeit selektiert; Kinder, die sie begleitenden Mütter und alte Leute – das hieß meist: über 50-Jährige – gleich nach der Ankunft in den Gaskammern ermordet.

Sowohl in den Gettos im besetzten Polen als auch unter den Juden, die noch im Deutschen Reich lebten, bedeutete ein Arbeitsplatz, zumal in der Rüstungsproduktion, einen vorübergehenden Aufschub der Deportation. In den Gettos wurden neue Arbeitsausweise ausgegeben, die die Inhaber vorerst schützten; bisweilen wurden die Arbeitenden auch räumlich von der übrigen Gettobevölkerung getrennt. Nicht arbeitsfähige Juden und Fürsorgeempfänger wurden hingegen vorrangig zur Deportation in die Vernichtungslager ausgewählt. Innerhalb Deutschlands blieben zunächst noch die als unverzichtbar geltenden jüdischen Gemeindeangestellten und die Arbeiter in Rüstungsfabriken ausgenommen.

Gleichzeitig trafen im Sommer 1942 täglich Tausende Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion in Deutschland ein, die trotz des kriegsbedingten Arbeitskräftemangels die deutsche Rüstungsproduktion aufrechterhalten sollten. Allerdings waren Unterbringung und Ernährung der Zwangsrekrutierten so katastrophal, dass viele schon nach kurzer Zeit nicht mehr arbeitsfähig waren oder aber aus den Lagern, die in allen größeren Städten existierten, zu fliehen versuchten. Nachdem zwischen April und Juli 1942 mehr als 42 000 Zwangsarbeiter Fluchtversuche unternommen hatten, führte die Gestapo ein rigides Kontrollsystem auf Ausfallstraßen und allen Bahnhöfen ein, um der Flüchtigen habhaft zu werden.²⁰⁵

Um die gleiche Zeit begannen die Transporte aus dem Deutschen Reich nach Theresienstadt. Aufgrund der militärisch bedingten Verkehrssperre wurden die deutschen Juden im Juni und Juli 1942 aus Berlin in der Regel in relativ kleinen Gruppen von 50 bis 100 Personen in gesonderten Wagen, aber mit fahrplanmäßigen Zügen in das angebliche Altersgetto deportiert; hingegen verkehrten aus Wien sowie vereinzelt auch aus Köln, Hamburg, Hannover, Aachen, Trier, Münster, Breslau und Königsberg in dieser Zeit bereits Großtransporte dorthin. Von August an erreichten in dichter Folge Sonderzüge aus dem gesamten Reichsgebiet Theresienstadt. In ihnen wurden jeweils etwa 1000 meist ältere Jüdinnen und Juden sowie jüdische ehemalige Frontkämpfer mit Kriegsauszeichnungen deportiert. Darüber hinaus trafen laufend auch Transporte mit tschechischen Juden aus dem gesamten Protektorat Böhmen und Mähren ein. In den Monaten Juni bis Oktober 1942 kamen insgesamt 40 000 deutsche und österreichische Juden in der inzwischen völlig überfüllten Kleinstadt an.

Die Zerschlagung der jüdischen Gemeindestrukturen und der Widerstandsgruppe um Herbert Baum

Die ersten Juden, die aus dem Reichsgebiet nach Theresienstadt deportiert wurden, waren die Bewohnerinnen und Bewohner des jüdischen Altersheims in der Großen Hamburger Straße 26–27 in Berlin-Mitte. Am 2. Juni 1942 morgens um 5 Uhr brachte die

²⁰⁵ Tooze, *Ökonomie* (wie Anm. 4), S. 598–603.

Polizei 46 alte Leute, etwa ein Viertel der Heimbewohner, zum nahegelegenen Monbijouplatz, von wo aus sie mit der Straßenbahn zum Anhalter Bahnhof fuhren. Dort mussten sie, begleitet von vier Pflegerinnen, einen Waggon besteigen, der an einen regulären Personenzug, den Karlsbader Bäderzug, angehängt wurde und sie nach Theresienstadt brachte (Dok. 119). Zwei Tage später folgte ein weiterer Transport mit 100 Personen, fast alle ebenfalls aus dem Altersheim. Schließlich blieben von den ursprünglichen Bewohnern nur noch etwa 50 in der Großen Hamburger Straße.

Das 1844 erbaute Gebäude, das älteste Altersheim der Berliner Jüdischen Gemeinde, war in den zurückliegenden Jahren sehr stark belegt gewesen, weil die Gemeinde verschiedene andere Heime hatte auflösen müssen. Aufgrund der Auswanderung der Jüngeren waren zudem die im Reich verbliebenen alten Juden eher auf solche Einrichtungen angewiesen. Im Juni nun sollte auf Anordnung der Gestapo auch das Heim in der Großen Hamburger Straße fast vollständig geräumt und zum Sammellager für die Transporte zunächst nach Theresienstadt, später auch nach Auschwitz umfunktioniert werden.²⁰⁶ Die Tatsache, dass erstmals auch Personen über 65 Jahre deportiert wurden und dass ein ganzes Altersheim auf diese Weise „geräumt“ wurde, bedeutete einen Schock für die Jüdische Gemeinde,²⁰⁷ auch wenn Theresienstadt im Vergleich zur Deportation „in den Osten“ als Vorzugslager galt. Die eingangs zitierte, nach Palästina geflohene Blanka Alperowitz schrieb über die Theresienstadt-Transporte: „Im Sommer 1942 begannen plötzlich Aktionen gegen Juden vom 65. Lebensjahre an einzusetzen. Natürlich hörte dabei die Evakuierung der jüngeren Juden nicht auf [...] Nur ging man bei den älteren Leuten anders vor. Bei ihnen erschienen ganz plötzlich Damen und Herren von der Jüdischen Kultusvereinigung mit ‚Aufnahmebögen‘, auf welchen das Nationale, Vermögensverhältnisse und diverse andere nötige Dinge vermerkt werden mussten. Nach einigen Tagen erhielten diese älteren Herrschaften, von denen sich nachher zahllose das Leben genommen haben, eine Mitteilung, dass sie sich für einen bestimmten Tag bereit zu halten hätten.“²⁰⁸

Allein aus Berlin hätten entsprechend den Transportrichtlinien 15 000 Juden in das Altersgetto deportiert werden sollen; tatsächlich wurde aber etwa ein Drittel von ihnen, obwohl über 65 Jahre alt, in einen der Osttransporte gezwungen.²⁰⁹ Diese wurden vom Sommer 1942 an vereinzelt wieder nach Riga geleitet, wo bis auf wenige zur Zwangsarbeit selektierte Juden alle ermordet wurden. Ähnlich erging es den Insassen der zwei Transporte, die in das eigentlich längst für „judenfrei“ erklärte Estland fuhren. Dort mussten einige von ihnen als Zwangsarbeiter Ölschiefer gewinnen, um die Treibstoffknappheit zu mindern. Die allermeisten aber wurden von estnischen Polizisten in Raasiku bei Tallinn erschossen.²¹⁰

Von Oktober 1942 an gingen die meisten Osttransporte direkt nach Auschwitz. Überwiegend wurden Juden aus der Reichshauptstadt in das Vernichtungslager transportiert, nur drei Züge kamen aus anderen Städten: Sie brachten Anfang März 1943 Juden aus

206 Jah, Deportation (wie Anm. 77), S. 158–173.

207 Ebd., S. 298.

208 Alperowitz, Die letzten Tage (wie Anm. 62), S. 61.

209 Gottwaldt/Schulle, „Judendeportationen“ (wie Anm. 53), S. 260–342, hier: S. 276.

210 Ebd., S. 252 f.

Stuttgart, Düsseldorf und Dortmund sowie aus Hannover, Erfurt und Dresden und schließlich aus Breslau nach Auschwitz. Unter den Anfang März Deportierten befanden sich auch die letzten jüdischen Rüstungsarbeiter aus Berlin.

Die Auflösung des jüdischen Altersheims in der Großen Hamburger Straße war nicht nur der Auftakt zu den Deportationen nach Theresienstadt, sondern auch zur Liquidierung der jüdischen Organisationsstrukturen in Berlin. Im Verlauf des Sommers 1942 wurden auch nahezu alle Bewohner der anderen jüdischen Altersheime deportiert. Die letzten sonst noch bestehenden jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen wie Waisenhäuser, Suppenküchen, Kinder- und Altenheime sowie fast alle Krankenhäuser mit Ausnahme des Krankenhauses in der Iranischen Straße wurden aufgelöst, die Kinder, Alten und Kranken deportiert. Als bei der Deportation von Waisenkindern nicht die vorher festgelegte Zahl erreicht werden konnte, befahl die Gestapo den Helferinnen der Jüdischen Gemeinde, die fehlende Zahl von Kindern aus Pflegefamilien zu holen und bis zum nächsten Morgen um 4 Uhr ins Sammellager zu bringen. Die zu solcher Mission entsandte Krankenschwester Gerda Schild Haas berichtete darüber: „Die Wohnungstüren der Juden wurden uns erst nach wiederholtem Klingeln und Klopfen geöffnet, denn es war die berüchtigte Stunde der Abholungen, wo die Familie bei jedem Klingeln blaß wird und, während der Mann öffnet, die Frau schon die Rucksäcke hervorholt. [...] Wenn man uns mit dem Stern vor der Tür stehen sah, atmete man auf. Aber welch schreckliche Szenen erlebten wir, wenn wir den Grund unseres Kommens gesagt hatten.“ (Dok. 241) Zu den Waisenkindern, die im Oktober 1942 aus Berlin deportiert wurden, gehörte auch der zehnjährige Gert Rosenthal. Sein älterer Bruder Hans entging der Deportation nur, weil er kurz zuvor in ein Jugendheim hatte umziehen müssen. Die Idee, seinen Bruder vor der Deportation zu verstecken, redete ihm seine Großmutter aus, die glaubte, der Zehnjährige werde ein Leben im Versteck nicht durchhalten.²¹¹ Gert überlebte nicht.

Manche der ehemaligen Wohlfahrtseinrichtungen dienten vorübergehend noch als Sammellager oder Versorgungsküchen für die unmittelbar vor der Deportation stehenden Juden, doch waren die organisatorischen Strukturen der Gemeinde praktisch zerschlagen. Auch aus der letzten Heilanstalt für psychisch kranke Juden in Bendorf-Sayn bei Koblenz wurden zwischen März und November die dort verbliebenen 570 Patienten in die Vernichtungslager deportiert und die Anstalt wurde dann geschlossen.

Am 18. Mai 1942, wenige Tage vor dem Attentat auf Heydrich, verübte eine jüdisch-kommunistische Widerstandsgruppe um Herbert Baum einen Brandanschlag auf die Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ im Berliner Lustgarten. Der Sachschaden war gering; die Attentäter konnten zunächst entkommen. Doch folgten schon nach kurzer Zeit die ersten Verhaftungen, weil ein Spitzel die Aktion verraten hatte. Nach und nach wurde die gesamte Widerstandsgruppe gefasst; alle Verhafteten wurden schwer gefoltert (Dok. 157). Herbert Baum nahm sich in der Haft am 11. Juli 1942 angeblich das Leben. Charlotte Holzer, die ebenfalls verhaftet und zum Tode verurteilt wurde, entging ihrer Hinrichtung und erinnerte sich später: „Es fanden drei Prozesse statt, in denen

²¹¹ Rosenthal, *Zwei Leben* (wie Anm. 66), S. 54 f.

22 Todesurteile verhängt wurden. Diese Urteile wurden vollstreckt und die übrigen Verhafteten in verschiedenen Konzentrationslagern ermordet. Keines der Opfer der Gruppe Baum erreichte das dreißigste Lebensjahr. Die jüngsten waren noch nicht achtzehn Jahre alt.²¹²

Die Rache der Gestapo traf auch völlig Unbeteiligte. Nach dem Attentat verhaftete sie etwa 500 Juden in Berlin als Geiseln und ließ 250 von ihnen erschießen (Dok. 117). Die jüdischen Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen, die sich unter den Geiseln befanden, starben ebenfalls durch ein Erschießungskommando. Alle anderen Geiseln wurden zunächst in Sachsenhausen gefangen gehalten. Die meisten von ihnen kamen dort um. Die Überlebenden starben in Auschwitz, wohin sie im Oktober mit einem der Osttransporte gebracht worden waren. Die Familienangehörigen der Geiseln wurden ebenfalls verhaftet und nach Theresienstadt deportiert.²¹³

Die jüdischen Funktionäre in Berlin, die selbst einen strikt legalistischen Kurs verfolgten, sahen den Anschlag der Baum-Gruppe als verheerend an und bemühten sich, über Kontakte zu den Widerstandskreisen ähnliche Aktionen zukünftig zu verhindern. Doch der Versuch, durch Befolgen aller Gestapo-Anweisungen und Aushandlung kleiner Zugeständnisse das Schlimmste zu verhindern, war im Sommer 1942 auch für die Funktionäre unübersehbar in eine Sackgasse geraten.²¹⁴

Hatte die Gestapo anfangs die Zurückstellung der Gemeindeangestellten von der Deportation akzeptiert, so drängte sie nun zunehmend darauf, Mitarbeiter zu entlassen, deren Dienste nicht mehr gebraucht würden. Spätestens im Herbst 1942 dürfte klar geworden sein, dass auch eine Anstellung bei der Gemeinde nicht mehr den erhofften Schutz bot. In Wien verfügte Alois Brunner, nunmehr SS-Obersturmbannführer, im Juli 1942, dass entlassene Gemeindeangestellte fortan nicht mehr beim Arbeitsamt, sondern direkt bei der Zentralstelle zu melden seien, um sie in einen Transport einzugliedern.²¹⁵ Nachdem im September 1942 die Deportationen aus Wien weitgehend abgeschlossen waren, traf es dann auch diejenigen, die noch eine Anstellung bei der Kultusgemeinde hatten. In der Zeit zwischen dem 1. und 10. Oktober 1942 wurden 1500 Mitarbeiter der Israelitischen Kultusgemeinde deportiert. Als Belohnung für ihre Dienste hatten sie die Erlaubnis erhalten, mehr Gepäck als üblich mitzunehmen, und die Zusage, am Zielort eine „angemessene Arbeit“ zugewiesen zu bekommen. Beide Versprechen erwiesen sich als Bluff.²¹⁶

212 Bericht von Richard und Charlotte Holzer; YVA, O.2/1125.

213 Zum Attentat auf die Propagandaausstellung siehe auch Martha Mosse, Vermerk, LAB, B Rep. 058, Nr. 338; Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945, Hamburg 1984, S. 114–139; Wolfgang Scheffler, Der Brandanschlag im Berliner Lustgarten im Mai 1942 und seine Folgen. Eine quellenkritische Betrachtung, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1984, hrsg. von Hans J. Reichard, Berlin 1984, S. 91–118; Meyer, Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 190–194; Jah, Deportation (wie Anm. 77), S. 292–297.

214 Meyer, Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 188.

215 Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 71), S. 271.

216 Ebd., S. 275.

In Berlin ließ die Gestapo am frühen Morgen des 20. Oktober sämtliche Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeiter in der Oranienburger Straße 31 antreten. Nachdem einige Abteilungsleiter der Gemeindeverwaltung der Aufforderung, entbehrliche Mitarbeiter zu benennen, nicht nachgekommen waren, entschied die Gestapo. Von den etwa 1500 bezahlten Angestellten der Jüdischen Gemeinde oder der Reichsvereinigung bestimmte sie 533 Personen, die sich zusammen mit 328 Familienangehörigen zwei Tage später im Sammellager Große Hamburger Straße einfinden sollten, darunter auch das Ehepaar Frieda und Max Reinach (Dok. 178). Nur sehr wenige Mitarbeiter konnten nachträglich als unverzichtbar reklamiert werden. Kurz darauf mussten die zurückbleibenden Gemeindeangestellten beim Abtransport ihrer bisherigen Kollegen auf dem Bahnhof helfen. Mehr als die Hälfte der Selektierten wurde zusammen mit ihren Familien am 26. Oktober 1942 nach Riga deportiert und kurz darauf erschossen. Die anderen vermeintlich Entbehrlichen hatten in Theresienstadt noch eine Überlebenschance. Bei der Selektion in der Oranienburger Straße hatte die Gestapo Geislerschießungen angedroht, falls jemand versuchen sollte, sich der Deportation zu entziehen. Gleichwohl tauchten 20 Personen unter oder nahmen sich das Leben. Als auch die Nachforschungen der Jüdischen Gemeinde nach den meisten Verschwundenen erfolglos blieben (Dok. 185), wurden am 20. November sieben oder acht der 20 Geiseln erschossen und ihre Angehörigen kurz darauf zusammen mit den verbliebenen Geiseln deportiert.²¹⁷

Alois Brunner in Berlin

Diese sogenannte Gemeindeaktion war die vorerst letzte größere Amtshandlung der führenden Gestapo-Beamten des Berliner Judenreferats. Seit Beginn der Deportationen im Herbst 1941 hatte es Gerüchte über die Bestechlichkeit der Gestapo-Leute gegeben sowie Diebstahls- und Unterschlagungsvorwürfe. Im Zentrum stand das Judenreferat, doch auch Mitarbeiter anderer Abteilungen waren involviert. Ende Oktober 1942 wurde eine größere Anzahl von Beschuldigten, namentlich bekannt sind 20 Personen, verhaftet, darunter auch die gesamte Spitze des Judenreferats unter Franz Prüfer und Gerhard Stübs. Die Abteilung war von da an personell so ausgedünnt, dass sie nicht mehr in der Lage war, die von Eichmann geplante letzte größere Deportation durchzuführen. Vermutlich sollten schon im November 1942 die noch in Berlin verbliebenen jüdischen Rüstungsarbeiter deportiert werden, um die Reichshauptstadt endgültig „judenrein“ zu machen.

Zur Verstärkung der Berliner Stapoleitstelle nach der Unterschlagungsaffäre und zur Vorbereitung der vermeintlichen „Schlussaktion“ gegen die Juden sandte Eichmann einen seiner Getreuen aus Wien nach Berlin. Alois Brunner war seit 1938 bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien beschäftigt gewesen und hatte nach dem Weggang Eichmanns die Leitung der Behörde übernommen. Um ihn von seinem Untergebe-

²¹⁷ Zur Gemeindeaktion siehe Henschel, *Aus der Arbeit* (wie Anm. 1), S. 42 f.; Beate Meyer, *Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung – Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die jüdische Gemeinde von Berlin 1938–1945*, in: dies./Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin* (wie Anm. 65), S. 310–312; dies., *Tödliche Gratwanderung* (wie Anm. 75), S. 205–207; *Jah, Deportation* (wie Anm. 77), S. 326–330.

nen Anton Brunner zu unterscheiden, wurde er Brunner I genannt, sein Namensvetter hingegen Brunner II. Unter den Wiener Juden war Alois Brunner ebenso gefürchtet wie verhasst, nicht zuletzt, weil er es verstanden hatte, die Kultusgemeinde durch die Kombination von Versprechungen und Drohungen zur Kooperation zu zwingen, aber auch wegen seiner besonderen Brutalität. Seinen Kollegen galt er als willfähiges Werkzeug Eichmanns, dabei als äußerst ehrgeizig. Für die Deportation der Wiener Juden, deren Zahl von März 1938 bis zum Sommer 1942 von 180 000 auf nicht einmal mehr 10 000 gesunken war, zeichnete im Wesentlichen Alois Brunner verantwortlich.²¹⁸

Im November 1942 traf er zusammen mit mindestens vier weiteren „Eichmann-Männern“ in Berlin ein, darunter auch ein langjähriger Mitarbeiter Brunners, Rolf Müller, und der für seine Grausamkeit gegenüber Juden bekannte Josef Weiszl, der Anfang 1943 zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag wechselte (Dok. 324). In ihrer Begleitung sollen sich auch einige jüdische Wiener Polizisten befunden haben. Aus Wien brachten Brunner und seine Kollegen ihre dort seit längerem praktizierte Methode der „Aushebungen“ mit: Fortan erhielten die zur Deportation Bestimmten auch in Berlin keine Benachrichtigung mehr vorab und wurden auch nicht von einem zweiköpfigen Polizeikommando zu Hause abgeholt; vielmehr sperrte die Gestapo jetzt ganze Straßenzüge ab und ging anschließend von Haus zu Haus und bestimmte in den einzelnen Wohnungen, wer zum Sammellager gebracht werden sollte. In Wien waren die Listen für solche Transporte noch zuvor der Israelitischen Kultusgemeinde vorgelegt worden, die dann Zurückstellungen beantragen konnte.²¹⁹ In Berlin hielt sich die Gestapo nun nicht mehr an die Listen, sondern nahm möglichst viele Juden mit, die sie auf den abgeriegelten Straßen oder in ihren Wohnungen antraf. Jüdische Ordner gehörten zum Abholtrupp und mussten dafür einstehen, dass kein Jude entkam, den sie beim Packen seiner Sachen zu beaufsichtigen hatten. Paul Scheurenberg, Angestellter der Jüdischen Gemeinde Berlin, schilderte eine solche Razzia der Wiener Gestapo-Leute in der Reichshauptstadt: „Der SS-Scharführer Slawick stand mit der Reitpeitsche auf dem Hof. (Dieser Slawick war mehr wie ein Tier, und mehr wie ein Untier. Ich weiß hierfür keinen Namen.) Die Ordner rannten durchs Haus. Alles fertig machen zur Evakuierung. Der Schrecken ist nicht zu beschreiben. [...] Zirka 100 liebe gute Menschen (wir hatten einander alle gern im Hause) mußten schnellstens packen. Der Wiener SS-Sturmführer Brunner war von Wien nach Berlin gekommen, mit noch einigen entmenschten Kreaturen, um in Berlin die Judenfrage zu lösen.“²²⁰

Brunner reorganisierte die Deportationen aus Berlin und gab Anweisungen zum Umbau der Sammellager. Aus dem ehemaligen Altersheim in der Großen Hamburger Straße ließ er binnen weniger Stunden sämtliche Möbel entfernen und die Räume nur noch mit Matratzen und Strohsäcken auslegen, so dass dort zehnmal so viele Personen hineingepfercht werden konnten wie bisher. Die Fenster wurden vergittert, der Bau nachts

218 Mary Felstiner, Alois Brunner: „Eichmann’s Best Tool“, in: Simon Wiesenthal Center annual, 3 (1986), S. 1–46; Hans Safrian, Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt a. M. 1995, S. 177–179; Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 71), S. 228 f.

219 Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 71), S. 285; Eleonore Lappin, Einleitung zu: „zu lesen, wenn alles vorüber ist“. Die Briefe von Rita Rockenbauer 1938–1942, hrsg. von Eleonore Lappin, Katharina und Johann Soukup, Wien 2014.

220 Christian Dirks, „Traurige Erlebnisse aus der Nazi-Hölle Deutschland“. Zum Schicksal der Familie Scheurenberg, in: Meyer/Simon (Hrsg.), Juden in Berlin (wie Anm. 65), S. 204–213, Zitat: S. 208 f.

angestrahlt und die wachhabenden Polizisten angewiesen, bei Fluchtversuchen der Juden sofort von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Die Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde, die in dem Sammellager arbeiteten, durften von draußen keine Nachrichten oder Gegenstände mehr für die Inhaftierten mitbringen. Wer gegen die Anordnungen der Gestapo verstieß, musste damit rechnen, bis zur Deportation in den im Keller eingerichteten Strafbunker gesperrt zu werden. In der Großen Hamburger Straße wurden von November 1942 an die Osttransporte zusammengestellt. Außer den dafür vorgesehenen Opfern war in dem Gebäude auch die sogenannte Judenpolizei untergebracht, der jüdische Fahndungsdienst, dessen Aufgabe primär darin bestand, Untergetauchte aufzuspüren. Margot Friedlander traf dort nach ihrer Verhaftung auch die als Gestapo-Spitzel verrufene Stella Kübler, geb. Goldschlag, die sie von früher kannte und verdächtigte, die Flucht ihrer Mutter und ihres Bruders ins sichere Ausland vereitelt zu haben.²²¹ Unter Brunners Regie wurde die Zahl der jüdischen Ordner im Sammellager deutlich erhöht; zudem mussten etwa 120 Mitarbeiter der Gemeinde im Schichtdienst Juden aus ihren Wohnungen abholen, darunter auch der schon zitierte Hermann Samter.²²²

Obwohl erst kurz vor Brunners Ankunft Hunderte Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde zur Deportation selektiert worden waren, unternahm er im November 1942 bereits den nächsten Vorstoß, um die Mitarbeiterzahl drastisch zu reduzieren. So mussten sich am 19. November 1942 alle Mitarbeiter der Fürsorgeabteilung der Gemeinde versammeln und über ihre derzeitige Tätigkeit Auskunft geben. Brunner entschied dann persönlich, wer sofort in die Große Hamburger Straße gebracht und mit dem nächsten Transport deportiert wurde. Während dieser Selektion erlitt Leo Kreindler, der damals 56-jährige langjährige Redakteur jüdischer Zeitungen, seit kurzem Vorstandsmitglied der Reichsvereinigung und Leiter der Fürsorgeabteilung, einen tödlichen Herzinfarkt. Brunner soll daraufhin gefordert haben: „Schafft’s den Juden da weg, damit er nicht so kalt liegt.“ (Dok. 241) Die nicht ausgesonderten Kollegen mussten die Angehörigen der Selektierten benachrichtigen, dass auch sie zum Abtransport ins Sammellager zu kommen hätten.²²³

Ende Januar 1943 folgte schließlich auch die Deportation der führenden Funktionäre der Reichsvereinigung der Juden und der Jüdischen Gemeinde Berlin. Leo Baeck und Paul Eppstein wurden zusammen mit Philipp Kozower und weiteren leitenden Gemeindegemitarbeitern und Familienangehörigen in das Ghetto Theresienstadt eingewiesen.²²⁴ Baeck, der langjährige Vorsitzende der Reichsvereinigung und die herausragende Rabbinerpersönlichkeit des deutschen Judentums, war eigentlich zugesichert worden, dass er

221 Margot Friedlander (mit Malin Schwerdtfeger), „Versuche, dein Leben zu machen“. Als Jüdin versteckt in Berlin, Berlin 2008; zum jüdischen Fahndungsdienst siehe auch: Christian Dirks, „Greifer“. Der Fahndungsdienst der Berliner Gestapo, in: Meyer/Simon (Hrsg.), Juden in Berlin (wie Anm. 65), S. 233–257.

222 Safrian, Eichmann (wie Anm. 218), S. 189–192; Beate Meyer, Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden, in: Beate Kosmala/Claudia Schoppmann (Hrsg.), Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–45, Berlin 2002, S. 273–296; dies., Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 207–211; Jah, Deportation (wie Anm. 77), S. 372–389;

223 Safrian, Eichmann (wie Anm. 218), S. 192; Meyer, Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 209; Jah, Deportation (wie Anm. 77), S. 394 f.

224 Zu Baeck in Theresienstadt siehe Hájková, Last Ghetto (wie Anm. 154), S. 80–85.

von der Deportation ausgenommen würde – eines von vielen falschen Versprechen, die die führenden Vertreter der jüdischen Institutionen im Glauben wiegen sollten, sie hätten dem Gegner ein Zugeständnis abgetrotzt. Die unangekündigten Abholer ließen Baeck anderthalb Stunden Zeit zum Packen, bevor sie ihn ins Sammellager brachten. Paul Eppstein, dem Leiter der Zentrale der Reichsvereinigung, wurde vorgegaukelt, dass er auch von Theresienstadt aus seine Berliner Funktion als „Ortsabwesender“ weiter ausüben werde. Darüber hinaus sollte er zusammen mit den Funktionären der Wiener Kultusgemeinde und der Prager Jüdischen Gemeinde die Leitung des Gettos Theresienstadt übernehmen.²²⁵ Die Berliner Jüdische Gemeinde hörte als selbständige Körperschaft auf zu bestehen und fungierte nunmehr nur noch als Bezirksstelle der Reichsvereinigung.

Alois Brunner und seine Gefolgsleute verließen Berlin wahrscheinlich Anfang Februar 1943; ihr Intermezzo hatte etwa drei Monate gedauert. Die rabiaten Methoden der Abholung wurden beibehalten, ebenso die bis ins Kleinste reichenden Demütigungen: Die Vertreter der Reichsvereinigung mussten, wie von Brunner eingeführt, die Weisungen der Gestapo auch künftig stehend entgegennehmen.

Brunner setzte seine Karriere als Deportationsexperte in verschiedenen Staaten Europas fort: Er war maßgeblich an der Deportation der Juden aus Saloniki nach Auschwitz beteiligt sowie an den Deportationen französischer Juden aus dem Durchgangslager Drancy. Im Jahr 1944 übernahm er die Leitung eines Arbeitslagers in der Slowakei, von dem aus Tausende Juden nach Auschwitz deportiert wurden.²²⁶

Die letzten großen Deportationen im Frühjahr 1943 und die Reaktionen auf die Judenverfolgung

Die „Fabrik-Aktion“ im Februar 1943

Den letzten großen Schlag gegen die Berliner Juden bereitete Brunner zwar noch vor, die Durchführung lag jedoch in den Händen des restrukturierten Berliner Judenreferats. Ende November 1942 forderte das Berliner Arbeitsamt die Betriebe in der Hauptstadt auf, Namenslisten ihrer jüdischen Zwangsarbeiter einzureichen und dabei die Facharbeiter und in „privilegierter Mischehe“ lebenden Arbeiter zu kennzeichnen. Diese wurden vorerst zurückgestellt, als in den folgenden Wochen zunehmend jüdische Zwangsarbeiter gegen polnische ausgetauscht wurden.²²⁷ Letztere stammten aus dem Kreis Zamość. Ihre Verschleppung nach Berlin stand im Zusammenhang mit einem anderen Aspekt von Eichmanns Tätigkeit als Um- und Aussiedlungsexperte. Er war nicht nur für die Judendeportationen, sondern auch für die Massenausiedlungen im Zusammenhang mit der „Eindeutschung“ der Region Zamość zuständig. Deutsche Umsiedlungsfachleute teilten die polnische Bevölkerung aus dieser Region in verschiedene Wertigkeitsgruppen ein und wählten eine Minderheit von ihnen zur „Eindeutschung“ aus. Alle anderen wurden entweder direkt zur Vernichtung nach Auschwitz geschickt oder aber

225 Meyer, Tödliche Gratwanderung (wie Anm. 75), S. 212 f.

226 VEJ 12, S. 77–80; VEJ 13, S. 43; VEJ 14, S. 65–69.

227 Jah, Deportation (wie Anm. 77), S. 405.

als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich – im Austausch gegen die letzten jüdischen Rüstungsarbeiter.²²⁸

Am frühen Morgen des 27. Februar 1943 führte die Berliner Stapoleitstelle mit Unterstützung der Waffen-SS eine großangelegte Razzia in mehr als 100 Betrieben durch. Sie verhaftete jüdische Arbeiterinnen und Arbeiter und brachte sie direkt von ihrem Arbeitsplatz ins Sammellager, ohne dass sie die Möglichkeit hatten, Familienmitglieder oder Freunde zu benachrichtigen, geschweige denn Gepäck mitzunehmen. Andere holte die Gestapo zu Hause ab. Angehörige durften sich „freiwillig“ ebenfalls deportieren lassen. Die jüdische Ärztin Justina Bischofswerder konnte gerade noch eine Nachricht auf eine Postkarte kritzeln, als sie an diesem Tag in der Nähe ihrer Wohnung verhaftet wurde (Dok. 227). Nur wenige Wochen zuvor hatte sie von der Ermordung ihres in das Getto Warschau deportierten Sohnes erfahren, dessentwegen sie auf eine Emigration verzichtet hatte (Dok. 216). Nun wurde sie selbst nach Auschwitz deportiert und wenig später ermordet.

Etwa 11 000 Personen wurden in diesen Tagen allein in Berlin verhaftet und an verschiedenen Orten in der Stadt eingesperrt. Mehrere tausend holte die Gestapo zudem aus Rüstungs- und anderen kriegswichtigen Betrieben, u. a. in München, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Kassel und Wiesbaden, sowie aus Zwangsarbeitslagern etwa in Paderborn und Dresden. Auch die ehemaligen jüdischen Umschulungslager Gut Winkel und Skaby in Brandenburg und Groß Breesen in Schlesien wurden im Zuge der Razzia geräumt und geschlossen. Mancherorts erhielten die letzten dort noch lebenden jüdischen Einwohner ebenfalls die Aufforderung zur Deportation.²²⁹

In Berlin, wo die Zahl der Verhafteten weitaus am höchsten war, dienten neben der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße auch noch das Konzerthaus Clou sowie zwei Kasernen in Reinickendorf und Moabit (siehe Dok. 241) als Sammellager. Ebendiese Funktion hatte auch das Haus der Jüdischen Gemeinde in der Rosenstraße 2–4 in Berlin-Mitte. Dort inhaftierte die Gestapo ungefähr 2000 Juden, darunter etwa 100 Frauen, die mit nichtjüdischen Partnern verheiratet waren. Ende Februar, Anfang März versammelten sich vor dem Gebäude tagelang die nichtjüdischen Angehörigen, überwiegend Ehefrauen der Inhaftierten, um Nachrichten über die Gefangenen zu erhalten, Wäsche- oder Lebensmittelpakete für sie abzuliefern und um ihre Freilassung zu fordern. Ihr Protest ist später in die Literatur eingegangen und verfilmt worden als eine mutige Demonstration gegen die Polizeigewalt.²³⁰ Die Tatsache, dass die Sicherheitsbehörden nicht gegen die Menschenansammlung vorgehen, mag günstigen Umständen

228 Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt a. M. 2013 (Erstausgabe: Hamburg 1991), S. 405–410.

229 Wolf Gruner, *Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der „Mischehen“ 1943*, Frankfurt a. M. 2005, S. 55–59.

230 Ruth Andreas Friedrich, *Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938–1945*, Berlin 1947; Annegret Ehmman/Wolf Kaiser/Christiane Klingsport u. a., *Die Grunewald-Rampe. Die Deportation der Berliner Juden*, Berlin 1993; Gernot Jochheim, *Frauenprotest in der Rosenstraße Berlin 1943*, Berlin 1993; Nathan Stoltzfus, *Widerstand des Herzens. Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstraße 1943*, München 2002 (engl. Erstausgabe: New York 1996); *Rosenstraße*, D. 2003, Regie: Margarethe von Trotta; Gruner, *Widerstand in der Rosenstraße* (wie Anm. 229); Antonia Leugers (Hrsg.), *Berlin Rosenstraße 2–4: Protest in der NS-Diktatur. Neue Forschungen zum Frauenprotest in der Rosenstraße 1943*, Annweiler 2005; Jah, *Deportation* (wie Anm. 77), S. 433–457.

wie etwa der Popularitätseinbuße des Regimes nach der Niederlage von Stalingrad geschuldet gewesen sein. Sie wirft aber auch ein Schlaglicht darauf, welche Handlungsspielräume Nichtjuden gehabt hätten, um gegen die Deportationen zu protestieren – wenn sie denn gewollt hätten. Die in „Mischehe“ lebenden jüdischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter wurden bis auf 25 Männer Anfang März wieder freigelassen. Ob der Protest in der Rosenstraße sie gerettet hat oder ihre Deportation zu diesem Zeitpunkt ohnehin noch nicht geplant war, ist bis heute umstritten. Selbst die 25 von ihnen, die deportiert worden waren, konnten nach zwei Wochen aus Auschwitz zurück nach Berlin fahren. Die Freigelassenen durften nicht an die alten Arbeitsplätze zurückkehren, sondern mussten entweder für die Gestapo oder das Reichssicherheitshauptamt Arbeitsaufträge erfüllen oder aber die sogenannten Volljuden ersetzen, die noch in der Jüdischen Gemeinde oder der Reichsvereinigung der Juden beschäftigt waren und kurz darauf deportiert wurden. Alle anderen während der sogenannten Fabrik-Aktion verhafteten Juden hingegen wurden nach Auschwitz deportiert und die meisten von ihnen kurz nach der Ankunft ermordet. Etwa 4000 Juden hatten sich noch gerade rechtzeitig der Verhaftung entziehen können und tauchten unter. Nicht wenige von ihnen waren vor der Razzia gewarnt worden, wie Goebbels verärgert in seinem Tagebuch notierte. Wegen der vielen Betriebe, in denen Juden verhaftet wurden, war eine verhältnismäßig große Zahl von Personen vorab informiert worden.²³¹

Am 10. März 1943 unternahm die Gestapo den Versuch, auch eine der letzten jüdischen Institutionen zu liquidieren – das Krankenhaus in der Iranischen Straße in Berlin. Der Leiter der Klinik, Walter Lustig, konnte die Verhaftung der Patienten und des Pflegepersonals in letzter Minute verhindern, indem er darauf verwies, dass das Krankenhaus dem Reichssicherheitshauptamt direkt unterstand, die Gestapo dort also keine Befehlsgewalt hatte. Doch schon am folgenden Tag stellte der für das Krankenhaus zuständige SS-Hauptsturmführer Fritz Wöhrn – laut Urteil seiner Nachkriegsrichter „einer der radikalsten und bekanntesten Funktionäre des Judenreferats, der besonders bei seinen Inspektionen im Jüdischen Krankenhaus Furcht und Schrecken verbreitete“ – eine Liste mit den Namen von etwa 300 Angestellten zusammen, die eine Woche später mit ihren Familien deportiert wurden.²³² Das Gebäude in der Iranischen Straße war damals nicht nur Krankenhaus mit einer psychiatrischen Abteilung und einer geschlossenen, der Polizei unterstehenden Haftstation, sondern auch Unterkunft für einige der Pflegekräfte sowie für etliche Juden oder „Mischlinge“, bei denen noch nicht geklärt war, ob sie aufgrund ihrer Abstammungsverhältnisse oder einflussreicher Fürsprecher von der Deportation auszunehmen waren. Ein Teil des Krankenhauses war zudem Gefangenenlazarett. Dort war Anfang März 1943 Irma Salomon, alias Irma Sohn, inhaftiert, die sich bei der Flucht während der sogenannten Fabrik-Aktion verletzt hatte. In den herausgeschmuggelten Briefen an eine Freundin schilderte sie die Jagd auf die Juden in den Berliner

231 Zvi Aviram, *Mit dem Mut der Verzweiflung. Mein Widerstand im Berliner Untergrund*, hrsg. von Beate Kosmala, Berlin 2015; Goebbels, *Tagebücher* (wie Anm. 13), Bd. 7, Januar bis März 1943, S. 449, Eintrag vom 2. 3. 1943 und S. 528, Eintrag vom 11. 3. 1943.

232 Zit. nach: Meyer, *Gratwanderung* (wie Anm. 217), S. 321 f. Zur Situation im Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße siehe auch den Bericht von Hermann Pineas in: *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, hrsg. und eingeleitet von Monika Richarz, Stuttgart 1982, S. 431–442, hier: S. 432 f.

Straßen während dieser Tage und die Angst um ihren Mann, der möglicherweise schon deportiert worden war, nachdem er sich freiwillig im Sammellager gemeldet hatte, in der irrigen Annahme, dort seine Frau zu treffen (Dok. 231).

Seit dem Beginn der Deportationen und zumal seitdem die Gerüchte über das Schicksal der Deportierten immer beunruhigender wurden, entschieden viele Juden, sich der Verhaftung zu entziehen. Insgesamt 7000 Juden sollen sich in Berlin das Leben genommen haben. Die hohe Zahl der Suizide fiel auch außenstehenden Beobachtern auf (Dok. 17 und Dok. 128). Margarete Königsfeld berichtete in einem privaten Brief von 70 Selbstmorden allein in ihrem Bekanntenkreis – und wurde dafür gerichtlich wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ belangt (Dok. 88). Manch einer besorgte sich vorsorglich Gift, um im Falle der Abholung rechtzeitig aus dem Leben scheiden zu können (Dok. 147). In den Akten der Kriminalpolizei finden sich zahlreiche Protokolle von den Überprüfungen, ob es sich bei den Vergiftungen mit Tabletten oder Gas, bei Fensterstürzen oder beim Ertrinken wirklich um Freitod gehandelt habe – und ob es wirklich eine Leiche zur Todesmeldung gab (Dok. 198). Denn auch wer untertauchen wollte, tat dies, wie etwa Hans Hirschel (Dok. 149), häufig durch Vortäuschen eines Selbstmords, um Angehörige nicht zu gefährden und weitere Nachforschungen zu vermeiden. Wer sich dazu entschieden hatte, wartete meist, so lang es irgend ging, weil das Überleben ohne gültige Papiere und Lebensmittelmarken und ohne feste Bleibe mühsam zu organisieren und extrem gefährlich war. So tauchten sowohl Marie Jalowicz Simon als auch Margot Friedlander erst im letzten Moment unter, mit kaum mehr als dem, was sie auf dem Leib trugen, nachdem die Abholer schon geklingelt hatten.²³³

In den Wochen rund um die sogenannte Fabrik-Aktion, als die allermeisten älteren Jüdinnen und Juden bereits deportiert waren und die Hatz auf die wenigen verbliebenen immer aggressiver wurde, entschieden sich besonders viele unterzutauchen. Schätzungen zufolge wählten insgesamt 10 000 bis 12 000 Juden diesen Weg, 6000 bis 7000 allein in Berlin, wo damals noch etwa 40 Prozent der deutschen Juden lebten. Möglich war dies nicht ohne die Unterstützung von Personen, die Lebensmittelmarken, Schlafplätze, Ausweise oder Kleidung zur Verfügung stellten. Für jeden Untergetauchten waren im Durchschnitt sieben Helfer nötig, um das Leben in der Illegalität abzusichern, allein in Berlin also etwa 30 000 Menschen.²³⁴ Walter und Leonie Frankenstein hatten sich auf das Leben in der Illegalität nicht vorbereitet, sahen aber Anfang 1943 keine andere Möglichkeit mehr, nachdem einige ihrer nächsten Angehörigen abgeholt worden waren und Leonie Frankenstein selbst nur durch ihr beherztes Auftreten aus dem Sammellager hatte entkommen können. In den mehr als zwei Jahren, die sie mit zwei kleinen Kindern als sogenannte U-Boote überlebten, entgingen sie etliche Male nur um Haaresbreite, mit viel Glück und mit der Hilfe von Edith Berlow, einer mutigen Verwandten, der Verhaf-

233 Friedlander, „Versuche“ (wie Anm. 221), S. 109–111; Marie Jalowicz Simon, Untergetaucht. Eine junge Frau überlebt in Berlin 1940–1945, Frankfurt a. M. 2014, S. 107; siehe auch den Bericht von Hermann Pineas (wie Anm. 232), S. 434–440; Beate Kosmala, Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation (1941–1945), in: Kundrus/Meyer (Hrsg.), Deportation (wie Anm. 94), S. 135–159; Anna Fischer (Hrsg.), Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938 bis 1945 in Berlin, Berlin 2007; Christian Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, Berlin 2011.

234 Beate Kosmala, Stille Helden, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 14-15/2007, S. 1–7.

tung. Diese baute ein regelrechtes Unterstützernetzwerk auf, das bis Kriegsende nicht zerschlagen wurde.²³⁵ Andere Helfer ließen sich ihre Dienste auch mit Geld oder durch sonstige Gegenleistungen bezahlen (Dok. 162). Margot Friedlander berichtete, dass ihre Familie versuchte, mit Hilfe eines Mittelsmanns ein Visum zu bekommen. Der Mann entpuppte sich als Betrüger; seine Verhaftung hatte nicht nur zur Folge, dass die Juden, von denen er sich vorab hatte bezahlen lassen, um ihr Geld gebracht waren, sondern bescherte ihnen auch noch eine Vorladung bei der Gestapo und Friedlanders Mutter eine zweimonatige Inhaftierung.²³⁶ Sehr viele der Untergetauchten hielten das strapaziöse Leben nur einige Monate durch, bis sie gefasst wurden. Nach dem Ende der Massen-deportationen im Rahmen der „Fabrik-Aktion“ wurden sie in kleinen Gruppen nach Auschwitz oder Theresienstadt deportiert.

Gerüchte, Ahnungen, Gewissheiten

In allen offiziellen Mitteilungen über die Deportationen war die Rede davon, dass diese in Arbeitslager im Osten führen würden. Dies diente dazu, die Opfer zu täuschen und ihren Widerstand gering zu halten. Doch reichten solche Mitteilungen auch schon anfangs, als sie noch geglaubt wurden, um Angst und Schrecken zu verbreiten.²³⁷ Die Zahl der Juden, die sich das Leben nahmen, als sie den Deportationsbefehl erhielten, spricht eine deutliche Sprache. Allmählich wurde auch die Tarnung immer unglaubwürdiger,

²³⁵ Zur Situation untergetauchter Juden siehe Inge Deutschkron, *Ich trug den gelben Stern*, Köln 1978; Kurt Schilde, *Versteckt in Tiergarten. Auf der Flucht vor den Nachbarn*, Berlin 1995; Barbara Schieb, „Wir hatten gar nichts geplant – wir wußten nur, daß wir nicht mitgehen werden“. Vom Überleben der Familie Frankenstein in der Illegalität 1943–1945, in: Meyer/Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin* (wie Anm. 65), S. 259–279; Michael Schäbitz, „Wir waren Ausgestoßene im eigenen Vaterland.“ Überleben in der NS-Zeit. Das Beispiel Hans Rosenthal, in: ebd., S. 280–289; Peter Schneider, „Wenn wir nur eine Stunde gewinnen ...“. Wie ein jüdischer Musiker die Nazi-Jahre überlebte, Berlin 2001; Mark Roseman, *In einem unbewachten Augenblick. Eine Frau überlebt im Untergrund*, Berlin 2002; Katrin Rudolph, *Hilfe beim Sprung ins Nichts. Franz Kaufmann und die Rettung von Juden und „nichtarischen“ Christen*, Berlin 2004; Klaus Hillenbrand, *Nicht mit uns. Das Leben von Leonie und Walter Frankenstein*, Frankfurt a. M. 2008; Friedlander, „Versuche“ (wie Anm. 221); Jalowicz Simon, *Untergetaucht* (wie Anm. 233); Susanna Schrafstetter, *Flucht und Versteckt. Untergetauchte Juden in München. Verfolgungserfahrung und Nachkriegsalltag*, Göttingen 2015; Aviram, *Mit dem Mut der Verzweiflung* (wie Anm. 231); Brigitte Ungar-Klein, *Schattenexistenz – Jüdische U-Boote in Wien 1938–1945*, Wien 2019.

²³⁶ Friedlander, „Versuche“ (wie Anm. 221), S. 81–92.

²³⁷ Hans Mommsen/Dieter Obst, *Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933–1943*, in: Hans Mommsen/Susanne Willems (Hrsg.): *Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte*, Düsseldorf 1988, S. 374–436; Jörg Wollenberg (Hrsg.), „Niemand war dabei und keiner hat's gewußt.“ *Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945*, München 1989; David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995; Götz Aly (Hrsg.), *Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2006; Frank Bajohr/Dieter Pohl, *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten*, München 2006; Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“ *Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945*, München 2006; Bernward Dörner, *Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte*, Berlin 2007; Otto Dov Kulka, *Popular Opinion in Nazi Germany as a Factor in the Policy of the „Solution of the Jewish Question“*; *The Nuremberg Laws and the Reichskristallnacht*, in: Paul Corner (Hrsg.), *Popular Opinion in Totalitarian Regimes: Fascism, Nazism, Communism*, Oxford 2009, S. 81–106.

zuerst für die Juden, doch bald auch für alle, die hinzusehen bereit waren. Schon die Umstände des Transports – alte Menschen, Gebrechliche und Kinder, die auf Lastwagen geprügelt wurden – passten nicht zu der Legende (Dok. 32). Bereits am 21. Oktober 1941, nachdem gerade die ersten Deportationszüge Richtung Litzmannstadt abgefahren waren, schrieb James Graf von Moltke an seine Frau Freya, die Berliner Juden würden „zusammengetrieben“ und nach Litzmannstadt oder Smolensk deportiert: „Man will es uns ersparen zu sehen, daß man sie einfach in Hunger und Kälte verrecken läßt, und tut das daher in Litzmannstadt und Smolensk.“ (Dok. 16) Postkarten aus den Gettos, in denen die Deportierten um Lebensmittel baten, oder aber das völlige Ausbleiben jeglicher Nachricht ließen unter den Zurückgebliebenen bald Unruhe aufkommen. Deutsche Soldaten, die während ihres Heimaturlaubs hinter vorgehaltener Hand oder mehr oder minder verlausuliert in Briefen berichteten, was sie „im Osten“ gesehen oder woran sie beteiligt gewesen waren, bestätigten die Ahnungen und Gerüchte vom Massenmord (Dok. 12 und Dok. 23). Auf diese Weise kursierten Informationen über die Massenerschießungen von Juden deutlich früher als Nachrichten über die Vernichtungslager. Der Schweizer Konsul in Köln, Franz-Rudolf von Weiss, hatte im Juni 1942 von einem Gewährsmann, der „die deutsche Stelle in dieser Judenfrage vertritt“, bereits Genaueres über die Art des Mordens erfahren: Der Transport mit jüdischen „Greisinnen und Greisen bis zu 90 Jahren“, der ein paar Tage zuvor Köln verlassen hatte, sei bereits vergast worden (Dok. 131). Victor Klemperer folgte im Oktober 1942 aus den Informationen, die ihn in der Isolation des „Judenhauses“ über das Schicksal der Deportierten erreichten, dass Auschwitz „ein schnell arbeitendes Schlachthaus zu sein scheint“.²³⁸ Die Existenz und Funktionsweise von Vernichtungslagern lagen für die meisten Menschen jenseits des Vorstellbaren. Doch die Informationen, die zugänglich waren, verfestigten sich bei vielen zu der Gewissheit, dass die Deportation den Tod bedeutete. Zudem sprachen seit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion auch führende deutsche Politiker immer häufiger offen von der Vernichtung der Juden (Dok. 110).

Das rege Interesse, auf das die Versteigerung der Habe von deportierten Juden bei ihren nichtjüdischen einstigen Nachbarn stieß, macht deutlich, dass niemand mit der Rückkehr der Juden rechnete (Dok. 133 und Dok. 201). Seit Oktober 1941 drohte nichtjüdischen Deutschen, die freundschaftliche Kontakte zu Juden unterhielten, KZ-Haft (Dok. 20). Doch in den meisten Fällen waren solche Kontakte ohnehin längst abgebrochen, die Nichtjuden, selbst dort, wo sie noch im selben Haus mit Juden lebten, über deren Lebensverhältnisse und Not kaum informiert (Dok. 116). Der Krieg mit seinen vielfältigen Auswirkungen auf das Alltagsleben und die Sorge um Söhne oder Ehemänner an der Front erleichterten das Wegsehen, wenn es um die Juden ging. In den wenigen Tagebüchern von nichtjüdischen Deutschen, in denen die Deportationen überhaupt thematisiert werden, kommen bisweilen Mitgefühl für die Opfer oder Scham und Bestürzung über die von Deutschen begangenen Verbrechen zum Ausdruck, doch meist nur in wenigen Sätzen (Dok. 67 und Dok. 166). Je ungünstiger die militärische Lage für die Deutschen wurde, desto mehr schob sich auch die Angst vor Vergeltung im Fall einer Niederlage in den Vordergrund. Im Dezember 1942 berichtete der Sicherheitsdienst aus dem bayerischen Schwabach von „stärksten Beunruhigungen in kirchlich gebundenen

²³⁸ Klemperer, Zeugnis (wie Anm. 58), S. 259, Eintrag vom 17.10.1942.

Kreisen und in der Landbevölkerung“ wegen der Nachrichten über die „Ausrottung der Juden“ in der besetzten Sowjetunion. Da nicht sicher sei, dass Deutschland den Krieg gewinne, herrsche allgemein „große Angst, Kummer und Sorgen“, dass die Juden nach Deutschland zurückkehren und „fürchterlich Rache an uns nehmen“ könnten.²³⁹

Aus verschiedenen Städten ist überliefert, dass der Weg zum Bahnhof, von dem aus der Transport abging, für die Deportierten zum Spießbrutenlauf wurde. Doch es kam auch vor, dass Passanten ihr Missfallen über die Deportation zum Ausdruck brachten oder den Juden Lebensmittel zusteckten. Äußerungen von Mitgefühl oder Solidarität blieben fast immer anonym, so etwa, wenn in Berlin vor den Sammellagern Lebensmittelpenden für die Deportierten abgegeben wurden (Dok. 17). In den Stimmungsberichten des Sicherheitsdienstes ist häufiger die Rede davon, dass insbesondere in katholischen Kreisen die Deportation der Juden negativ beurteilt würde, sei es, weil man die Strafe Gottes oder aber die Rache der Juden fürchtete, oder einfach, weil man die Deportation alter Menschen, die „keiner Fliege etwas zu leide“ tun, für eine unnötige Grausamkeit hielt.²⁴⁰ In den Kirchen blieb eine Kritik an der Judenverfolgung auch nach dem Beginn der Deportationen auf wenige Ausnahmen wie etwa den Berliner Domprobst Bernhard Lichtenberg begrenzt (Dok. 21). Im Gegenteil beeilten sich manche evangelische Landesverbände, ihren Gemeinden den Ausschluss der zum Christentum konvertierten, aber als Juden verfolgten „Nichtarier“ nahelegen (Dok. 33, Dok. 54, Dok. 63 und Dok. 70). Die Katholische Kirche nahm hingegen wiederholt Stellung gegen die Verfolgung der zum Katholizismus konvertierten „Nichtarier“ und verteidigte das Sakrament der Ehe; so widersetzte sich etwa der Breslauer Erzbischof Adolf Bertram den Plänen einer Zwangsscheidung sogenannter Mischehen. Hinsichtlich der Deportation der Juden übten sich die Repräsentanten der Katholischen Kirche in Zurückhaltung. Der Apostolische Nuntius in Berlin, Cesare Orsenigo, riet mehrfach von einer öffentlichen Stellungnahme zugunsten der Juden ab, nicht ohne zu betonen, wie besorgt er über die Deportationen sei, dass jedoch Interventionen keine Aussicht auf Erfolg hätten und die Kirche selbst gefährden könnten.²⁴¹ In der Slowakei, deren Staatspräsident Jozef Tiso katholischer Priester war, sahen katholische Würdenträger hingegen mehr Chancen zur Einflussnahme und baten die Regierung, sowohl von der Diskriminierung der getauften „Nichtarier“ als auch von der Deportation der Juden abzusehen.²⁴² Den Papst erreichten sowohl von Seiten einzelner katholischer Würdenträger als auch von jüdischen Hilfsorganisationen Informationen über die Ermordung der Juden sowie dringende Bitten, die Verbrechen zu verurteilen. Doch selbst als die Alliierten bereits eindeutig Stellung bezogen hatten, konnte Pius XII. sich in seiner Weihnachtsansprache nicht zu mehr als verklausulierten Bekundungen seiner Sorge durchringen (Dok. 204). Sowohl Goebbels als auch der faschistische Ministerpräsident Italiens, Benito Mussolini, spotteten über die

239 SD-Außenstelle Schwabach, Bericht für Dezember 1942, zit. nach: Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004, S. 510.

240 Kulka/Jäckel, *NS-Stimmungsberichte* (wie Anm. 239), S. 493, 503.

241 Giovanni Miccoli, *I Dilemmi e il Silenzio di Pio XII. Vaticano, Seconda guerra mondiale e Shoah*, Milano 2000, S. 84–86; Friedländer, *Das Dritte Reich* (wie Anm. 16), S. 494 f.; Jana Leichsenring, *Die Katholische Kirche und „ihre Juden“*. Das „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin“ 1938–1945, Berlin 2007, S. 215–238.

242 VEJ 13/50 und 78.

niemanden beunruhigenden Gemeinplätze in der päpstlichen Weihnachtsbotschaft. Der Sicherheitsdienst empörte sich dennoch über die Ansprache (Dok. 206).

Am 17. Dezember 1942 drohten die Alliierten in einer öffentlichen Erklärung, die Verantwortlichen für die Verbrechen an den Juden zur Rechenschaft zu ziehen. Von Vernichtungslagern war in der Proklamation noch nicht die Rede, wohl aber von einer barbarischen Behandlung der Juden, von Vernichtung durch Arbeit, Erschöpfung, Hunger und Massenerschießungen (Dok. 202 und Dok. 203). Die Erklärung änderte trotz der Feierlichkeit, mit der sie verkündet wurde, nichts daran, dass für die Alliierten die militärische Niederlage Deutschlands Priorität hatte gegenüber der Rettung der noch lebenden Juden. Vorausgegangen waren dem gemeinsamen Statement eine monatelange Überzeugungsarbeit, da auch auf Seiten der Kriegsgegner Deutschlands die Nachrichten vom systematischen Massenmord an den Juden auf Unglauben stießen.

Die BBC hatte im Mai 1942 einen ersten Bericht auf der Basis von Informationen des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds gesendet,²⁴³ in dem von Hunderttausenden toter Juden die Rede war und der in der Presse verschiedentlich aufgegriffen wurde (Dok. 136). Neben London, dem Sitz mehrerer Exilregierungen, war vor allem Genf der Ort, an dem die Informationen über die deutschen Verbrechen im Osten gesammelt wurden. In der neutralen Schweiz residierten verschiedene jüdische Organisationen ebenso wie der Weltkirchenrat und das Internationale Rote Kreuz. Am 8. August 1942 hatte Gerhart Riegner, Vertreter des Jüdischen Weltkongresses, sein berühmtes Telegramm an den Präsidenten des Weltkongresses, Stephen Wise, geschickt (Dok. 148).²⁴⁴ Darin gab er unter Vorbehalt die Nachricht von der vermeintlich noch bevorstehenden Ermordung von bis zu vier Millionen Juden weiter sowie einen vagen Hinweis, dass dazu Blausäure verwendet würde.

Riegners Telegramm wurde nur mit Verspätung an Wise weitergeleitet, da man die Informationen im State Department – Riegner hatte zur sicheren Übersendung den Versand über die US-Botschaft in Bern gewählt – für unglaubwürdig hielt. In der Tat kursierten über den Judenmord im Herbst 1942 in diplomatischen Kreisen auch verschiedene unwahre Gerüchte, insbesondere über die Mordmethoden und die Opferzahlen (Dok. 174). In der Folgezeit sammelten sowohl Richard Lichtheim von der Jewish Agency in Genf als auch Riegner weiterhin alle verfügbaren Informationen, darunter auch Hinweise auf eine gezielte Hungerpolitik zur Vernichtung der Juden (Dok. 179), und drängten sowohl die vor Ort ansässigen internationalen Organisationen als auch die alliierten Regierungen zum Handeln. Ihr Appell, den Verantwortlichen Vergeltung anzudrohen, wurde in der Erklärung der Alliierten aufgenommen. Ihre Forderung nach „Sofortmaßnahmen, um das Leben der 1,3 Millionen in den halb unabhängigen Staaten

²⁴³ VEJ 9/74.

²⁴⁴ Raya Cohen, Das Riegner-Telegramm – Text, Kontext und Zwischentext, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIII/1994, S. 301–324; Christopher Browning, A Final Hitler Decision for the „Final Solution“? The Riegner Telegram reconsidered, in: Holocaust and Genocide Studies, 10 (1996) 1, S. 3–10; Susanne Heim, Widersprüchliche Loyalitäten. Die Reaktionen internationaler jüdischer Hilfsorganisationen auf die Situation der deutschen Juden, in: Löw/Bergen/Hájková (Hrsg.), Alltag (wie Anm. 141), S. 237–252.

wie Ungarn, Italien, Rumänien, Bulgarien und Vichy-Frankreich noch verbliebenen Juden zu retten“, verhallte ungehört.

Während der 18 Monate, von denen die Dokumente dieses Bandes berichten, ermordeten die Deutschen Millionen Juden in ganz Europa. Was die Erschießungskommandos in der besetzten Sowjetunion begonnen hatten, führten die Mordexperten mit Hilfe von Gaswagen und Zyklon B in eigens ersonnenen Vernichtungslagern fort. Weder das Ende der militärischen Erfolge noch der Tod Heydrichs als einem der Hauptorganisatoren der „Endlösung“ hatten das Mordprogramm stoppen können. Zwei Jahre vor Kriegsende war zwar der „Endsieg“ äußerst ungewiss geworden, aber für die Juden, die bis dahin überlebt hatten, lag die Rettung noch in weiter Ferne.

Dokumentenverzeichnis

Teil 1 Deutsches Reich

- 1 Der Schüler Kurt Mezei schreibt am 2. Oktober 1941 über die Ausgangssperre für Juden in Wien und die bevorstehenden Deportationen
- 2 Der Beauftragte für den Vierjahresplan regelt am 3. Oktober 1941 nachträglich die Zwangsarbeit deutscher Juden im Altreich
- 3 Der Chef der Ordnungspolizei informiert die nachgeordneten Dienststellen am 4. Oktober 1941 über die bevorstehenden Deportationen von Juden, Sinti und Roma in das Getto Litzmannstadt
- 4 Max und Gertrud Löwendorff aus Köln schreiben ihrem Schwager Hanns Nerreter am 7. Oktober 1941 von den Schikanen gegen Juden und ihren Hoffnungen auf bessere Zeiten
- 5 Die SD-Hauptaußenstelle Bielefeld berichtet am 7. Oktober 1941 von einem Gemüsehändler, der jüdische Kunden aufgrund des Marktverbots und der Kennzeichnungspflicht zu Hause beliefert
- 6 Benjamin Murrelstein von der Israelitischen Kultusgemeinde erhält in den ersten Oktobertagen 1941 Anweisungen für die Deportationen der Wiener Juden
- 7 Die Eheleute Malsch aus Düsseldorf schreiben ihrem Sohn am 9. Oktober 1941 von ihren Bemühungen um Ausreise
- 8 Willy Cohn berichtet am 11. Oktober 1941 in seinem Tagebuch über Deportationen aus Breslau nach Grüssau und Gerüchte über Verbrechen an Juden in Kiew
- 9 Der Generaldirektor des Botanischen Gartens in Berlin erbittet am 14. Oktober 1941 vom Reichserziehungsminister Weisung, ob Juden der Zutritt verweigert werden soll
- 10 Malke Prucz beantragt am 15. Oktober 1941 bei der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, ihren Mann von der Deportation zurückzustellen
- 11 Der Reichsstatthalter in Wien teilt dem Polizeipräsidenten am 16. Oktober 1941 mit, dass die Leichen von Juden vor der Bestattung gekennzeichnet werden müssen
- 12 Herbert Papst aus dem Kreis Torgau schildert den Nachbarn in seinem Heimatort am 18. Oktober 1941 seine Tätigkeit als Wachmann im Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen
- 13 Margarete Korant hofft in einem Brief vom 19. Oktober 1941 an ihre Tochter auf eine baldige Ausreise nach Kuba
- 14 Der Journalist Alfons Paquet schildert am 20. Oktober 1941 in einem Brief an Hanna Meuter sein Entsetzen über die Deportation der Juden aus Frankfurt am Main
- 15 Ludwig und Elly Kroch aus Breslau bitten am 21. Oktober 1941 ihren Sohn in Montevideo darum, einen Kredit für ihre Auswanderung nach Uruguay aufzunehmen
- 16 Helmuth James von Moltke schreibt seiner Frau Freya am 21. Oktober 1941 über den Beginn der Deportationen aus Berlin

- 17 Jochen Klepper notiert am 23. Oktober 1941 in sein Tagebuch, dass sich viele Juden vor der Deportation das Leben nehmen
- 18 Jüdisches Nachrichtenblatt: Leitartikel von Leo Kreindler vom 24. Oktober 1941 über die mangelnde Unterstützung aus Übersee für die Juden in Deutschland
- 19 Aufbau: Artikel vom 24. Oktober 1941 über Verhaftungen und Vertreibungen der Juden aus dem Deutschen Reich
- 20 Das Reichssicherheitshauptamt kündigt am 24. Oktober 1941 an, Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden mit der Einweisung in ein Konzentrationslager zu bestrafen
- 21 Der Berliner Domprobst Bernhard Lichtenberg verteidigt am 25. Oktober 1941 in einem Gestapo-Verhör, dass er Juden in sein Andachtsgebet eingeschlossen hat
- 22 Der Deutsche Gemeindetag kündigt am 28. Oktober 1941 vertraulich die Deportation der Juden aus verschiedenen Städten nach Minsk, Riga und Litzmannstadt an
- 23 Der Justizinspektor Friedrich Kellner notiert in einem Tagebucheintrag vom 28. Oktober 1941 Gerüchte über die Erschießung der Juden im besetzten Polen
- 24 New York Times: Artikel vom 28. Oktober 1941 über die Transporte aus dem Reich, Wien und Prag in das Getto Litzmannstadt
- 25 Der Schweizer Konsul Franz-Rudolf von Weiss schildert dem Gesandten in Berlin am 28. Oktober 1941 die bedrückenden Verhältnisse der Kölner Juden kurz vor ihrem Abtransport
- 26 Iwan Katz verweist am 28. Oktober 1941 auf seinen Einsatz für den Nationalsozialismus, um von der Sondersteuer für Juden befreit zu werden
- 27 Martin Gerson erklärt sich gegenüber der Reichsvereinigung der Juden am 29. Oktober 1941 bereit, einen Bautrupp zu leiten, der die Umsiedlung der Juden nach Osten vorbereitet
- 28 Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 31. Oktober 1941 schränkt die Rechte von jüdischen Arbeitern und Angestellten drastisch ein
- 29 Ulrich von Hassell hält am 1. November 1941 in seinem Tagebuch die Reaktionen der Bevölkerung auf die Deportationen aus Berlin fest
- 30 Ludwig und Emma Heilbronner verabschieden sich am 4. November 1941 in Erwartung der Deportation von ihren Freunden
- 31 Der Reichsfinanzminister regelt am 4. November 1941 die Enteignung der deportierten Juden
- 32 Cläre von Mettenheim beschreibt in einem Brief an ihre Tochter am 5. November 1941 die Vorbereitungen in Frankfurt am Main für eine Deportation durch die Gestapo
- 33 Eine Bremer Kirchengemeinde protestiert am 7. November 1941 gegen die Verhaftung einiger Mitglieder, denen vorgeworfen wird, „nichtarische“ Christen nicht ausgrenzt zu haben
- 34 Bernhard Goldschmidt aus München schreibt am 10. November 1941 vor seiner Deportation eine Abschiedskarte an seine Mutter

- 35 Der Reichsstatthalter in Wien erklärt am 11. November 1941 die Anthropologen des Naturhistorischen Museums für qualifiziert, Rassen- und Abstammungsgutachten zu erstellen
- 36 Die Kriminalpolizeileitstelle Wien berichtet am 14. November 1941 über Diebe, die als Gestapo-Beamte verkleidet Juden bestehlen
- 37 Das Reich: Rede von Joseph Goebbels vom 16. November 1941, in der er den Juden die Schuld an der Ausweitung des Kriegs gibt und ihre Vernichtung rechtfertigt
- 38 Willy Cohn schildert Mitte November 1941 in seinem Tagebuch seine Bemühungen, der angekündigten Deportation zu entgehen
- 39 Die Gestapo Nürnberg erteilt am 19. November 1941 Anweisungen für die Deportation der Juden aus Bamberg, Bayreuth und Coburg
- 40 Der Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung Gleiwitz bittet die Baupolizei am 20. November 1941, den Umbau eines Friedhofsgebäudes zum Wohnhaus für Juden zu unterstützen
- 41 Der Schweizer Konsul in Köln, Franz-Rudolf von Weiss, berichtet am 21. November 1941 seinen Vorgesetzten über das Auswanderungsverbot für Juden und die Deportationsrichtlinien
- 42 Schutzpolizeihauptmann Wilhelm Meurin schildert am 22. November 1941 seine Eindrücke als Begleiter eines Deportationszugs von Düsseldorf nach Minsk
- 43 Die Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 macht deportierte Juden zu Staatenlosen und legalisiert die Einziehung ihres Vermögens
- 44 Vor ihrer Deportation am 27. November 1941 müssen Würzburger Juden Anweisungen der Gestapo entgegennehmen
- 45 Annaliese Geisse schildert ihrer Freundin am 28. November 1941 die Schwierigkeiten, die Wohnung der inhaftierten Eltern aufzulösen
- 46 Hitler verspricht dem Großmufti von Jerusalem am 28. November 1941, auch die Juden im arabischen Raum zu vernichten
- 47 Heydrich lädt am 29. November 1941 zu einer Besprechung über die „Gesamtlösung der Judenfrage“ am 9. Dezember ein
- 48 Die Gestapo Würzburg listet Ende November 1941 die Gegenstände auf, die sie Juden bei der Durchsuchung vor der Deportation abgenommen hat
- 49 Die Reichsvereinigung der Juden informiert am 1. Dezember 1941 die Jüdischen Kultusvereinigungen, dass Juden künftig nicht mehr über ihr Eigentum und Vermögen verfügen dürfen
- 50 Unterstaatssekretär Luther schlägt am 4. Dezember 1941 vor, die deutsche Judengesetzgebung in allen europäischen Staaten einzuführen
- 51 Die Bezirksstelle Rheinland der Reichsvereinigung der Juden erläutert am 8. Dezember 1941, was den Deportierten im Getto Litzmannstadt geschickt werden darf
- 52 Das Referat für Judenfragen im Auswärtigen Amt macht am 8. Dezember 1941 Vorschläge zur geplanten „Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“